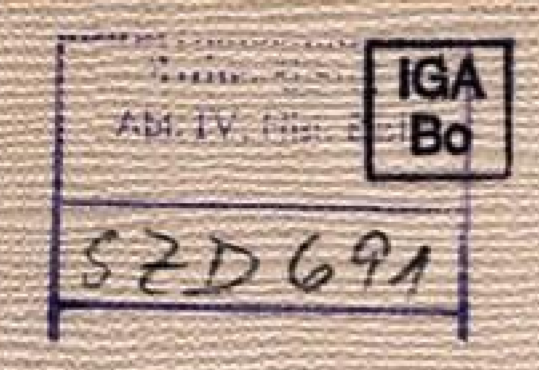
Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2
15. September 1976

Nr. 8/77



Die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskrieges und der Aufbau der revolutionären Partei in Zimbabwe

Kapitalistische Stadtentwicklung und Verkehrsplanung am Beispiel Innsbruck

Gegen die Lösung der Spitalsmisere auf dem Rücken des Volkes!



Kommunistischer
Bund
Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12.
Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, 1070 Wien, Halbgasse 12. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Erscheint im Verlag Alois Wieser Ges. m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.
Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt: 1040



Am 9. September 1977 jährte sich zum ersten Mal der Todestag von Genossen Mao Tsetung.

Ewiger Ruhm dem Vorsitzenden Mao Tsetung, dem großen Führer und Lehrer !

Aus der „Botschaft an die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, dem Staatsrat der Volksrepublik China und der Militärkommission beim ZK der KP Chinas."

Der Vorsitzende Mao Tsetung war der Gründer und weise Führer der Kommunistischen Partei Chinas, der Chinesischen Volksbefreiungsarmee und der Volksrepublik China. Der Vorsitzende Mao führte unsere Partei in den langwierigen, scharfen und komplizierten Kämpfen gegen die rechts- und „links"opportunistischen Linien innerhalb der Partei.

Auf diese Weise war unsere Partei imstande, sich im Klassenkampf und im Kampf zweier Linien ständig zu entwickeln und an Stärke zu gewinnen. Unter Führung des Vorsitzenden Mao hat sich die Kommunistische Partei Chinas auf einem Weg voller Windungen und Wendungen zu der großen, ruhmreichen und korrekten marxistisch-leninistischen Partei entwickelt, die heute die Führung der Volksrepublik China innehat.

In der Periode der neudemokratischen Revolution legte der Vorsitzende Mao, in Übereinstimmung mit der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus und diese mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution verbindend, schöpferisch die Generallinie und die allgemeine Politik der neudemokratischen Revolution fest, gründete die Chinesische Volksbefreiungsarmee und betonte, daß in China die bewaffnete Machtergreifung nur auf dem Weg der Errichtung von ländlichen Stützpunktgebieten, der Einkreisung der Städte von den Dörfern aus und der schließlichen Eroberung der Städte und auf keinem anderen Weg gelingen werde. Unter seiner Führung haben unsere Partei, unsere Armee und unser Volk in einem Volkskrieg die reaktionäre Herrschaft von Imperialismus, Feudalismus und bürokratischem Kapitalismus gestürzt, den großen Sieg in der neudemokratischen Revolution errungen und die Volksrepublik China gegründet. Der Sieg der Revolution des chinesischen Volkes unter Führung des Vorsitzenden Mao hat die Lage im Osten und in der Welt insgesamt verändert und der Befreiung der unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker einen neuen Weg gebahnt.

In der Periode der sozialistischen Revolution faßte der Vorsitzende Mao die positiven wie die negativen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung allseitig zusammen, analysierte mit durchdringender Schärfe die Klassenbeziehungen in der sozialistischen Gesellschaft und stellte zum ersten Mal in der Entwicklungsgeschichte des Marxismus klar und eindeutig fest, daß, nachdem die sozialistische Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln im wesentlichen vollendet ist, immer noch Klassen und Klassenkämpfe existieren, und entwickelte die wissenschaftliche These, daß die Bourgeoisie mitten in der Kommunistischen Partei sitzt; er stellte die große Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats auf und legte die grundlegende Linie der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus fest. Angeleitet von der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao haben unsere Partei, unsere Armee und unser Volk den Siegeszug fortgesetzt und in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau große Siege errungen. In der großen, bevölkerungsreichen Volksrepublik China am Sozialismus festgehalten und die Diktatur des Proletariats gefe-

stigt zu haben – das sind große Beiträge von welthistorischer Bedeutung, die der Vorsitzende Mao Tsetung für unser Zeitalter geleistet hat. Zugleich hat dies der internationalen kommunistischen Bewegung neue Erfahrungen für die Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus, die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats, die Verhütung einer Restauration des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus geliefert.

Alle Siege des chinesischen Volkes wurden unter der Führung des Vorsitzenden Mao errungen und sind große Siege der Maotsetungideen. Stets wird der Glanz der Maotsetungideen den Weg erhellen, auf dem das chinesische Volk vorwärtsmarschiert.

Der Vorsitzende Mao Tsetung wertete die revolutionäre Praxis der internationalen kommunistischen Bewegung aus, stellte eine ganze Reihe wissenschaftlicher Thesen auf, bereicherte die Schatzkammer der marxistischen Theorie und wies dem chinesischen Volk und den revolutionären Völkern der ganzen Welt die Richtung des Kampfes. Mit der großen Kühnheit und dem Weitblick eines proletarischen Revolutionärs initiierte er in der internationalen kommunistischen Bewegung den großen Kampf zur Kritik am modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique als Zentrum, förderte die kraftvolle Entwicklung der proletarischen Weltrevolution und des Kampfes aller Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus und trieb die Geschichte der Menschheit voran.

Der Vorsitzende Mao Tsetung war der größte Marxist unserer Zeit. Im langwierigen Kampf von mehr als einem halben Jahrhundert gegen die in- und ausländischen Klassenfeinde und die Klassenfeinde innerhalb und außerhalb der Partei hat er den Marxismus-Leninismus als Erbe übernommen, ihn verteidigt und weiterentwickelt – gemäß dem Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution. Damit hat er der Geschichte der proletarischen revolutionären Bewegung ein äußerst glanzvolles Kapitel hinzugefügt. Er hat sein Leben lang all seine Energien der Befreiung des chinesischen Volkes, der Befreiung der unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker der ganzen Welt und der Sache des Kommunismus gewidmet. Mit der großen Willenskraft eines proletarischen Revolutionärs kämpfte er beharrlich gegen seine Krankheit, leitete, obschon krank, weiter die Arbeit der ganzen Partei, der ganzen Armee und des ganzen Landes und kämpfte bis zum letzten Atemzug. Die großartigen Beiträge, die er für das chinesische Volk, das Weltproletariat und die revolutionären Völker der ganzen Welt geleistet hat, sind unvergänglich.



Die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskrieges und der Aufbau der revolutionären Partei in Zimbabwe

Aus einem Gespräch mit E.Z. Tekere, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, über die Entwicklung des Kampfes bis zum ersten Entspannungsmanöver

Das Volk von Zimbabwe steht heute an vorderster Front im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Die Ausdehnung seines bewaffneten Befreiungskampfes gegen die Statthalter des Impeialismus, die weißen Siedler und ihr Kolonialregime, hat die Imperialisten in helle Aufregung versetzt. Sie können so nicht mehr weitermachen bei der Ausplünderung und Unterdrückung Zimbabwes. Sie tischen einen „Friedensplan" nach dem anderan auf; voriges Jahr war es der „Kissinger-Plan", heuer der gemeinsame britisch-amerikanische Plan. Alle dies Pläne, die zum Kern haben die Entwaffnung der Befreiungskämpfer, Sicherung des Eigentums der Siedler und der Imperialisten und Errichtung eines neokolonialen Regimes, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Aber die Imperialisten versuchen damit, Spaltung ins Volk von Zimbabwe und unter die afrikanischen Staaten zu tragen, um die Voraussetzungen für einen konterrevolutionären Krieg gegen die Befreiungsarmee von Zimbabwe zu schaffen. Mit ihren diplomatischen Manövern wollen sie dafür Zeit gewinnen und ihre Spuren verwischen. Während sie ihren „guten Willen", das Zimbabwe-Problem friedlich zu lösen, mit großem Propagandarummel an den Mann bringen wollen, rüsten sie das Smith-Regime auf und bereiten die militärische Intervention vor.

Aber die Zeit arbeitet auch gegen die Imperialisten. Im letzten Jahr hat das Volk von Zimbabwe große Fortschritte in seinem Kampf gemacht. Über zwei Drittel des Landes haben die Siedler bereits die Kontrolle verloren, der revolutionäre Volksbefreiungskrieg nähert sich zusehends den Zentren der weißen Siedlerherrschaft. Der Zusammenschluß des Volkes von Zimbabwe – eine unabdingbare Voraussetzung für den Sieg im Volksbefreiungskrieg – wächst. Im Herbst vorigen Jahres haben sich die beiden Befreiungsbewegungen ZANU, unter Führung Mugabes, und ZAPU, unter Führung Nkomos, trotz aller vergangenen und weiter bestehenden Differenzen in der Patriotischen Front zusammengeschlossen. Unter deren Führung steht heute das Volk von Zimbabwe im Kampf. Im Sommer wurde die Bildung eines gemeinsamen Oberkommandos von ZANU und ZAPU im Rahmen der Patriotischen Front bekanntgegeben. Auch der Zusammenschluß der afrikanischen Staaten in der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe ist gewachsen. Die Anerkennung der Patriotischen Front durch die OAU, ihr Aufruf an alle Zimbabwer, die sich dem Kampf für die Befreiung ihres Landes widmen, dies im Rahmen der Patriotischen Front zu tun, und an alle Mitgliedsstaaten, von der Unterstützung einzelner Individuen abzusehen, sind Ausdruck davon. Im Lichte dieser Fortschritte im Befreiungskampf muß auch das folgende Gespräch mit Genossen Tekere (ZANU) gesehen werden, das in „Kommunismus und Klassenkampf", dem theoretischen Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, erstmals veröffentlicht worden ist.

Zuerst möchte ich eine Frage klären: Die imperialistischen Kräfte und ihre Presse werfen der ZANU vor, daß sie dem Volk von Zimbabwe ein fremdes System aufzwingen will. Wir erklären stets, daß wir in Zimbabwe ein sozialistisches System schaffen wollen. Wir haben festgelegt, was das konkret bedeutet; wir haben darüber ein Lied gemacht, und wir haben die ganze Zeit über die Massen Zimbabwes auf dieser Grundlage erzogen. Und dann kommt dieser Vorwurf: Wir, nicht die Unterdrücker und Menschenschlächter, zwingen dem Volk von Zimbabwe ein fremdes System auf.

Lassen wir die Geschichte antworten. Wir vertreten jetzt zum Beispiel, daß wir das Land nationalisieren werden, daß es kein Privateigentum an Land geben wird; wir vertreten einen sozialistischen Standpunkt. Ist das etwas wirklich Fremdes für Zimbabwe? Wie sah das Landrecht aus, als die kolonialen Streitkräfte in den Neunziger-Jahren des vorigen Jahrhunderts in unser Land kamen? Niemand besaß Land, niemand konnte Land in Zimbabwe kaufen. Den Gebieten stand ein Häuptling vor, der für das Volk Sachwalter des Landes war. Wenn jemand ein Stück Land wollte, um es umzupflügen, dann wurde es ihm zur Verfügung gestellt. Aber niemand konnte Land kaufen.

Wenn die ZANU Land nationalisieren will, so ist das also überhaupt nichts Neues. Für unser Land ist das sogar unbedingt notwendig, die Bevölkerung ist gegenüber dem letzten Jahrhundert stark angewachsen.

Was hat die Lage so verändert, daß wir heute wieder für Gemeineigentum am Land kämpfen müssen?

Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts kamen die Kolonialisten, sie begannen damit, sich Land zu leihen. Sie wurden angeführt von Spähtrupps, von Kundschaftern, die wußten, wie sie es anstellen mußten. Diese hatten unser Volk ausgekundschaftet, die Geographie unseres Landes. Einige fragten um Erlaubnis, ein wenig nach Gold graben zu dürfen. Nachdem die Kolonialisten ihre Vortrupps geschickt hatten, die das ganze Land erforscht und kartographiert hatten, kam die Invasion. An ihrer Spitze stand Cecil Rhodes, nach dem sie das Land benannten, als sie von Südafrika aus einmarschierten. Er fiel in das Land ein und begann gleich damit, unser Land in Parzellen aufzuteilen, es zu zerstückeln und zu verkaufen, als Belohnung für gute kolonialistische Taten zu verschenken. Die Kolonialisten begannen damit, jeden Fleck des Landes nach seinen Bodenschätzen abzusuchen, zäunten das Land kreuz und quer ein. So war auf einmal unser Volk gezwungen, auf den neuen Grundbesitzen, in den neuen Minen Zwangsarbeit zu verrichten. Diese Minen entstanden dort, wo unser Volk zuvor stets gemeinschaftlichen Bergbau betrieben hatte. Wenn jemand ein Messer oder eine Gabel brauchte, ging er zur Eisenerzmine und schmiedete sich das Werkzeug dann selber. Zwar war alles sehr einfach, aber eine einfache sozialistische Lebensweise.

Und plötzlich existierte das alles nicht mehr, die Massen durften diesen Naturschätzen nicht einmal mehr nahe kommen, und wenn, wurden sie ins Gefängnis gesteckt.

Der erste Chimurenga

So erhob sich unser Volk zum militärischen Widerstand gegen die Invasoren. Während des Krieges 1896/97 kämpfte unser Volk wiederum mit einfachen Waffen. Aber wie haßerfüllt es den fremden Kapitalisten gegenüberstand, zeigte sich daran, daß es so entschlossen kämpfte, daß die britische Regierung gezwungen war, reguläre Truppen zu schicken, um ihr Kolonialsystem im Land zu verteidigen.

Diesen *Ersten Chimurenga* verlor unser Volk. Es folgte eine Periode der Überprüfung der veränderten Lage. Die Tatsache, daß die Massen gegen Fremde mit überlegenen Waffen gekämpft und verloren hatten, wirkte sich auf ihr Bewußtsein aus. Für die Generation, die den Krieg geführt hatte, folgte eine Phase der Überprüfung. Aber während sie die Niederlage verarbeitete, war eine neue Generation auf den Plan getreten. Ihr war erzählt worden, wie wir den Krieg verloren haben. Sie schaute um sich, sah das ganze Land mit dem neuen System überzogen, und die Siedler waren sehr darauf bedacht, unser Volk einzuschüchtern, damit es nicht nochmals die Waffen ergreift.

Fremde im eigenen Land

Die Massen wurden gezwungen, auf dem Land, das einmal ihnen gehört hatte, Lohnarbeit zu verrichten. Jetzt brauchten sie die Genehmigung des Unternehmers, jetzt wurden sie zur Arbeit gezwungen in einer kapitalistischen Landwirtschaft und in einem kapitalistischen Bergbau. *Unser Volk war zum Fremden im eigenen Land geworden.* Und die neue Generation, die die Erfahrungen des Widerstandskrieges nicht mitgemacht hatte, konnte sich nicht vorstellen,

wie dieses mächtige neue System besiegt werden kann. So kam es zu einer Phase reformistischer Politik, keiner Politik mit dem Ziel der Machtübernahme, der Zurückeroberung des Landes. Als Ergebnis der reformistischen Politik nahm unser Volk das neue System hin als etwas, das es nicht mehr beseitigen kann. Anstatt gestärkt zu sein, suchte es nach Wegen, dies System zu verbessern. Wenn es uns gelingt, die Invasoren zu weniger anmaßenden, zu bescheideneren Ansichten zu bewegen, dann haben sie vielleicht Verständnis und behandeln uns besser. Wir traten in einen Abschnitt ein, wo der Gedanke der Gewerkschaftsbewegung aus Südafrika, wo die Gewerkschaften der Goldgrubenarbeiter aufblühten, Fuß faßte. Sie versuchten, das ganze politische System zu verbessern, damit es für die afrikanischen Massen erträglicher würde. Die *Gewerkschaftsbewegung* entstand in den Bergwerken, später dehnte sie sich auf den Eisenbahn- und Straßenbau aus. Unsere Massen wurden zur Zwangsarbeit gezwungen, und bevor sie über das politische System nachdenken konnten, mußten sie sich als Arbeiter begreifen, Arbeiter unter den Bedingung halber Sklavenarbeit. Sie wurden sich ihrer Lage sehr bewußt und begannen, sich als Arbeiter in einfachen Formen von Gewerkschaftsorganisationen zu organisieren.

1920 wurde das Land tatsächlich von einer Handelskompanie regiert, der Britischen Südafrika-Gesellschaft (BSAC). So war es ganz natürlich, daß die Massen vom Standpunkt des Arbeiters neu begannen und von einigen geschickten Leuten in Südafrika die grundlegenden Vorstellungen von Gewerkschaften übernahmen. Viele von unseren Bauern gingen auch nach Südafrika, um in den Kohlebergwerken usw. zu arbeiten.

So waren unsere Volksmassen jetzt in der Lage, das ganze neue politische System, unter dem sie leben mußten, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu betrachten.

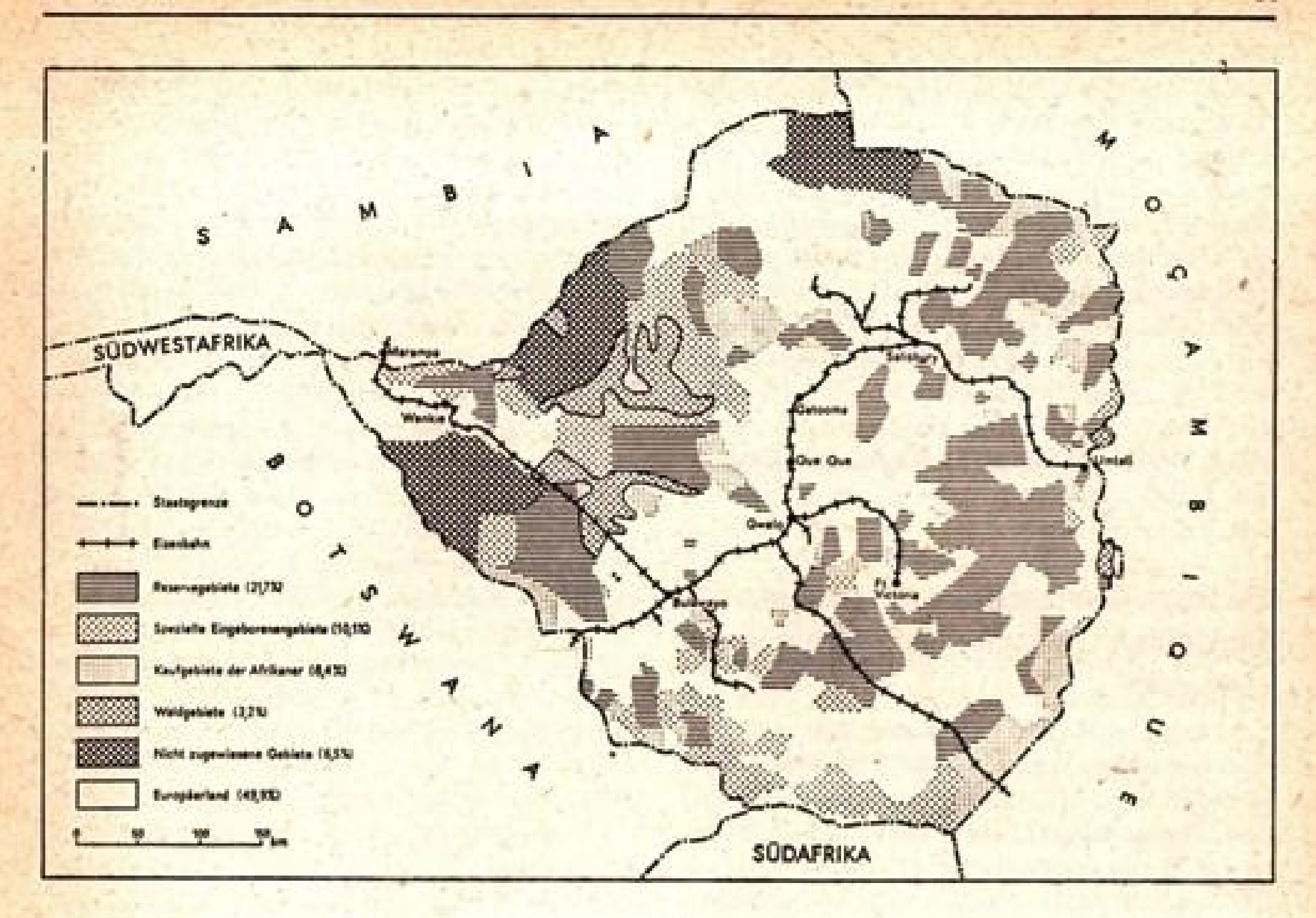
Jemand mag vielleicht denken, die Bauern machten eine andere Erfahrung mit dem neuen System, hatten Geld und konnten sich der gewaltsamen Unterdrückung durch das neue System entziehen und hatten so eine andere Einstellung, betrachteten das neue System aus der Ferne. Aber sie wurden genauso gequält und ausgeplündert. Sie konnten ihr Land nicht länger in Sicherheit bestellen. Sie hatten sich irgendwo niedergelassen und bebauten ein Stück Land, das sie sehr liebten und das sie für genügend fruchtbar hielten. Und plötzlich kam irgendjemand aus dem Nichts und zäunte das Stück Land ein, sagte: „Nein, Schluß damit, das gehört dir nicht mehr." So hatten damals die Bauern mit den Arbeitern eine sehr schmerzliche Erfahrung mit dem neuen System gemeinsam. Die Arbeiter waren ja auch tatsächlich ihre eigenen Leute, die gezwungen worden waren, in den Bergwerken oder auf den Farmen zu arbeiten, wollten sie nicht ins Gefängis gesteckt werden. Oft flüchteten sie, kehrten zurück aufs Land, nur um von der Kolonialverwaltung verfolgt und zur Arbeit zurückgepeitscht zu werden. So hatten weder die Arbeiter noch die Bauern die Möglichkeit, ihr Leben selber zu bestimmen.

Man konnte nicht von zwei klar getrennten Klassen sprechen. Diejenigen, die gerade in den Minen arbeiteten, wie auch die auf den Farmen, waren dazu gezwungen. Die Bauern, die Tag für Tag auf ihrem Land und in ihren Dörfern blieben, wurden genau geschröpft und gequält und waren jeden Tag froh, wenn sie weiter bleiben und ihr eigenes Stück Land bebauen konnten. Schon morgen konnten sie durch eine fremde Macht gezwungen werden, es zu verlassen.

Das war die Situation, als die ersten Gewerkschaften entstanden, und ihr politisches Verständnis wurde durch die überwältigenden Umstände geprägt. Sie mußten darauf reagieren, indem sie für bessere Bedingungen eintraten, um mehr Verständnis durch ihre neuen Bosse in den Minen und auf den Landgütern.

Sie verfolgten eine reformistische Politik, sie setzten sich dafür ein, besser behandelt zu werden. Eine Menge Bittschriften wurden an die britische Regierung geschrieben. Einige aus unserem Volk fuhren sogar mit dem Schiff nach Großbritannien, um gegen die schlechte Behandlung unseres Volkes zu protestieren und um bessere Behandlung zu bitten. Sie hatten sogar eine Organisation, deren Namen ausdrückte, daß sie gehorsame Untertanen der britischen Krone sind, und daß wir eine menschliche und freundliche Behandlung verdienen. So war die Zeit damals, unser Land wurde durch die Zwangsarbeit unserer Massen „entwickelt". Eisenbahnen, Bergwerke, Straßen wurden im ganzen Land gebaut, und so ging es weiter auch während des Zweiten Weltkriegs. Mehr Weiße kamen ins Land, und sie waren alle die gleichen.

Unsere Massen dachten jetzt: „Wir sind nicht so gebildet wie die kapitalistischen Kolonialisten, was uns vielleicht fehlt, ist eine





Robert Mugabe (sitzend links), Leopold Takawira (stehend), Tapfmanei Chitepo (sitzend), führende Revolutionäre der ZANU. Die Genossen Takawira und Chitepo wurden von den Imperialisten 1970 bzw. 1975 ermordet. Genosse Mugabe ist der jetzige Generalsekretär der ZANU.

afrikanische Erziehung." Und so kam die Zeit, wo darum gekämpft wurde, zur Schule gehen zu können, wo es viele Beschwerden darüber gab, daß keine Schulen gebaut und keine Vorsorge für die Ausbildung der Afrikaner getroffen wurde. Mehr und mehr Afrikaner mit besserer Ausbildung waren die Folge.

Die Vorstellung war damals die: „Mit uns ist was nicht in Ordnung. Die Kolonialisten sagen, wir sind ungebildet, primitiv. Gut, wir wollen versuchen, uns auszubilden und wie sie zu sein. Dann werden sie uns gleichberechtigt akzeptieren. Dann werden wir gemeinsam den Reichtum des Landes teilen."

Die erste Wasserscheide: Gründung der Jugendliga, Rebellion gegen die Kolonialherren

So kommen wir zu den frühen fünfziger Jahren, besonders 1953, als die Föderation von Nordrhodesien (Sambia), Nyassaland (Malawi) und Südrhodesien (Zimbabwe) von den Briten zu schaffen versucht wurde. (1) Die Afrikaner in Sambia und Malawi sahen darin eine Bedrohung für ihre eigene Unabhängigkeit, und sie kämpften dagegen, während wir den grämlichen Zustand immer noch nicht überwunden hatten und dachten: „Natürlich, wir werden nie gewinnen", und versuchten, mit den Siedlern zu konkurrieren. So entwickelten wir uns mit den Erfahrungen all die Jahre von 1953 an, bis wir dahin kamen, was ich die „Wasserscheide" nennen möchte, eine Zeit der „Wasserscheide". Das war, als die kleine, sehr kleine Organisation, die Jugendliga *(Youth League)* genannt wurde, ins Leben gerufen wurde. Sie entstand 1955. Ich war damals noch in der Schule, auch noch während der folgenden Jahre und 1956, als ich mich ihr anschloß. Diese kleine, sehr kleine Organisation, sie hatte keine bedeutende Mitgliedschaft, zeichnete sich aber durch die radikalen Gedanken der wenigen Führer aus.

Sie hatte keine festgelegte politische Linie – das Herangehen an die Aufgaben war radikal. Es ging auch noch nicht um die Machtergreifung, es war noch immer reformistische Politik. Aber die Jugendliga brachte ihre Vorstellungen als *Forderungen* vor. Die Jugendliga forderte zum Beispiel die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Afrikaner und daß es so etwas gibt. Aber die Jugendliga machte einen wichtigen Bruch, sie packte die Aufgaben selbstbewußt an. Bis dahin war es stets ein furchtsames, unterwürfiges Herangehen. Jetzt war es nicht einfach mehr ein Protest. Es war klare Gegnerschaft, Opposition. Sie beschwerte sich auch noch viel, zum Beispiel über die Grundbesitzer, aber sie machte dabei nicht halt. Die Mitglieder der Jugendliga organisierten die Massen, damit sie in den verschiedenen Bereichen der Kolonialverwaltung die Stirn bieten und den Rassismus in den Geschäften, in den Städten usw. angriffen. Sie sagten nicht: „Bitte, können wir hier was korrigiert haben?". Sie gingen hin und schafften Unruhe, sie griffen jeden an – und so wurde es ein wirklicher Terror, wo sie hinkamen mit ihrem neuen Auftreten. Wenn zum Beispiel der Distrikt-Kommissar, die Repräsentanten der Kolonialregierung irgendwo waren, um den Massen Vorschriften zu machen, so war es typisch für die Jugendliga, daß sie hingingen und sagten: „Nein, das, was die sagen, ist ein großer Mist. Wir werden es für dich unmöglich machen, hierzubleiben."

Die Jugendliga setzte die erste Wasserscheide, seit wir den Krieg im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts verloren haben. Landgesetze wurden erlassen, und sie organisierte die Massen, um ihnen entgegenzutreten, es für die „Eingeborenen-Kommissare" schwer zu machen, unter ihnen zu arbeiten. Der „Land Aportionment Act" (2) behandelte die Verteilung des Landes, wodurch jemand sein Land verlieren konnte, weshalb jemand umgesiedelt werden soll, wie es möglich ist, jemanden zwangsweise woanders hin zu verfrachten, weil ein neuer Grundbesitzer aufgetaucht ist, der dein Land erworben hat. Es war ein besonders übles Machwerk, weil mit jedem Landgesetz unser Land schrumpfte und schrumpfte, während wir gleichzeitig sahen, wie die kapitalistischen Farmen größer und größer wurden. Die Bauern fragten die Kolonialbeamten: „Wieso kann ich jetzt nur noch 4 acres Land haben, vorher hatte ich immer 12 bestellt. Was passiert mit dem größten Teil des Landes? Großgrundbesitzer kaufen es auf. Aber wem kaufen sie es denn ab? Dieses Land gehörte doch uns, bevor ihr hierherkamt. Ich habe mein Land nicht verkauft. Ihr kommt jetzt her und sagt mir, daß wir Afrikaner nicht genug produzieren, weil wir keine richtigen Anbaumethoden anwenden. Aber wie ich feststelle, habe ich immer weniger Land. Ihr sagt jetzt, das Land wurde gekauft. Aber ich verkaufe mein Land doch gar nicht. Wer verkauft es denn?"

Und, seht ihr, wie jetzt die Distrikt- oder Eingeborenen-Kommissare genannt werden konnten? Jetzt hieß es, daß sie die Agenten der Unterdrückung sind. Sie zeichneten sich dadurch aus, daß sie mit den Afrikanern besonders rücksichtslos umsprangen. In der Geschichte unseres Landes finden sich Siedler, die befördert wurden, von einem gewöhnlichen Distrikt-Kommissar zu einem Ministerialsekretär im Hauptquartier, weil sie einen gediegenen Ruf erworben haben als brutale Unterdrücker der Afrikaner, daß sie sie zum Beispiel auspeitschen ließen. Da gehören sehr prominente Figuren in unserem Land dazu.

Was die Führer der Jugendliga 1955/56 machten, war, alledem in aller Öffentlichkeit die Stirn zu bieten, wenn auch in kleiner Weise. Sie mobilisierten die Bauern zum Beispiel für Versammlungen beim Distrikt-Kommissar. Dort hielten sie aufrührerische Reden und sagten ihnen, daß dieser Mann ein schlechter Kerl ist, nichts mehr und nichts weniger als ein Hund und anderes von der Art. Das hatte eine ungeheure Wirkung, weil es etwas ganz Neues war. Ich war selber damals Mitglied der Jugendliga. Es war wirklich etwas Neues. Die Leute redeten überall darüber: „Oh, schaut, diese verrückten jungen Leute. Sie können dem Eingeborenen-Kommissar doch nicht wirklich trotzen. Sie werfen ihm alles an den Kopf. Ist denn so etwas möglich? Und sie scheinen jedesmal ungeschoren davonzukommen. Die weißen Siedler scheinen sich tatsächlich sehr vor ihnen zu fürchten."

Und von da an begannen die Massen die Ketten der Angst abzuwerfen. Wir trafen auf Leute, die direkt auf uns warteten. Wir sagten, natürlich könnt ihr ihnen die Stirn bieten. „Euer ganzer Haufen, 200 seid ihr hier zusammen, habt Angst vor diesem einzelnen Mann? Was stimmt denn bei euch nicht?" Und allmählich lehnten sich die Leute immer mehr auf.

Dann – 1957 – löste sich die Jugendliga in eine andere Organisation auf. Diese hieß *Afrikanischer Nationalkongreß* unter der Führung von Nkomo. Es begann eine neue Phase, es war eine Weiterführung dessen, was die Jugendliga gemacht hatte, aber zusätzlich wurde die Agitation verstärkt, um unter den Arbeitern voranzukommen.

1960: Mehrheitsregierung jetzt – ein Mann, eine Stimme

Das nächste Stadium war vielleicht auch wieder eine kleine Wasserscheide, mit der Gründung der *Nationalen Demokratischen Partei* 1960. Zum ersten Mal diskutierten wir 1960 die Frage einer Politik der Machtergreifung. Dies, weil wir einen sehr radikalen Schritt machten, indem wir sagten: *„Wir wollen, daß das Land unser Land ist!"* Ich kann mich noch erinnern, wie wir solche Reden im Land hielten. Wir Fuhren in kleinen Jeeps herum und propagierten: „Das Land ist unser Land! Ein Mann, eine Stimme!" – Die Losung „Ein Mann, eine Stimme!" kam auf. Und „Mehrheitsregierung, jetzt!" Das waren die Losungen, die wir auf unsere Fahrzeuge gemalt hatten. Sowas gab es nicht während der Zeit des ANC. Das gab es nicht während der Zeit der Jugendliga. Ihr erinnert euch sicher, 1957 wurde Ghana unabhängig. Man kann sagen, 1958/59 wurde die Tatsache, daß Ghana unabhängig wurde, von uns verbreitet, in unserem Land, und es war ein wirklich großes Ereignis. „Ein afrikanischer Premierminister, in Afrika? – So ist es nach allem, was bisher war, doch möglich!" Das wurde natürlich auch durch die Persönlichkeit Nkrumahs gefördert. Er machte von sich reden und wurde international weltweit bekannt, und zeitweise kam er in ziemlichen Gegensatz zu den westlichen Mächten. Er zog unsere Aufmerksamkeit ziemlich auf sich. Obwohl es Länder wie Äthiopien gab, die jahrhundertelang unabhängig waren, so machte doch nichts so einen Eindruck auf unser Bewußtsein wie Ghana und Nkrumah. Äthiopien existierte für uns nicht wirklich.

Es war also 1960, als die NDP endlich damit anfing, von Mehrheitsregierung zu sprechen, davon, daß uns das Land gehört, daß wir es regieren müssen, daß wir ein Wahlrecht fordern auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts „Ein Mann – eine Stimme!"

Aber – und das ist vielleicht der Schlüssel in der damaligen Situation gewesen, damals wurde zum ersten Mal wieder die ganz alte Generation, die Erfahrung des Krieges von 1896/97 mitgemacht hatte, aufmerksam. Über die Mehrheitsregierung, über die Forderung nach „Ein Mann – eine Stimme", darüber, daß uns das Land gehört, wurde sehr oft diskutiert und überall, wo wir hinkamen im Land, trafen wir auf einen einsamen alten Mann, der uns still zuhörte. Und sie alle stellten dann die gleiche Frage: „Schon recht, ihr sagt, ihr wollt das Land regieren, ihr sagt, wir können rechtmäßig beanspruchen, daß das Land uns gehört. Gut – aber wie wollt ihr es anstellen, daß ihr es wiederbekommt?"

„Die Frage ist doch, wie kann es erreicht wer-

den. Wie wollt ihr diesen euren phantastischen Traum Wirklichkeit werden lassen" – das war ihre Frage an uns. Das war auch der Punkt, wo die Schwäche tatsächlich lag. Unsere allgemeine Antwort war: „Wir werden die Massen organisieren, im ganzen Land, wir werden 20.000, 80.000, ja alle mobilisieren, wir fordern eine Verfassungskonferenz. Wir werden von der britischen Regierung fordern, daß sie uns unser Land zurückgibt." – „Ist das alles?", fragten uns einige der Alten. Natürlich, sagten wir, wir sind stark, wir können jeden organisieren! Und wir wurden ganz aufgeregt dabei. „Wenn ihr nicht ernsthafter an die Frage rangeht, werdet ihr nichts erreichen". „Wißt ihr denn, daß diese Leute gegen uns gekämpft und uns besiegt haben? Und ihr glaubt im Ernst, ihr könnt einfach durch Reden das Land zurückbekommen? Nein, Kinder, so werdet ihr nicht siegen."

Auf Grund der Parole „Das Land gehört uns" brachen die Alten ihr Schweigen. Das veranlaßte sie zum ersten Mal, Interesse an der Frage zu gewinnen. Und sie waren enttäuscht, weil wir uns bloß auf Massenmobilisierung beschränkten. Und normalerweise endete die Diskussion damit, daß sie fragten: „Ihr sagt, das Land gehört uns und daß ihr es zurückholen wollt – habt ihr denn überhaupt Gewehre?" Gelegentlich trafen wir auf eine alte Frau, die uns sagte: „Gut, ihr sagt, das Land ist unser Land, habt ihr denn überhaupt Gewehre zusammengetragen?" Und wenn wir darauf sagten: „Nein" – „Oh, was redet ihr denn dann, wenn ihr Angst davor habt, euch Gewehre zu besorgen. Ihr nehmt bloß den Mund voll." „Weshalb seid ihr nicht ruhig, sammelt heimlich Gewehre, um das Land zurückzuholen? Was soll denn das alles?"

Und so waren wir eine Organisation ohne Massen und sie verachteten uns sehr. So war es während der Zeit der NDP.

Als wir mit der ZAPU anfingen, waren wir alle im Süden versammelt, es war Ende 1961. Im Verborgenen war davon die Rede, daß wir jetzt die Frage, wie wir unser Land gewinnen wollen, neu überdenken müssen. Aber da gab es wieder Probleme mit Nkomo, wo wir mit seiner Führung nicht einverstanden waren. Einige von uns hielten viel mehr davon, daß wir das Problem durch Kampf lösen müssen, wie diese Alten es uns gesagt haben. Diese Siedler haben Gewehre, und ihr braucht Gewehre. Wir kämpften mit Speeren und sehr einfachen Gewehren. Und vergeßt nie, es waren die Maschinengewehre, die den Krieg 1896/97 bestimmten. Sie nannten sie Chimbabwabwa, das Rattern des Gewehrfeuers imitierend. Solange ihr nichts habt, was ihr dem entgegensetzen könnt, wollen wir nicht davon reden, daß das Land uns gehört. – Dann fordert ihr diese Siedler bloß heraus. So hatten einige von uns über die Argumente der alten Leute nachgedacht, und wir fanden sie richtig. Wir nahmen uns vor, daß jetzt ein ernsthafter Kampf vorbereitet werden muß, ein Kampf mit dem Ziel des Sieges.

Aber nun hatten wir Führer, wie Nkomo, die jetzt davon redeten, daß das viel zu gefährlich wäre und die Siedler uns die Köpfe abhacken würden. Aber dann schloß er sich uns an und sagte auch, wir müßten kämpfen. Aber letztendlich stellte sich heraus, daß er davon bloß als einem Mittel zur Einschüchterung sprach. Manchmal, wenn er in irgendwelchen fremden Ländern herumreiste, redete er von der Gefahr des Blutvergießens, die dem ganzen Land drohte, um zu zeigen, daß er es nicht wirklich ernst meinte. Wir wurden sehr böse auf ihn, wie er herumreiste, seine Zeit bei den Vereinten Nationen und Reden dort verbrachte, anstatt den bewaffneten Kampf wirklich zu organisieren. Nkomo ging zu den Vereinten Nationen, um dort eine Bittschrift vorzutragen. Als er heimkehrte, wurde er von Tausenden von uns empfangen. Er sagte, er käme von den Vereinten Nationen, er habe dort unsere Sache vorgetragen, niemand könne mehr etwas dagegen machen, wir würden unser Land zurückbekommen. Und er ging unter der Begeisterung des Augenblicks so weit, zu sagen: „Ich habe hier in meiner Aktentasche die Papiere, die uns unser Land wieder übertragen."

Das war eine schwerwiegende Irreführung der Volksmassen. Deshalb, weil die Massen sich darauf verließen: die Vereinten Nationan machen etwas für uns, wir brauchen nicht zu kämpfen. Dann kam das Verbot der ZAPU, und Leute wurden interniert, sie konnten sich nicht mehr frei bewegen. Dies war die Lage, als wir mit einer klaren Auffassung hervortraten.

Nachdem diese Einschränkungen wieder aufgehoben worden waren, kommt Nkomo und lügt gegenüber den anderen, daß er mit Nyerere gesprochen habe, und dieser habe gesagt, daß wir alle das Land verlassen sollen und eine Regierung im Exil bilden sollen. Als die Führer nach Daressalam kamen, war Nyerere überrascht. Eine Exilregierung? Gut, ich will es euch erlauben, eine Exilregierung zu bilden. Aber was werdet ihr daheim machen, nachdem ihr

von eurem Volk davon gelaufen seid? Kontrolliert ihr einen Quadratmeter eures eigenen Landes, aus dem ihr gestärkt werden könnt? Was meint ihr eigentlich mit Exilregierung? Wir merkten, daß Nkomo uns angelogen hatte. Es folgte die Spaltung, zwischen denjenigen, die wie Nkomo dachten, und den anderen, die wie die ZANU, die dann gegründet wurde, dachten.

Es bringt nicht viel, sagten wir, im ganzen Land über Mehrheitsregierung, jeder Mann eine Stimme Reden zu halten. Wir müssen kämpfen und den Kampf zu Ende führen, bis zum militärischen Sieg! Das legten wir unserem Volk vor. Wir sagten ihm, daß wir kämpfen müßten.

Wir wurden ständig unter Arrest gestellt oder interniert, weil wir das oder jenes wagten. Als der ANC zum Beispiel verboten wurde, sagten die weißen Siedler, diese Organisation müßte verboten werden, weil die Kolonialverwaltung, die Eingeborenen-Kommissare nicht mehr wirksam arbeiten konnten, weil die Organisation sich so weit ausgedehnt hatte und die Massen zum Widerstand aufgerufen hat. Es war systematisch klar geworden, daß die Linke eine Organisation bilden muß, um viele Menschen zu sammeln und zu organisieren. Sie haben die Organisation unterdrückt, und wir fingen neu an.

Die zweite große Wasserscheide: Befreiung durch bewaffneten Kampf – Gründung der ZANU

Als wir die ZANU bildeten, hatten wir keinen Zweifel darüber, daß über kurz oder lang wir ebenfalls verboten werden würden. Aber wir nützten die Gelegenheit, um in der verbleibenden Zeit zu versuchen, unsere Volksmassen rasch für die neue Politik zu gewinnen, sie von der alten Anschauung abzubringen. Die *Bildung der ZANU* markiert die große Wasserscheide, den Bruch mit einer langen Tradition reformistischer Politik und das Anpacken einer Politik der Machtergreifung; den Bruch mit einer Politik, wo wir davon sprachen, das Land gehört uns, wir müssen es regieren, und darüber dann zu einer Politik, wo wir uns mit der Frage befaßten, *wie wir das erreichen.* Was uns betraf, so war uns vollständig klar, als wir die ZANU gründeten, daß die Lösung in einer militärischen Offensive für den militärischen Sieg lag. – Damals, als wir wirklich darangingen, die Frage zu lösen, wie wir unsere Kader dazu erziehen, Krieg zu führen.

Wir erklärten das unserem Volk, wir machten kein Geheimnis daraus. Wir entwickelten bei der Bildung der ZANU ein Programm zur Lösung des Widerspruchs mit Waffengewalt. Unserem Volk erklärten wir es so: Die Herrscher in unserem Land, die rassistischen Siedler, sind unsere Feinde, das sind nicht einfach Leute, die wir ablehnen. Zum ersten Mal erklärten wir sie zu unseren *Feinden,* die wir mit Waffengewalt bezwingen müssen. Wir kennzeichneten sie als einen Feind, der in unser Land eingefallen war. Wir müssen ihm also mit militärischen Mitteln entgegentreten und ihn aus unserem Land jagen.

Da kam natürlich die Frage: Diese Leute aus dem Land jagen, wieso? Wir untersuchten die Situation, die Erfahrungen unseres Volkes: Unser Volk hatte sein Land verloren, das ganze kapitalistische System, so wie es ist, ist gegen die Afrikaner gerichtet, die Eigentümer des Landes. Es ist ein fremdes System, weil es kapitalistisch ist.

Wir erinnerten uns daran, daß wir, bevor diese Siedler kamen, sehr bedeutsame sozialistische Elemente hatten. Wir erinnerten uns daran, daß unsere Vorfahren, als sie 1896/97 gegen die Kolonialisten kämpften, das auch taten, weil sie dieses neue, kapitalistische System ablehnten. So war es überhaupt nichts Sonderbares und Fremdes für unser Volk, wenn wir sagten, daß dieses ganze System mit militärischer Gewalt hinweggefegt und durch ein sozialistisches System ersetzt werden muß.

Wir erinnerten uns auch daran, daß dieses System, das wir hinwegfegen wollten, ein rassistisches System ist – wir wollten stattdessen eines, das nicht rassistisch ist. Wir dachten sehr sorgfältig über das sozialistische System nach, das wir wollten. Uns war klar, daß der Sozialismus, in dem wir im vergangenen Jahrhundert lebten, von einer primitiven Art gewesen war, daß wir klare und sehr ausgearbeitete Vorstellungen entwickeln und von anderen sozialistischen Systemen lernen mußten. Einige von uns hatten die Möglichkeit, die Werke von Lenin, von Marx, die Werke von Mao Tsetung zu studieren, und wir fanden in ihnen sehr klare, entwickelte sozialistische Prinzipien, eine sehr klare und entwickelte sozialistische Ideologie. Wir untersuchten das System, das wir während der vergangenen Jahrhunderte hatten, und es war klar, daß wir es neu entwickeln mußten, und wir sagten: Wir werden dafür kämpfen, ein sozialistisches Zimbabwe zu errichten.

Wir sind unsere eigenen Befreier

Dann stellten wir fest, daß Nkomo, der unsere Situation vor die UNO getragen hatte, die falsche Vorstellung im Bewußtsein der Massen genährt hatte, daß die Welt etwas tun würde, um uns zu befreien. Dem stellten wir nachdrücklich das Prinzip entgegen, daß wir uns selbst befreien. Wir wollten nicht, daß sich unser Volk auf irgend jemand anderen verläßt. Es muß sich auf seine eigenen Kräfte verlassen, selbst als Volk von Zimbabwe erfolgreich voranschreiten oder als Volk von Zimbabwe scheitern. Deshalb sagten wir: *„Wir sind unsere eigenen Befreier!“* Wie? Durch militärische Gewalt! Wir werden Mann für Mann kämpfen. Und das alleine! Wir haben die Fähigkeit, zu organisieren und zu mobilisieren. Alles, was wir machen müssen, ist, unser Volk zu erziehen. Unsere Volksmassen haben alle schon den Haß auf dieses fremde System, ein ausbeuterisches System – sie alle wollen die Freiheit erlangen. Wir erinnerten unsere Massen daran, daß das das System war, das sie auf keinen Fall brauchen können. Wir sagten dann, was werden wir an seine Stelle setzen? Es muß etwas sein, das für unser eigenes Volk angemessen ist. Und so legten wir unsere Prinzipien eines nicht-rassistischen, eines neuen sozialistischen Staates von Zimbabwe fest. Wir arbeiteten sie aus und legten sie unserem Volk vor. Und es akzeptierte sie und sagte: Gut, von jetzt an laßt uns Gewehre nehmen und kämpfen.

Wir schickten unsere Führer außer Landes, damit sie die Gewehre besorgen, Kontakte herstellen zu allen möglichen Quellen von Waffen. Wir fingen an, Kämpfer zu rekrutieren. Wir gründeten die ZANU am 8. August 1963. Zum Jahreswechsel liefen wir bereits herum und sprachen von Waffen, Kampfausbildung und bewaffnetem Kampf. Wie üblich, wenn man mit so etwas anfängt, fanden wir eine geringe Einsatzbereitschaft. Einer, zwei kamen, um zu kämpfen, und wurden dann noch aufgehalten, weil wir tatsächlich noch nicht wußten, wo wir sie für die militärische Ausbildung hinschicken sollten. Aber bis Mai 1964 hatte unser neuer Kurs Eindruck und Wirkung erzielt. Obwohl wir noch keine ausgebildeten Kämpfer hatten, so hatten wir einige, die bereit waren, den Anfang zu machen, auf eine sehr einfache Weise. Das war zu der Zeit, als die Krokodil-Gruppe, als die sie in unserer Geschichte bekannt ist, eine Straßensperre in den Bergen errichtete und ihren ersten Angriff durchführte. Sie hatten keine Schußwaffen, bloß Messer und Äxte, die gleichen einfachen Waffen, die unsere Vorfahren 1896/97 benutzt hatten. Sie machten den Anfang und provozierten einen feindlichen Aufschrei.

Ein Kolonialbeamter wurde geschnappt und getötet, seine Frau und seine Kinder wurden laufengelassen.

Da, seht die ZANU, „diese kommunistische, wild wuchernde Partei, sie machen gar keinen Hehl daraus, Mörderbande“ usw. hetzte die Presse der Siedler.

Die Krokodil-Gruppe waren bloß fünf junge Leute, die den neuen Kurs ernst nahmen. Sie hatten keine Schußwaffen, keine besondere Ausbildung, aber sie machten einen Anfang. „Wenn wir auch keine Gewehre haben, so können wir, wenn es notwendig ist, die einfachsten Waffen, Bogen, Pfeile und Äxte benutzen,“ – so groß war die Entschlossenheit. Wir hatten diese Antwort auf unseren Entschluß bekommen. Aber, was wichtig ist, auch schon in dieser Phase war die ganze Aktion geplant. Die Genossen gingen in das Operationsgebiet und blieben mehrere Tage in einer Höhle. Sie wurden in dieser Höhle betreut, ernährt, sie erhielten die Informationen, die sie wollten, von der einfachen Bevölkerung in dem Gebiet, keinem sehr großen Gebiet, sehr klein sogar. Aber die Bevölkerung in den umliegenden Dörfern wußte von ihnen und über ihre Absichten. Diese brachte Nahrung zu ihnen und arbeitete an der Straße, um für die fünf jungen Leute zu sorgen und ihnen die notwendigen Informationen zu beschaffen. Wenn der Umfang, in dem wir die Volksmassen bei dieser Aktion einbeziehen konnten, auch nicht groß war, so hatten wir doch den Beweis dafür, daß sie es selber für richtig hielten, daß wir unser Land mit Gewalt zurückholen müssen.

Dann, nachdem die Krokodil-Gruppe in Aktion getreten war, kam die Polizei. Viele wurden verhaftet und gefoltert; es war sehr übel und zwei der Gruppe wurden gefangen, verurteilt und gehängt. Einer von ihnen, der entkommen konnte, ist inzwischen sehr bekannt. Er erhielt militärische Ausbildung zuerst in Ghana und ist nun einer unserer obersten Kommandeure in der gegenwärtigen Armee Kangai. Gerade wie er die Krokodil-Gruppe kommandierte, die Äxte und primitive Waffen einsetzte, so ist er jetzt ein hoher Kommandeur unseres Militärs, das jetzt sehr entwickelte Feuerwaffen benutzt. – Das war 1964. Später dann, während der zweiten Hälfte 1964 rekrutierten wir viele junge Leute und schickten sie außer Landes zur militärischen Ausbildung. Wenn ich von „vielen“ rede, so meine ich so um die 50, ja, das nach einem ganzen Jahr Anstrengungen. Bloß 50, aber das war viel. Es war ein kleiner Beginn. Einige bewährten sich überhaupt nicht, die politische Ausbildung war nicht zufriedenstellend und die militärische auch nicht besonders gut. Und einige kamen und lieferten einfach ihre Waffen ab, fingen an, ein normales Leben zu führen, manchmal spürte sie die Polizei auf und fand heraus, daß sie militärische Ausbildung hatten und setzte sie gefangen. Der Anfang war sehr enttäuschend aber wir blieben hartnäckig und uns wurde eines klar, daß wir neue Ideen hatten, deren Durchführung sehr gut vorbereitet werden muß und daß die Grundanschauungen der Massen sehr gründlich entwickelt werden müssen.

Dann wurden während der zweiten Hälfte von 1964 ich und viele der Genossen gefangen. Weil sie Krieg führen wollte, war die ZANU verboten worden – die Siedler hatten allen Grund, wie ich meine! Diejenigen, die sie aus unserem Zentralkomitee erwischen konnten, warfen sie ins Gefängnis, einige wurden vor Gericht gestellt, andere, wie ich z.B., einfach so ins Gefängnis geworfen. Mugabe kerkerten sie schon vor dem Verbot der ZANU wegen aufrührerischer Reden ein, von da kam er in Internierung und von da wieder ins Gefängnis in Salisbury, ohne Unterbrechung bis 1974. Aber es gab andere vom Zentralkomitee, die außerhalb des Landes waren, als die Gefangennahmen erfolgten. Wir im Gefängnis erstellten ein Dokument, in dem sie ermächtigt wurden, die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Kampfes fortzusetzen. Dazu gehörte Chitepo, Hamadziripi.

Wir hatten bereits einige junge Kader in militärischer Ausbildung, die wurde beendet und 1966 kam dann die Schlacht bei Sinoia.

1966: Die Schlacht von Sinoia – Der Zweite Chimurenga hat begonnen

Wir nennen diese Schlacht die Einleitung von dem Zweiten Chimurenga, wie ich schon sagte, war der Erste Chimurenga 1896/97. Wir betrachten die Schlacht von Sinoia im April 1966 als den Beginn des Zweiten Chimurenga und nicht die Aktion der Krokodil-Gruppe, weil wir 1966 mit besseren Waffen begannnen, Feuerwaffen, die wir im letzten Jahrhundert nicht benutzen konnten. So war es der Beginn einer neuen Kampfphase, in einer neuen Weise, mit neuen Waffen.

An der Schlacht von Sinoia waren 7 unserer jungen Genossen beteiligt. Sie waren besonders mutig und kamen von Sambia aus ins Land zum Kampfplatz bei Sinoia am Fluß Shengani. Sie suchten einen geeigneten Platz, bauten sich einen Schutzwall aus Felsblöcken, ließen ihre Waffen dort zurück und gingen in die Stadt Sinoia und in die benachbarten Dörfer, um mit den Massen die Lage zu diskutieren, sie von der neuen Initiative zu überzeugen und sie zu organisieren. Und dann, wie es oft geschieht, erfuhr die Polizei von ihrer Anwesenheit und war hinter ihnen her. Sie mußten sich von den Massen in ihre Befestigung zurückziehen. Sie nahmen einen langen Strick, an den sich jeder festband, so daß klar war, daß keiner von ihnen versuchen konnte, den Schauplatz zu verlassen und die anderen zurückzulassen. Ihre Haltung in dem Moment war: Wir bleiben hier und kämpfen bis zum Letzten für die Massen. Oder, wenn wir Erfolg haben, dann haben wir ihn zusammen. Wenn wir keinen haben, dann fallen wir hier zusammen. Niemand geht seinen eigenen Weg. So machten sie sich bereit, um die herannahende Polizei herauszufordern. Als die Polizei sich näherte, wurde sie durch Gewehrkugeln empfangen. Die Polizei schoß zurück und der Kampf begann. Aber für die Polizei wurde es zu heiß. Sie rief die Infanterie zu Hilfe. Aber wegen der Art der Befestigung konnten sie diese nicht ausheben, sie war von großem Vorteil für unsere 7 Genossen. Die Genossen teilten wirklich sehr, sehr schwere Schläge aus und so ging der Kampf weiter. Die Infanterie hatte einen schweren Stand. Die Feinde müssen gedacht haben, daß wir da eine ganz ordentliche Armee hatten, sie hatten Tote und Verwundete, ihre Opfer waren sehr hoch. So rief die Infanterie die Luftwaffe zu Hilfe. Hubschrauber kamen. Und ich weiß nicht, wie unsere Genossen es fertigbrachten, sie hatten keine geeigneten Waffen, um Hubschrauber abzuschießen. Aber irgendwie brachten sie es fertig, einen Helikopter am Flußufer abzuschießen, wahrscheinlich erwischten sie den Piloten. Auch für sie wurde es zu heiß und die Helikopter gaben auf. Es kamen die großen Bomber, Jagdbomber, Canberras, und bombten das Gebiet kreuz und quer. Danach gab es keinen Widerstand mehr in der Befestigung und sie drangen ein. Alle 7 waren tot. Wir wissen nicht genau, wieviele Verluste

der Feind hatte, aber eins ist sicher, es waren nicht weniger als 25, weil einer unserer Genossen bei dem Kolonialkommissar arbeitete und von militärischen Quellen herausfinden konnte, daß zwischen 25 und 40 weggetragen und von den Streitkräften des Regimes begraben wurden. Wir werden es nicht erfahren, wenn wir nicht das Glück haben, die Aufzeichnungen des Feindes in die Hände zu bekommen.

Das war die Schlacht von Sinoia. Der Tag wird als Tag des Zweiten Chimurenga gefeiert.

Wenn man die Schlacht von Sinoia untersucht, kann man feststellen, daß da noch ein Zug konventioneller Kriegsführung war. Man könnte sagen, die Genossen waren nicht in der Guerilla-Kriegsführung ausgebildet, so daß sie sich vom Feind absetzen hätten können, um dann die Zeit selber zu wählen, wo sie dem Feind Schläge versetzten.

Nach der Schlacht von Sinoia gab es noch einen anderen kleinen Vorfall. 1966 griffen im gleichen Gebiet Genossen eine Farm an und töteten den Grundbesitzer und seine Frau. Viele wurden im Zusammenhang damit gefangengenommen, die ganze Gegend wurde durchkämmt. Danach hatten unsere Kriegsanstrengungen viele Rückschläge. Und das waren Rückschläge wegen unseres Vorgehens. Unsere Guerilla-Taktik war nicht sehr entwickelt. Die meiste Zeit war es ein halb-konventionelles Vorgehen; die Streitkräfte des Regimes kamen einfach und zerschmetterten unsere Kämpfer, bevor die Genossen viel erreichen konnten.

Die ganzen Jahre über drangen wir von Sambia aus ins Land vor. Wir mußtem den Sambesi überqueren, um nach Zimbabwe zu kommen, was immer schwieriger wurde, ohne daß man entdeckt wurde. Und wenn man in Zimbabwe war, ging es direkt weiter in unbewohntes Gebiet – Wälder und Wildreservate – und unsere Genossen hatten große Schwierigkeiten, Nahrung zu bekommen. Oft kamen sie so in eine Lage, wo sie großes Risiko eingehen mußten, oft aus Verzweiflung wegen Nahrung und Wasser; – das Gebiet ist sehr trocken. Dann kam die Frage, wie das Bewußtsein der Massen vorbereiten. Unsere Genossen marschierten weite unbewohnte Strecken, wurden hungrig und durstig, und dann, wenn sie die ersten Kontakte mit Dorfbewohnern machten, waren sie verzweifelt darauf aus, etwas zu essen zu bekommen. Es stellte sich heraus, daß diese Dorfbewohner politisch noch nicht vorbereitet waren. Die Genossen setzten sich hin und jemand lief zur Polizei und informierte sie, der Platz wurde umstell und die Genossen gefangengenommen. Das Regime machte in diesem Gebiet ungeheuer viel Propaganda und forderte die Bewohner auf, jeden Fremden zu fesseln und der nächsten Behörde zu melden. Einige Dorfbewohner nutzten die Gelegenheit, wenn ein Genosse geschwächt ankam, fesselten ihn und lieferten ihn aus.

Zusammen mit der FRELIMO: Kampf um die Tete-Provinz – Politische Arbeit im Nordosten Zimbabwes

Das ging bis 1969, wo wir dem ein Ende setzten. Keine Genossen wurden mehr losgeschickt. Unsere ganze Politik mußte neu analysiert und überdacht werden. Das fiel mit der Zeit zusammen, wo wir mit der FRELIMO zu einer Übereinkuft zur Zusammenarbeit kamen. Wir wollten jetzt versuchen, in unser Land über Mozambique vorzudringen, durch die Tete-Provinz. Dort nahm die FRELIMO ihren Kampf auf und war gerade dabei, ihn stark auszudehnen. Die FRELIMO hatte bereits längere Zeit unter den Massen in diesem Gebiet gearbeitet. So schlossen sich unsere eigenen Genossen den Genossen der FRELIMO an und lernten eine Menge darüber, wie man den Befreiungskampf führt. Der Kampf um die Tete-Provinz begann. Unsere eigenen Genossen mußten in Mozambique, in Tete, bleiben und Seite an Seite mit der FRELIMO für die Befreiung der Provinz kämpfen. Dabei machten sie viele Erfahrungen.

Währenddessen mußten politische Kommissare nach Zimbabwe gehen, in den Nordosten, still die Massen erziehen, keine Auseinandersetzungen und Schießereien mit dem Feind suchen, keinen einzigen Schuß abgeben. So lange, bis wir uns ganz vorbereitet fühlten. Waffen und Munition mußten zu den passenden Plätzen, wo die politischen Kommissare zu arbeiten hatten, gebracht werden. Die politischen Kommissare mußten mit unseren eigenen Massen arbeiten, sie erziehen und ihr Bewußtsein auf den Kampf vorbereiten.

Unsere Hauptstreitmacht blieb nach wie vor in Tete im Kampf zusammen mit FRELIMO gegen die Portugiesen. So kam es, daß einige unserer obersten Kommandeure Streitkräfte der FRELIMO in Tete kommandierten und einige der Kriegsveteranen der FRELIMO, die jetzt in der Regierung sind, Machel selbst, waren da mit unseren Genossen zusammen im Kampf.

Aufnahme des bewaffneten Kampfes im Nordosten Zimbabwes

Wie wirksam war unsere neu ausgearbeitete politische Linie! Wir wollten einen typischen Guerillakampf, einen, der vollständig auf die Unterstützung der Volksmassen angewiesen ist, um Erfolg zu haben. Auf dieser Grundlage gingen unsere Genossen ins Land, in den Nordosten. 18 Monate bis 2 Jahre arbeiteten sie dort, ohne vom Feind angegriffen zu werden. Deshalb war dieser dann ziemlich überrumpelt, als wir letztendlich im Nordosten den Kampf aufnahmen. Die Soldaten des Regimes wurden eilig in die Gegend geworfen, die Polizei, das Department für Innere Angelegenheiten (Internal Affairs Department), dem sehr viel Personal zur Verfügung steht, nahm die ganze Zeit über Kontakt mit den Dorfbewohnern auf, um herauszufinden, was passiert ist, und sie schienen zu denken: Verdammt, wir kommen zu spät. Die gesamte Bevölkerung des Gebiets ist bereits unterwandert und für die Guerilla gewonnen. Keiner ist mehr bereit, den Kräften des Regimes die Wahrheit zu sagen. Alle waren auf die Seite der Genossen getreten.

Den Agenten des Regimes wurden Informationen gegeben, die sie in die Irre führten, sie wurden in Richtungen gelenkt, wo sie in einen Hinterhalt liefen. Sie erhielten Informationen, so daß sie genau dahin gingen, wo wir sie hinhaben wollten. Für die Streitkräfte des Regimes wurde die Lage völlig unsicher, sie wußten nicht mehr, wann sie die Wahrheit erfuhren und wann Informationen, die sie in irgendeine Falle locken sollten. Wenn sie z.B. eilig hinter den Guerilla-Kämpfern her waren, wurde ihnen einmal gesagt: „Ja, ja, sie waren gerade da und gingen in diese Richtung", bloß um dann feststellen zu müssen, daß die Genossen in der entgegengesetzten Richtung einen neuen Angriff starteten und sie in die Irre geführt worden waren. Das nächste Mal wird ihnen die Wahrheit erzählt und sie verfolgen diese Richtung und rennen in einen Hinterhalt. Jetzt kommen sie zu dem Schluß, daß ihnen die Wahrheit gesagt wurde, damit sie in den Hinterhalt laufen. So änderten sie ihre Kalkulationen beständig, „wenn die Dorfbewohner uns sagen, geht in diese Richtung, dann gehen wir in die entgegengesetzte". Aber die Dorfbewohner merkten das rasch und kalkulierten das ein und sagten genau das, was notwendig war, um die Truppen des Regimes in den gelegten Hinterhalt zu schicken. Die Armee und die Luftwaffe beschwerten sich, sie sagten: „Ihr seid doch die Polizei, ihr seid doch dafür da, aufzupassen, was in der Bevölkerung vor sich geht. Jetzt ruft ihr uns her und es ist zu spät. Wir können einen Gegner wie diesen nicht schlagen."

Da war zum Beispiel ein Vorfall, wo sie eine gänzlich falsche Information darüber erhielten, daß die Guerilla-Streitkräfte im Nordosten ihr Hauptquartier eingerichtet hätten, wo die ganzen Schwierigkeiten herkämen. So kamen die Feinde mit sehr großen Streitkräften, die Infanterie kam, sie bombardierte Berge in Stücke, und nachdem sie genug Granaten verfeuert hatten, drang die Infanterie den Berghang hinauf vor, um den Rest zu erledigen. Da mußten sie dann feststellen, daß es überhaupt kein Anzeichen für die Anwesenheit von Guerilla-Kämpfern gab. In einer kleinen Höhle fanden sie einige Reste Rindfleisch, nach all diesem Aufwand. Die Siedler begannen gegen die Dorfbewohner vorzugehen.

Der Nordosten ist das landwirtschaftlich wichtigste Gebiet. Vor allem was Mais und Tabak angeht. Da z.B. durch den seit 1972 andauernden Kampf eine geringere Maisernte erzielt wurde, bestand eine begründete Furcht, daß Mais importiert werden muß. Das kam daher, daß die Grundbesitzer nicht mehr auf ihren Farmen bleiben konnten. In diesem Gebiet sind viele Reservate und viele Farmen von Europäern.

Ich glaube, ein Vorteil, den wir nutzen konnten, war der, daß wir bereits 1963 zu den Bauern dort sprachen, als wir die ZANU gründeten. Damals waren die Bauern über die Landfrage aufgebracht, sie sind es heute noch. Sie haben sehr lebhafte Erinnerungen, wie das Land von den Invasoren geraubt worden ist. Wenn man zu den Massen daheim spricht, so sagen sie einem bald, da, schau, dieses Land wurde eingezäunt, man kann sich ihm nicht nähern und es ist jetzt eine riesige Farm eines irgendwoanders lebenden Grundbesitzers. Das Land liegt da und niemand siedelt auf ihm. Dieses Land wurde uns gestohlen und da profitiert jemand davon. Man kann zu irgendjemandem auf das Land gehen und Beweise genug sehen, wie von dem Land, das geraubt wurde, jetzt Profite gezogen werden. Das Bild des Kapitalismus ist sehr lebendig, wenn die Bauern es über die Landfrage betrachten, über die Geschichte, wie die Bauern das Land verloren haben. Dann, wie sie Arbeiter in Form von halben Sklaven wurden, angestellt

durch den neuen kapitalistischen Grundbesitzer. Die Vertreibung, die folgte, um jene, die das Land verloren hatten, in die neuen Fabriken zu bekommen, die gerade entstanden sind. Weil die Bauern durch diesen kapitalistischen Zwang getrieben wurden, gibt es kein Zurück aufs Land, da ist kein Land mehr, man muß in die Fabrik, um leben zu können. Der neue Herr in der Fabrik diktiert und du weißt, daß er dich grenzenlos ausbeuten kann, unaufhörlich bis zum letzten Knochen, du kannst nirgendwohin weglaufen, selbst wenn er es dahin treibt, daß er gar keinen Lohn zahlt.

Der Fabrikbesitzer hat einen „Compound", einige Schlafbaracken für Arbeiter um die Fabrik herum. Wenn man da eine Unterkunft gefunden hat, ist man besser dran. „Wieso dann sich beschweren, selbst über den Lohn." Wenn er einen rauswirft, weil man sich weigert, für ihn zu arbeiten, dann kann man nirgendwohin gehen. Jeder kennt die Gewalt des Kapitalismus. So kann man sich rasch über den Zusammenhang verständigen zwischen dem Verlust des Landes und dem Kapitalismus auf dem Land; zwischen dem Landraub an den Bauern, und daß sie jetzt in die Fabrik getrieben werden, um dort unter sehr üblen Bedingungen für Fremde zu arbeiten. Bedingungen, die gar keine andere Wahl offenlassen, so daß es sich auch nicht lohnt, als Arbeiter sich nach einer anderen Fabrik umzusehen. Unter derartigen Bedingungen kann jeder Arbeiter sehr leicht ungeheuer ausgebeutet werden.

Überall wollen die Volksmassen die Revolution

Unsere Geschichte ist kurz, das muß man bedenken. Ich kann durchaus noch einen Großvater finden, der mir erzählt, wie es einmal ausgesehen hat. Als ich so 1963 damit anfing, die Werke von Marx, Engels, Lenin und Mao Tsetung zu lesen, entfalteten sie eine Wahrheit, die ich bereits kannte, die bereits in meinem Kopf war – nur viel klarer, sie war nichts Fremdes. Deshalb war es auch nie schwer, ausgehend von dem Hauptinteresse der Massen, der Landfrage, auf die alten Verhältnisse zu kommen, daß das Land uns geraubt wurde und wir es uns wieder zurückholen müssen. Daß wir es, wenn wir unser Land einmal wiedererrungen haben, niemandem erlauben werden, als Kapitalist es sich wieder anzueignen und die Leute erneut herumzustoßen und sie wiederum nirgends für sich arbeiten können. Am Beispiel eines Grundbesitzers, der nicht auf seinem Land lebt, sondern in der Stadt oder im Ausland wie viele, läßt sich das alles leicht entwickeln. Das sind alles brennende Fragen in unserem Land.

Die Landfrage ist auch für die Arbeiter in unserem Land leicht zu verstehen. Europäer haben z.B. ganze Theorien darüber entwickelt, wieso die afrikanischen Arbeiter in unserem Land keine wirksamen Streiks ins Auge fassen könnten. Aber wenn die Kapitalisten bei uns sich rasch durchsetzen wollen, dann werden sie einfach unbarmherzig. Sie sagen einfach, die Fabrik wird zugemacht, ihr schaut, wo ihr hinkommt. Es gibt andere, die auf die Arbeitsplätze warten. Wohin soll nun der Arbeiter gehen? Seine Erinnerung, wie es früher war, ist frisch. Junge Männer wie ich und noch jüngere erinnern sich schnell, daß gar nicht so viele Jahre zurück man einfach ein eigenes Stück Land hätte bebauen können. Man hätte sagen können: Zur Hölle mit dem Kapitalisten und seiner Fabrik, ich gehe wieder aufs Land. Aber jetzt besteht dafür keine Chance. – Diese Erinnerung an die Vertreibung vom Land ist in Europa vielleicht nicht so frisch.

So hat diese Situation dazu geholfen, zu verstehen, was Sozialismus bedeutet, was wir damit meinen und deshalb wissen wir, daß unser ganzes Anpacken der Interessen des Volkes von Zimbabwe, seiner Revolution, vom ganzen Volk akzeptiert wird.

Was ist seit 1963 geschehen? Die Aufgaben wurden viel genauer ausgearbeitet. Als wir z.B. unsere sozialistischen Vorstellungen und Prinzipien im Gelben Buch (Programm der ZANU) veröffentlichten, etwa eine Woche nach der Gründung der ZANU, da waren das bloß sehr summarische Sätze. Man konnte sie in alle möglichen Richtungen auslegen. Aber die Konkretisierung und Ausarbeitung dieser kurzen Aussagen ging in all den Jahren weiter. Auch heute geht es weiter. Wir müssen uns noch sehr genau darauf konzentrieren, weil gerade jetzt viele grundlegende Fragen wieder aufgeworfen sind und wir unseren weiteren Weg klar vor Augen haben müssen.

Was den Krieg angeht, so war das Kolonialregime nie in der Lage, unsere Operationen zu verhindern. Unser Befreiungskrieg litt stark unter Knappheit an Waffen, vor allem 1974 und Anfang 1975. Aber die Siedler waren nicht in der Lage, diese Periode der Revolution auszulöschen. Die Volksmassen sind bereit und gut vorbereitet. Bevor wir vom Nordosten in andere Gebiete gingen, haben wir dort die Massen erzogen. Es gab diesen „Schneeballeffekt". Als der Krieg sich auf ein großes Gebiet ausgedehnt hatte, sagten sich die Leute in anderen Gebieten, die noch nicht bewaffnet waren: Wir sind noch nicht bewaffnet, was passiert da im Nordosten, die Leute dort unterstützen den Krieg. Wir können sehen, daß, wenn der Befreiungskrieg gut unterstützt wird, so daß der Kampf fortgesetzt werden kann, dann werden wir siegen. Das ist nun der Ausgangspunkt der Überlegungen der Massen. Sie gingen in den Kampf, sie waren bereit, ihn zu unterstützen, weil dieses imperialistische Ungeheuer bekämpft und besiegt werden kann. So wurde die Lage geschaffen, daß, noch bevor wir in die Gebiete kommen, um die Massen in den Fragen und Aufgaben der Revolution ausführlich zu unterrichten und zu erziehen, sie bereits aufgeschlossen sind und begierig, uns zu hören. Sie hören und wissen, daß in anderen Gebieten die Revolution bereits allgemein begrüßt worden ist und daß, wenn sie diesem Beispiel folgen, der Feind besiegt werden wird. Jeder Genosse, der Waffen trägt, ist ausreichend ausgebildet, um in der Lage zu sein, die notwendigen Informationen und Antworten den Massen zu geben. Wir legen großes Gewicht auf die Herstellung der politischen Einheit unter den Massen und mit unseren Volksmassen in all den vielen Fragen der Revolution. So sah es zu diesem Zeitpunkt überall im Land aus. Das bedeutet natürlich, daß wir überallhin nachfolgen mußten.

Kapitalistische Stadtentwicklung und Verkehrsplanung am Beispiel Innsbruck

I. Immer schlechter Wohn- und Lebensverhältnisse für die Werktätigen – Goldgrube für die besitzenden Klassen

Ein großer Teil der Innsbrucker Werktätigen wohnt in den Trabantenstädten in den Außenbezirken Innsbrucks - Olympisches Dorf, Reichenau im Osten; Höttinger Au - Lohbachsiedlung, Völs im Westen der Stadt. Die Wohnverhältnisse sind schlecht für die Werktätigen, die Sozialmieten hoch, die Wohnflächen zu klein, Bauschäden, Witterungs- und Konstruktionsschäden finden sich überall und Gemeinschafteinrichtungen für die Bewohner gibt es dort so gut wie nicht. Das ist die eine Seite.

Die andere die Verhältnisse in der Innenstadt, in den „alten" Wohnvierteln, die sich um die wenigen Betriebe wie in Pradl herumgebildet haben. Zu den kleinen und teuren Wohnungen kommen oft katastrophale hygienische Verhältnisse - die Wohnungen der Altstadt, die Abrißviertel wie St. Nikolaus, Wilten Ost - da das Viertel Mentelgasse/Leopoldstraße/Gaismayrstraße/Adamgasse/Karmelitergasse sowie der Liebeneggstraße -, Altpradl - sind dabei wohl die Spitzenreiter, Ausdruck der unserer Ausbeuterordnung innewohnenden Gesetze. Kennt man Innsbruck vor zehn oder mehr Jahren und kennt man es heute, so sieht man die wachsende Geschwindigkeit, mit der der Prozeß vor sich geht, den die kapitalistische Produktionsweise als seine Folge in der Stadtentwicklung nach sich zieht.

Die Entwicklung des Kapitalismus bestimmt die Entwicklung der Stadt

Früher „idyllische" Stadt mit ihren zahllosen Handwerkskleinbetrieben, Büros, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen als Landeshauptstadt, mit ihren Wohnvierteln gruppiert um die Kleinbetriebe herum, mit ihren alten, unzerstörten Baustrukturen und Wohnungen in der Innenstadt, hat die Entwicklung des Kapitalismus die Zusammenballung der kapitalistischen Produktion an einigen wenigen Zentren, die Vernichtung und das „Fressen" der kleinen Kapitalisten durch die großen, die Herausbildung der Verwaltungen der Konzerne und Großbetriebe, der Banken und Versicherungen, die Aufblähung des bürgerlichen Staatsapparates, der öffentlichen Verwaltungen die Stadt Innsbruck ebenso verändert und ihrer Entwicklung angepaßt wie alle Bereiche der Gesellschaft.

Betrachten wir die Entwicklung seit 1950: Von 1951 – 1971 wuchs die Innsbrucker Bevölkerung um mehr als 20.000 Personen an. 14.000 Menschen wurden in diesem Zeitraum nach Innsbruck in die Produktion und Verwaltung gepreßt. Das war das Ergebnis des Aufbaus der Wirtschaft und der Industrialisierung in den Nachkriegsjahren. Innsbruck wuchs als Verwaltungszentrum des Kapitals und seines Staates



für das Land Tirol heran.

Der Hauptteil des Zuwachses erfolgte im Zeitraum 1961 – 1971, in dem knapp 10.000 Menschen vom Land in die Stadt zu ziehen gezwungen waren. Das ging und geht Hand in Hand mit der Vernichtung der Existenzbedingungen von Kleinbauern im Land Tirol, mit der „Landflucht", die nichts anderes war und ist als Resultat der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise auf dem Land, als Abwandern der Landarbeiter in die Fabrik als Reaktion auf die wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhne in der Landwirtschaft, wie die Vernichtung der Existenzbedingungen für die Klein- und Bergbauern.

Um die Größe dieses Prozesses richtig abzusehen, reicht die Zuwanderungsquote nach Innsbruck-Stadt nicht aus. Die umliegenden Gemeinden „profitieren" ebenso an dieser Entwicklung. Innsbruck-Land weist einen Zuwachs im Zeitraum 1951 bis 1971 von 28.500 Menschen auf, von 1961 bis 1971 von 20.000 Menschen, wovon ebenso knapp 70 % auf „Zuwanderer" entfallen.

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum also gut 34.000 Menschen in und um die Produktions- und Verwaltungsmetropole Innsbrucks gepreßt, und wie das „Amt für Statistik, Stadtforschung und Raumordnung" der Stadtgemeinde Innsbruck bekannt gibt, ist *„sowohl bei*

	Wohnbevölkerung 1951	1961	1971	Wachstum 51 – 71	Wachstum 61 – 71	Zuwanderung ca. 70 %
Innsbruck–Stadt	95.055	100.695	115.197	+20.142	+14.502	ca. +14.000
Innsbruck–Land	78.131	86.174	106.532	+28.401	+20.358	ca. +20.000

den Männern als auch bei den Frauen der mit Abstand größte Anteil aller Zuwanderer zwischen 15 und 30 Jahre alt." „Das ist aber gleichzeitig auch die fruchtbarste Altersgruppe", fährt der Bericht in „Beiträge zur Stadtforschung", Heft 2/1974, fort - für die Produktion und Verwaltung wie für die Geburtenentwicklung, also die Züchtung und Heranziehung neuer Arbeitskräfte fürs Kapital.

Gleichzeitig ist er charakteristisch für die Entwicklung des Kapitalismus.

In unserem Programm schreiben wir:

„Der Kapitalismus ist entstanden durch den Übergang von der Einzelproduktion zur gesellschaftlichen Produktion sowie durch die damit einhergehende Expropriation (Enteignung, A.C.) *der kleinen Warenproduzenten. Die Produktionsmittel werden in der Hand der Kapitali-*

sten monopolisiert, während die selbständigen Kleinproduzenten in den Ruin getrieben werden und sich in Proletarier verwandeln oder zu Dienern und Tributpflichtigen des Kapitals werden. Unaufhaltsam schreitet diese Entwicklung voran, immer mehr erfaßt sie die ganze Gesellschaft."

Mit der Ausweitung der industriellen Produktion und der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen durch die Vervollkommnung der Technik werden immer neue Massen in die kapitalistische Produktion gezogen, wie Frauen, Kinder, Arbeiter aus ökonomisch rückständigen Gebieten. Die steigende Produktivkraft der Arbeit bewirkt zugleich einen relativ sinkenden Bedarf der Kapitalisten an Arbeitern, so daß das Angebot an Arbeitskraft die Nachfrage beständig übersteigt und eine industrielle Reservearmee entsteht. Ausbeutung, Abhängigkeit vom Kapital und Unsicherheit der Existenz steigen. Der Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol entspricht so die Akkumulation von gesellschaftlichem Elend auf dem anderen Pol." (S.8/9)

Vergleicht man den Altersaufbau der Innsbrucker und Tiroler Bevölkerung, so wird dies deutlich, vor allem wenn man noch berücksichtigt, daß unter Tirol auch sämtliche Industriegemeinden fallen.

Altersgruppe	% der Gesamtbevölkerung 1971 Innsbruck	Tirol
- 10	14,2	20,2
10 - 20	12,1	16,3
20 - 30	18,7	15,3
30 - 40	12,6	12,6
40 - 50	11,4	11,3
50 - 60	11,1	8,9
60 -	19,9	15,6

Der Überhang der 20–30-jährigen in Innsbruck ist Ausdruck dessen, daß *„immer neue Massen in die kapitalistische Produktion gezwungen werden, wie Frauen, Kinder, Arbeiter"* aus dem Land, der Landwirtschaft, aus fernen Ländern wie der Türkei oder Jugoslawien. Er hat gleichzeitig zum Resultat den wesentlich niedrigeren Anteil der bis 20-jährigen, weil Lohn oder Gehalt die Aufzucht von Kindern erschweren, weil meist beide Teile der Familie bei Werktätigen gezwungen sind zu arbeiten, um sich halbwegs den vielgepriesenen Lebensstandard leisten zu können, und weil es kaum Kindergärten - weder bei Betrieben noch öffentliche - gibt, die ganztägig die Aufsicht und Erziehung übernehmen.

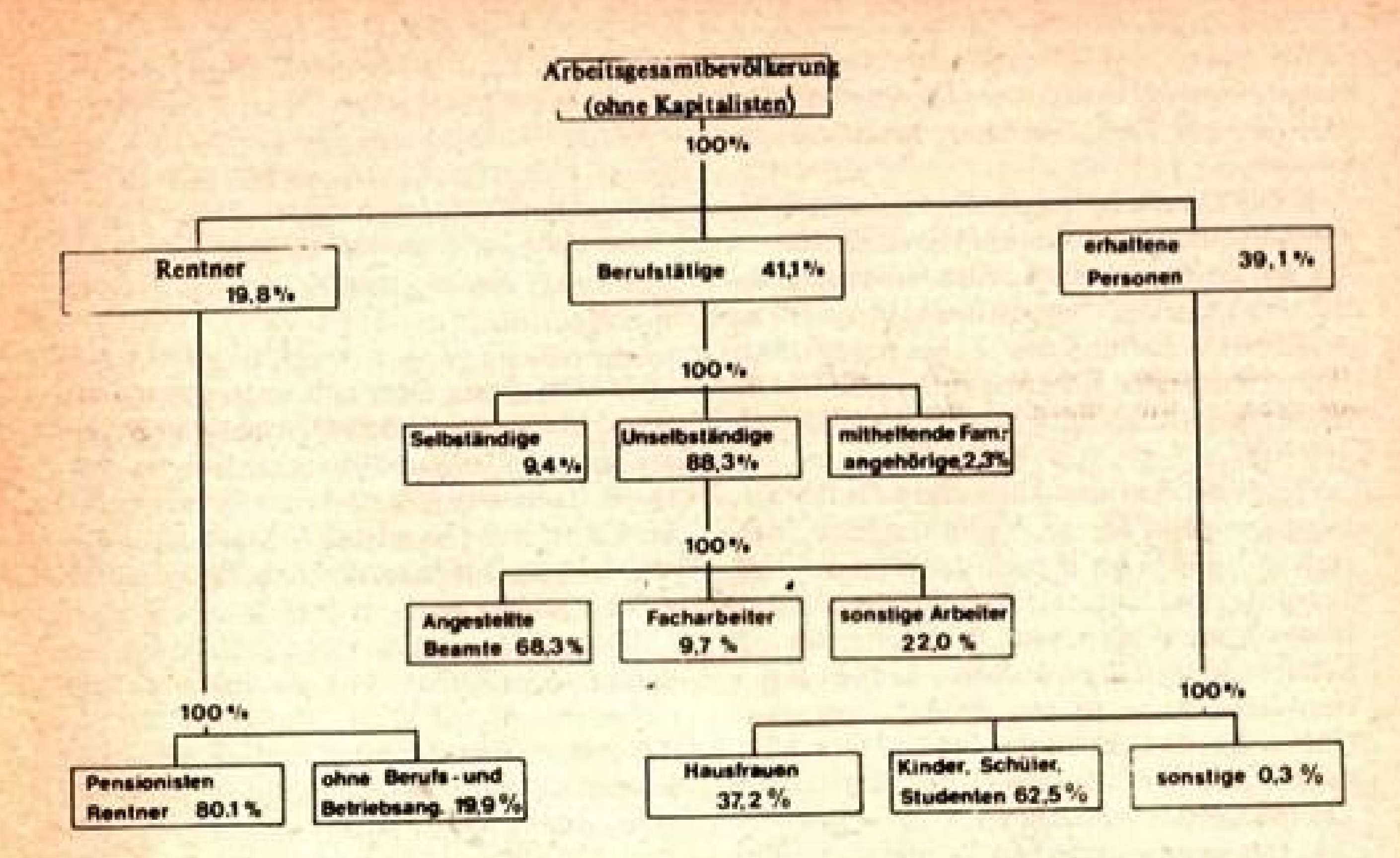
In der Tabelle der Berufstätigen nach sozialer Stellung und Geschlecht schlägt sich das nieder:

Berufstätige nach sozialer Stellung und Geschlecht 1951 - 1971

Jahr	Geschlecht	Berufstätige insgesamt	Selbständige	%	mithelfende Familienangehörige	%	Unselbständige: Angestellte u. Beamte	%	Unselbständige: Arbeiter	%	Arbeitslose[1]	%
1951	m	26.380	3.971	15.0	415	1.6	11.915	45.2	10.079	38.2	.	.
	w	15.309	1.249	8.2	1.065	6.9	6.571	42.9	6.424	42.0	.	.
	z	41.689	5.220	12.6	1.480	3.6	18.486	44.3	16.503	39.5	.	.
1961	m	27.990	3.735	13.3	336	1.2	14.770	52.8	8.801	31.5	348	1.2
	w	18.605	1.290	6.9	1.248	6.7	9.426	50.7	6.229	33.5	412	2.2
	z	46.595	5.025	10.8	1.584	3.4	24.196	51.9	15.030	32.3	760	1.6
1971	m	28.512	3.380	11.9	289	1.0	16.780	58.9	8.063	28.2	.	.
	w	18.801	1.072	5.7	814	4.3	11.758	62.5	5.157	27.5	.	.
	z	47.313	4.452	9.4	1.103	2.3	28.538	60.3	13.220	28.0	.	.

[1] Bei den Volkszählungen 1951 und 1971 wurden Arbeitslose nicht gesondert ausgewiesen

Gleichzeitig gibt sie Auskunft über den zwangsläufigen Ruin der Kleinproduzenten – der absoluten Verringerung der Selbständigen - und ihre Verwandlung in Diener des Kapitals, in Angestellte, Beamte und Proletarier. *„Der Akkumulation von Reichtum auf der einen Seite (in immer weniger Händen) entspricht so die Akkumulation von gesellschaftlichem Elend auf dem anderen Pol."*(Programm des KB Österreichs)



Diese Entwicklung hat sich seit damals noch verstärkt. Bei der Arbeitsstättenzählung 1973 waren bereits 93 % aller Erwerbstätigen Arbeiter, Angestellte und Beamte und sonstige Diener des Kapitals.

„Mit 7,3 % lag der Anteil der selbständig Beschäftigten gemessen an den Gesamtbeschäftigten wesentlich unter dem Tirol-Durchschnitt (14,3 %), aber auch noch unter dem Österreich-Durchschnitt (9,9 %)."

„Um die Produktion aufrecht erhalten zu können, wird der unproduktive Sektor ständig vergrößert" (Programm, S. 11)

„Das Ergebnis der Arbeitsstättenzählung hat gezeigt, daß der Trend zum tertiären oder Dienstleistungssektor (Handel, Lagerung, Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Geld- und Kreditwesen, Versicherungen, Wirtschaftsdienste, persönliche-soziale-öffentliche Dienste) auf Kosten des sekundären oder Erzeugungssektors (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Erden- und Steingewinnung, verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen) weiter anhält" (Beiträge zur Stadtforschung 4, 1977).

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren

Wirtschaftssektor	Arbeitsstätten absolut	Arbeitsstätten %	Beschäftigte absolut	Beschäftigte %
sekundärer Sektor	974	18.9	17.185	28.6
tertiärer Sektor	4.185	81.1	42.852	71.4
Zusammen	5.159	100.0	60.037	100.0

Wenn man diese Zahlen der einzelnen Sektoren noch aufschlüsselt, dann springt einiges ins Gesicht, was die Entwicklung Innsbrucks bestimmt:

1. Die Dominanz zweier Wirtschaftszweige, die Aufblähung des unproduktiven Sektors–38, 5 % der Betriebe Innsbrucks sind mit „Handel und Lagerung" beschäftigt, also Verteilung und Erwirtschaftung des in den produzierten Waren angelegten Kapitals, wobei in diesen Betrieben aber nur 22, 6 % aller Beschäftigten arbeiten.

20,6 % der Betriebe fallen unter die Bezeichnung „persönliche, soziale, öffentliche Dienste", in die 24 % der Beschäftigten für die Absicherung und Aufrechterhaltung der Produktion, für die Absicherung der Werte, für den Schutz und die Pflege der herrschenden Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln (Bund, Land, Gemeinde) und die Durchführung der großen Geschäfte des Kapitals ins Lohnverhältnis gepreßt sind.

2. Der geringe Anteil an Fabriken und Produktionsstätten, wo der Anteil des verarbeitenden Gewerbes mit 14 %, wie das Bauwesen mit 4,2 % an allen Betrieben Innsbrucks noch am größten ist, in die 17,9% bzw. 8,6% der Gesamtbeschäftigten Innsbrucks gepreßt sind und Lohnarbeit verrichten.

3. Die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals: Das Aufblühen des Geld- und Kreditwesens, mit einem Anteil von 10,8 % aller Arbeitsstätten und 8,8 % der Beschäftigten Innsbrucks, zur Sicherung der Geldgeschäfte und Kapitalsanhäufung des Finanzkapitals. Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die zwar nur 3,9 % der Betriebe ausmachen, aber 10,3 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigen.

4. Die relativ große Rolle des Fremdenverkehrs, wo 7,3 % der Betriebe auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen entfallen, in denen 5,6 % der Erwerbstätigen den miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe ausgesetzt sind, wo die 60-Stunden-Woche in der Saison normale Arbeitsbedingung ist.

Die Vernichtung des Kleinkapitals - ein großer Kapitalist schlägt viele kleine tot

Zwei Drittel aller Arbeitsstätten Innsbrucks sind Kleinbetriebe mit weniger als 5 Lohnabhängigen. Die häufigste Betriebsgröße ist die mit 2 bis 4 beschäftigten Lohnabhängigen, insgesamt fast 1.500 Betriebe. Je größer die Betriebe, desto geringer ihre Anzahl, über 500 Beschäftigte haben überhaupt nur vier Betriebe: Bahn, Post, Universitätskliniken und das Bauunternehmen Montana.

Im Zeitraum 1964-73 hat sich der Konkurrenzkampf des Kapitals bereits eindrucksvoll niedergeschlagen:
- Im produzierenden Gewerbe und in der Industrie ist in diesen zehn Jahren die Zahl der Betriebe um 256 gesunken, 694 Arbeiter und Angestellte waren 1973 weniger beschäftigt als 1964;
-Im Bauwesen sank die Zahl der Betriebe um 74, die Zahl der in Lohnarbeit Gepreßten um 625.

Dieser Kampf ist mörderisch. Ein großer Kapitalist schlägt viele tot. Die Kriegsopfer und Leidtragenden sind die Lohnabhängigen: Die, die ihre Arbeitsplätze verlieren und deren Kinder nicht einmal einen Ausbeuter für ihre Arbeitskraft finden werden, und die, deren maßlos gesteigerte Ausbeutung die Betriebe konkurrenzfähig halten sollen. Diese Entwicklung



hat sich seit 1973 weiter beschleunigt, die Krise 1975 hat die „Strukturbereinigung" der Wirtschaft weiter vorangetrieben.

Die Wirtschaftszweige, die weiter aufblühen, bestätigen, was im Programm des KB Österreichs wie folgt festgehalten ist:

„Der Imperialismus ist parasitärer und faulender Kapitalismus. Hatte der aufstrebende Kapitalismus eine stürmische und ungehinderte Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht, so hat der Imperialismus die Tendenz, die Entwicklung der Produktivkräfte aufzuhalten. Seine gelegentlichen ökonomischen Aufschwünge erkauft er sich durch ungeheure Kapitalvernichtung in Krisen und Kriegen. Ganze Produktionszweige stagnieren oder verkommen, ganze Regionen veröden, die Lebensbedingungen der Menschheit werden zerstört. Um die Produktion aufrechterhalten zu können, wird der unproduktive Sektor der Gesellschaft ständig vergrößert. Die Bourgeoisie, revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus, ist durch und durch reaktionär geworden. Ökonomisch längst überflüssig, tritt sie mehr und mehr neben den Produktionsprozeß. Während sie sich bezahlte Funktionäre hält, die für sie die Produktion organisieren, verwandelt sie sich in eine Bande von Spekulanten und Kuponschneidern, deren Beruf Korruption, Verschwendung und Müßiggang ist, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler." (Seite 11/12).

Handel und Lagerung expandierten im Zeitraum 1964 – 1973 gewaltig. Die Zahl der Betriebe stieg um 346, die Zahl der den Warenaustausch sichernden und den Profit der Kapitalisten realisierenden Lohnabhängigen stieg um 2.277 in diesem Gewerbe.

Tabelle 5:
Arbeitsstätten und Beschäftigte nach vergleichbaren Wirtschaftsabteilungen 1964 und 1973

Wirtschaftsabteilung			1964				1973				Veränderung 1964/73			
			Arbeitsstätten		Beschäftigte		Arbeitsstätten		Beschäftigte		Arbeitsstätten		Beschäftigte	
1964	1973		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
23	2	Berghau. Steine	8	0.2	29	0.1	4	0.1	21	0.1	- 4	- 0.6	- 8	- 0.2
30-49	3-5	Verarbeitendes Gewerbe. Industrie	990	28.1	11.469	30.2	734	20.8	10.775	27.5	- 256	- 35.4	- 694	- 18.2
50-53	6	Bauwesen	288	8.2	5.808	15.3	214	6.1	5.183	13.3	- 74	- 10.2	- 625	- 16.4
60-67	7A	Handel. Lagerung	1.641	46.6	11.288	29.7	1.987	56.4	13.565	34.7	+ 346	+47.8	+ 2.277	+59.7
91	7B	Beherbergung. Gastgewerbe	368	10.5	3.177	8.4	384	10.9	3.363	8.6	+ 16	+ 2.2	+ 186	+ 4.9
80-88	8	Verkehr. Nachrichtenübermittl.	226	6.4	6.235	16.3	198	5.7	6.209	15.8	- 28	- 3.8	- 26	- 0.6
		Insgesamt	3.521	100	38.006	100	3.521	100	39.116	100	0	0	+ 1.110	+29.2

Im Großhandel arbeiteten in 742 Arbeitsstätten 6.190 Lohnabhängige, im Einzelhandel in 1.198 Arbeitsstätten 7.202 Lohnabhängige, in der Lagerung in 47 Arbeitsstätten 173 Lohnabhängige, wobei im Großhandel 537 Betriebe bis 20 Lohnabhängige beschäftigen, 76 Betriebe 20 bis 100 und lediglich ein Betrieb mehr als 100 Arbeitskräfte beschäftigt, im Einzelhandel 922 Betriebe 1 bis 20 Lohnabhängige beschäftigen, 46 Betriebe 20 bis 100, 4 Betriebe über 100 Lohnabhängige beschäftigen, in der Lagerung 44 Betriebe 1 bis 20, 2 Betriebe 20 bis 100 Lohnabhängige beschäftigen.

Im Transport- und Speditionswesen arbeiten in 50 Betrieben 875 Menschen, wobei 36 Betriebe 1 bis 20, 13 Betriebe 20 bis 100 Lohnabhängige beschäftigen.

14.443 Menschen sind also mit nichts anderem als der Verteilung und dem Vertrieb der Waren beschäftigt, dazu da, die „Produktion aufrechtzuerhalten", indem sie die Waren an den Mann bringen.

Innsbruck ist heute das Zentrum des politischen und wirtschaftlichen Lebens Tirols. In Innsbruck sammelt sich das Kapital der Region. In den Verwaltungen der Betriebe werden die von den Arbeitern in Innsbruck selbst oder im Bundesland geschaffenen Reichtümer verwaltet und weiterverkauft. Die großen Banken Österreichs sitzen allesamt in Innsbruck, sammeln die Geldsummen groß und klein, bilden daraus gewaltige Kapitalmassen und werfen sie

dann in die Geschäftszweige, in denen sie am profitabelsten angelegt werden können.

Mit ihnen und an ihrer Finanzleine hat sich eine ganze Reihe Geschäftemacher im Geld- und Kreditwesen in Innsbruck niedergelassen und wächst laufend an. Ebenso der steigende Druck für die Lohnabhängigen, sich diesen Halsabschneidern auszuliefern, um den früheren Lebensstandard zu halten. Die verstärkte Antreiberei in den Betrieben, die zwangsläufig zunehmende Frauenarbeit, die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, das Pendelwesen, vermehren die notwendigen Ausgaben der Arbeiterhaushalte: Ausgaben für Auto und andere Verkehrsmittel, Ausgaben für vorfabrizierte Lebensmittel, weil keine Zeit für die Kocherei mehr bleibt, Ausgaben für Kindergarten, weil beide arbeiten, Ausgaben für Wäscherei und Putzerei, oder Ankauf teurer Wasch- und Trockenautomaten, – das sind nur einige Ausgaben, die auf Pump geschehen müssen, und das Kreditwesen florieren lassen. Dazu die steigende Abhängigkeit des Handwerkes und Kleinkapitals in der Hoffnung, überleben zu können.

In den Büros, Schalterhallen und Verkaufsräumen der Verwaltungs-, Warenhäuser, Banken und Versicherungen, schuften tausende einfacher Angestellter, kaum besser bezahlt und besser gestellt als die Arbeiter in der Fabrik.

Im Privatversicherungswesen allein arbeiten in 48 Betrieben 1.005 Menschen. Im Sektor „Körperpflege, Reinigung, Bestattung" 1.695 Lohnabhängige. Das Realitäten- und Rechtswesen blüht auf. In 449 Büros sind 2.664 Lohnabhängige angestellt, 140 ansässige Rechtsanwälte sorgen für die Rechtsgeschäfte des Kapitals.

Große Fabriken gibt es in Innsbruck nicht, in der Umgebung aber, wie die TRM in Hall, Swarovski in Wattens, Absam und Schwaz, die Jenbacher Werke, Reutte. In den Klein- und Mittelbetrieben wird aber nicht weniger aus den Arbeitern herausgeholt. Die Ausbeutungsmethoden sind nicht weniger entwickelt, viel mehr wird oft das fehlende Kapital für neue schnellere Maschinen ersetzt durch skrupellose Akkordtreiberei, Überstunden, durch Intensivierung des Arbeitstages.

Zum Beispiel gibt es 33 Druckereibetriebe mit 979 Lohnabhängigen, 18 davon mit 1 bis 2 Lohnabhängigen. In einem solchen Kleinbetrieb ist jetzt – ohne Neuinvestitionen in bessere Maschinen – kurzfristig ein Großauftrag zu erledigen. Zusätzliche Arbeiter werden nicht eingestellt. Das bedeutet 2 bis 4 Überstunden pro Tag und Arbeiter, die erzwungen werden mit der Peitsche der drohenden Arbeitslosigkeit.

Oder in der Textil- und Bekleidungsbranche. Da gibt es 146 Betriebe mit insgesamt 2.050 Lohnabhängigen. Da wurden erstmal kräftig die Arbeiter auf die Straße geworfen, bessere Maschinen angeschafft, der Akkord gehoben, direkt der Lohn gesenkt. Produziert wird nur mehr in geringen Stückzahlen. Kommt der Auftrag, dann heißt es loshetzen, der Antreiber steht hinter dir, die Akkordzeiten werden gekürzt, und der Durchschnittslohn pendelt sich bei 4.500,-S ein, wenn man eine „fleißige" Arbeitskraft ist, d.h., geschickt ist mit noch guten Augen und schnellen Fingern. Wird man älter, dann kann man nicht mehr mithalten. Die ausländischen Kollegen werden darüberhinaus als gezieltes Spaltungsmittel eingesetzt, oft für eine Produktionsserie eingestellt, dann entlassen und von einer neuen ausländischen Kollegin ersetzt, die für die gleiche Arbeit einen noch niedrigeren Lohn erhält.

In anderen Kleinbetrieben wurde einem oft das Angebot gemacht: Entlassung oder billiger arbeiten. Um offene Lohnkürzungen von 1.000,- S ging es da. Die Drohung der Arbeitslosigkeit im Nacken, wurde darauf oft eingegangen.

Hunderte von Arbeitern und Angestellten sowie einfachen Beamten im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und Post, müssen wie ihre Kollegen in der Fabrik, in den Büros, Banken und Versicherungen, in den Warenhäusern für wenig Lohn schwer arbeiten.

Im Gesundheits- und Fürsorgewesen sind 3.818 Menschen, im Unterrichts- und Forschungswesen 3.290, im Gemeindedienst 2.097, bei den ÖBB ca. 1.200, bei der Nachrichtenübermittlung im Postdienst 1.723, in den Einrichtungen der Gebietskörperschaft, Sozialversicherungsträger und Interessensvertretungen 5.260 Menschen beschäftigt.

„Immer größer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse. Immer stärker werden Ausplünderung und politischer Druck. Immer schwerer lastet der Staatsapparat als unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft. Der staatliche Gewaltapparat wird ständig ausgebaut. Die Macht der Monopole verbindet sich mit der Macht des Staates." (Programm, Seite 12/13).

Die ÖVP und SPÖ in der Gemeinde prahlen mit der „Wirtschaftskraft" Innsbrucks, die angeblich allen zugute kommt und die sie noch heben wollen. Ihr Vorbild ist offensichtlich VP-Stadtrat Seykora – Vorstandsvorsitzender bei TRM – und dort Meister in der Verbesserung der Methoden der Schweißauspressung. Zumindest der SP-Fraktion geht das Fressen der kleinen Kapitalisten durch die großen noch zu langsam. Oder was sonst meint Herr Obenfeldner, wenn er die „lahme Wirtschaftspolitik" der ÖVP anprangert („Innsbrucker Freizeitmagazin"). Daß er noch schärfere Hunde und Rationalisierer loslassen möchte, als der VP-Stadtrat Seykora ist?

„Verstärkte Wirtschaftsförderung ist notwendig" – *„denn nur eine gesunde Wirtschaft bringt der Gemeinde jene finanziellen Mittel, die sie zur Verwirklichung ihrer Aufgaben braucht."* Also Vorantreibung der Konzentration des Kapitals, „Industrialisierung Innsbrucks", „Strukturförderung".

Was nichts anderes heißt als verstärkte Stützung des Kapitals, als: „Alles für die Interessen der Kapitalistenklasse". Und die Interessen der Kapitalistenklasse lassen sich in zwei Worten zusammenfassen: Höchstprofite und nochmals Höchstprofite. Nach dem Höchstprofit streben die Kapitalisten, wenn sie Arbeiter entlassen, um den Rest der Belegschaft durch Verschärfung des Akkords, durch Verlängerung des Arbeitstages und die gehässigsten Methoden der Schweißauspressung noch schärfer auszubeuten.

So wie in ganz Österreich haben diese Entwicklung auch die Arbeiter und Angestellten in Innsbruck mitgemacht. Genau wie anderswo kommen sie mit aller Akkord- und Überstundenschinderei nur auf einen Lohn, der ihnen das Nötigste zum Leben läßt. Genau wie anderswo fressen ihnen Steuer und Inflation mehr weg, als die Lohnerhöhungen betragen. Auch in Innsbruck wird die Konkurrenz um die Arbeitsplätze immer härter, seit die Geschäfte der Kapitalisten ins Stocken geraten sind. Die Massenentlassungen bei Swarovski Wattens kennt ein jeder. Weniger spektakulär, aber nicht weniger bedeutungsvoll für die Verschlechterung der Lage der Werktätigen waren die Entlassungen in den Klein- und Mittelbetrieben Innsbrucks. Noch heute werden ältere und fürs Kapital weniger tüchtige Arbeiter fortlaufend aufs Pflaster geworfen. Mit hinterhältigen Rationalisierungsplänen wird aus den verbliebenen Arbeitskräften dasselbe und noch mehr wie vorher herausgeholt. Die Rechtlosigkeit der ausländischen Kollegen wird zum Druck- und Spaltungsmittel der einzelnen Belegschaften bewußt eingesetzt, oft ausgespielt gegen österreichische Kollegen. Oder einzelne wurden fristlos entlassen, um sie durch neue, billigere, Arbeitskräfte, bei gleicher Arbeitsleistung, zu ersetzen.

Gerade in Innsbruck sind die Preise für die täglichen Lebensmittel, die Mieten und Dienstleistungen, zu einer erdrückenden Belastung für die arbeitende Bevölkerung geworden.

Es zeigt sich: Die „Wirtschaftskraft" Innsbrucks ist tatsächlich aus der Arbeitskraft von 10.000 Arbeitern und Angestellten herausgepreßt. In der Hand der Kapitalisten aber wird sie zu einer Kraft, die die Arbeiter und übrigen lohnabhängigen Massen ausbeutet und niederdrückt.

Nicht nur die Fabriken, Büros und Kaufhäuser, auch der Grund und Boden, auf dem sie stehen und ein Großteil der Wohnhäuser, in denen die Arbeiter und Angestellten wohnen, befinden sich direkt oder indirekt in der Hand der Banken und großen Kapitalisten. Diese halten sich gerne im Hintergrund und schicken andere vor: kleine Hausbesitzer, Wohnungsverwaltungen und Agenturen und Häuserspekulanten, wie Achammer oder wie sie sonst heißen mögen. Sie kaufen Wohnblocks, oft ganze Viertel auf, lassen die ursprünglichen Wohnhäuser verfallen oder setzen die Mieten hinauf, um irgendwie die Mieter zu vertreiben, und die Gebäude „besserer Nutzung" zuzuführen. So geschehen in der Maria-Theresien-Straße bei der vielgerühmten Renovierung des Gebäudekomplexes der Maria-Theresia-Schindlerhäuser, wo versucht wurde, die Hausbewohner hinauszuekeln und sie abzuspeisen mit „gleichwertigen" Wohnungen, wie es so schön heißt, um die Gebäude eben „wirtschaftlicher Nutzung" zuzuführen: Wohnungen in Verkaufsraum für den Konzern Gerngroß zu verwandeln, was eben mehr Rendite abwirft, als der Mietzins.



So das Viertel in Wilten-Ost, so ganze Hauserzeilen in St. Nikolaus, wo das hervorstechendste Objekt wohl das Turnus-Vereinshaus am Inn ist, das den Besitzern des Schlosses Ambras gehört.

Die eigentliche Beute daran aber gehört den Großen im Hintergrund, in erster Linie den Banken, die mit Millionenkrediten und weißer Weste die Spekulanten an der Leine führen.

Die Spekulation hat auch in Innsbruck in den letzten Jahren in der Innenstadt einiges in Betonklötze verwandelt. Wo das nicht geht – wie in der Altstadt – werden viele Häuser einfach dem Verfall preisgegeben, – heute bewohnt zu Wuchermieten ohne sanitäre Einrichtungen von ausländischen Arbeitern, morgen mit Hilfe des Altstadterhaltungsgesetzes unter Zunahme von Steuermitteln „saniert“ für Versicherungen, Banken, Kaufhäusern oder für die Masse unbezalbare Wohnungen. So sind Tausende von Menschen in den letzten 10 Jahren aus diesen Wohngebieten vertrieben worden und werden täglich neue vertrieben.

Vertrieben werden die Menschen in die trostlosen Wohnsilos am Stadtrand, wo sie – wie im Olympischen Dorf – zu teuren Mieten unterkommen müssen.

Nicht nur die Vertreibung in die Außenviertel und die hohen Mieten schaffen böses Blut, sondern auch die damit einhergehende Zerstörung der Stadt im ganzen, die geradezu gedrittelt wird. In Bank-, Büro- und Einkaufsviertel, Fabriksviertel und Wohnviertel. Sie reißt damit zugleich das Leben der Menschen selbst auseinander. Für die Arbeiter und die Lohnabhängigen kommt die ständige Unsicherheit und der häufige Wechsel des Arbeitsplatzes hinzu. Sie werden hin- und hergejagt vom Finanzkapital. Hier in Gestalt des Kapitalisten, der sie ausbeutet, dort in Gestalt der Wohnungsgesellschaften, die ihnen die Miete abpressen, da in Gestalt des Handels- und Wucherkapitals.

Die Unsicherheit der Existenz des Arbeiters und des Lohnabhängigen drückt sich auch darin aus, daß immer längere Wege zurückgelegt werden müssen. Die Fahrzeit vom und zum Arbeitsplatz, zum Einkaufsplatz, die Zeit, die man ganz einfach „unterwegs“ ist, wird immer bedeutenderer Bestandteil des Lebens.

Nehmen wir dazu die faktische Dreiteilung der Stadt:

– die Industriezonen Ost (Hallerstraße/Roßau) und West (Höttinger-Au),

– die Wohnviertel im Osten (Reichenau/Olympisches Dorf), im Westen (Lohbachsiedlung, Völs),

– die Einkaufszentren: bei der Autobahnauffahrt, in der Höttinger Au, an der Hallerstraße

und mit Büros, Banken, Versicherungen, öffentlichen Verwaltungen im Zentrum der Stadt.

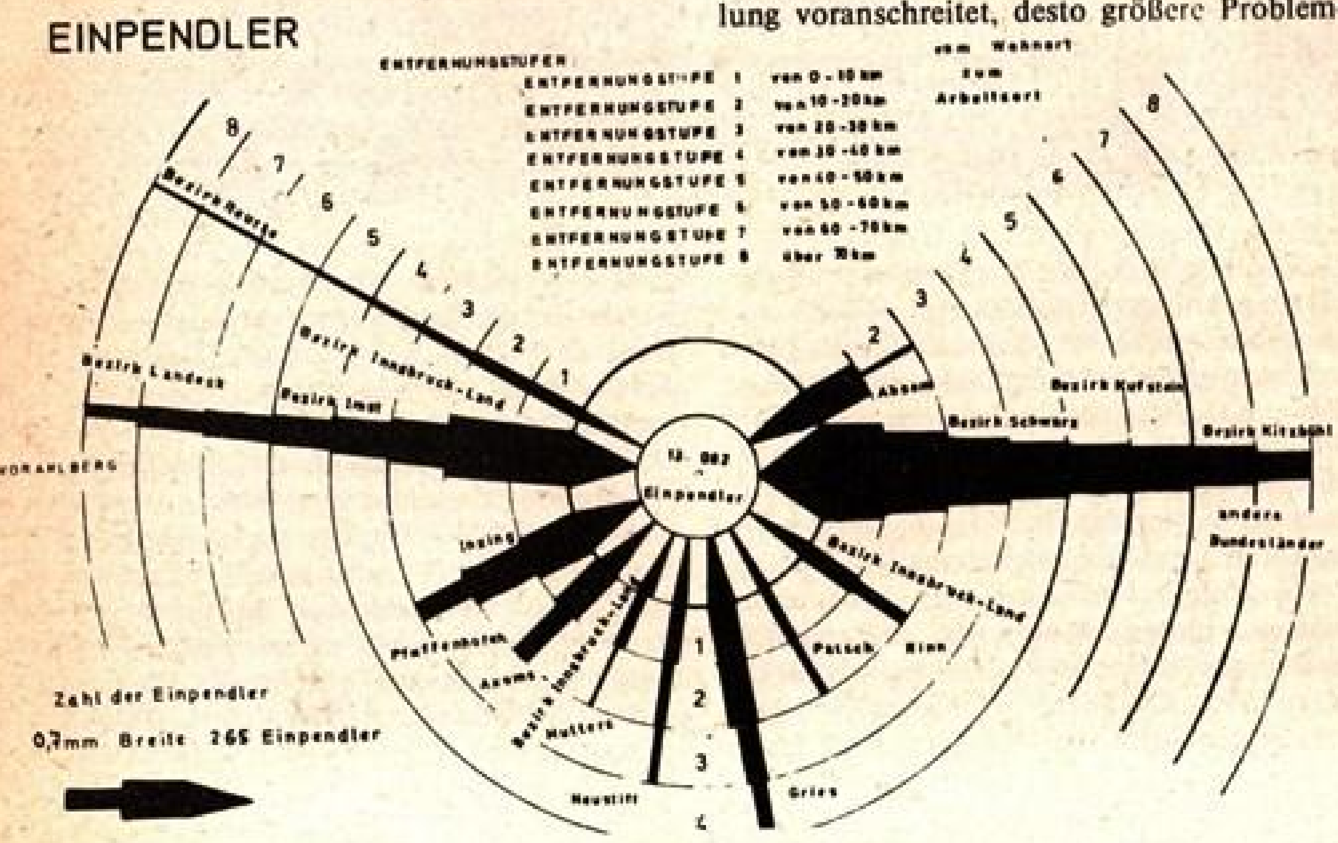
Ein zwangsläufiges Hin und Her ist die Folge. – Vom Wohnviertel im Westen zum Arbeitsplatz im Osten, vom Zuhause zum Einkaufszentrum, wobei man sich da nicht richten kann nach dem nächstgelegenen Standort, sondern richten muß nach der Geldtasche und den Sonderangeboten, von hier zum Büro, zur Versicherung und zurück.



Man hat festgestellt, daß die tatsächliche Erholungszeit der Werktätigen heute kürzer ist als vor 50 Jahren, als die Arbeiter noch 11 oder 12 Stunden in der Fabrik verbringen mußten.

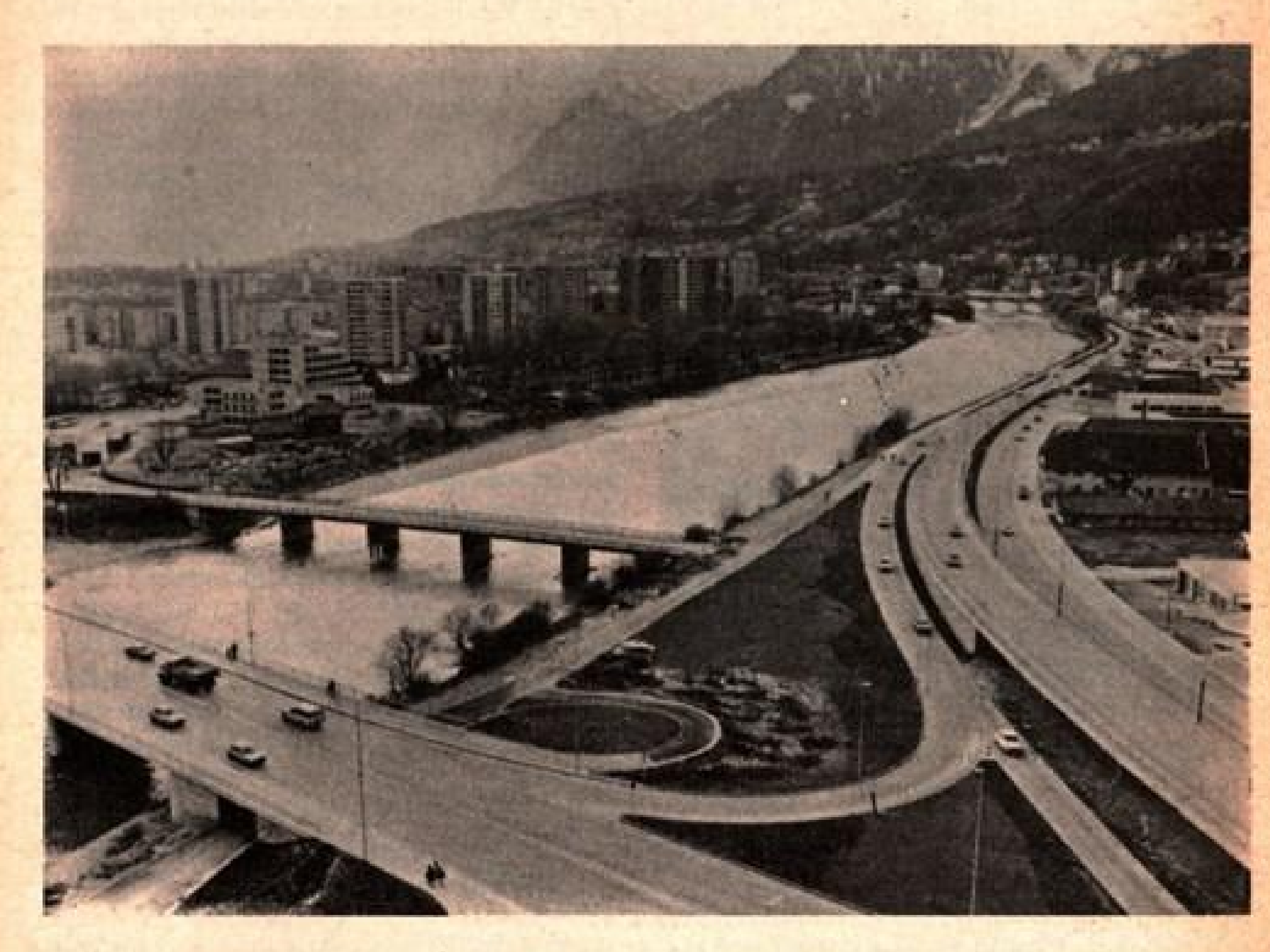
Heute sind es 9 oder 10 Stunden in der Fabrik. Doch arbeiten sie nicht nur weit mehr und intensiver als früher, so daß sie ebenso dringend und noch dringender als früher freie Zeit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft benötigen, sondern die Zeit für Fahrt zum Arbeitsplatz und wieder heim, die Zeit zum Einkaufen, die Zeit für Behördenkram und allen sonstigen Papierkrieg, für das Warten beim Arzt, die Zeit der Wiederherstellung der Arbeitskraft wird mehr als je zuvor verkürzt. Das Leben der Arbeiter wird im Durchschnitt wieder kürzer. Der Kampf um den 7-Stunden-Tag wird zu einer unabweisbaren Notwendigkeit.

Wo sich das Kapital zusammenballt, wird die Stadt zwangsweise den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise angepaßt. So, wie die Fabriken nur dort entstehen, wo sie für die Profitproduktion am günstigsten sind – das beginnt bei den Grundpreisen, geht über die Erschließung des Gebietes durch die Gemeinde und Grundschenkungen durch die Gemeinde bis hin zum Arbeitskräfteangebot und der Absicherung der Zulieferung der Arbeitskräfte, was wiederum Aufgabe der Gemeinde ist – so entstehen Wohnviertel dort, wo die größten Renditen für das Bau- und Bankkapital erwirtschaftbar sind. Welche Folgen für die Menschen das hat, ist zweitrangig. Je weiter diese Entwicklung voranschreitet, desto größere Probleme



und Folgeerscheinungen werden in der Stadt aufgeworfen. Die Verbindungen der einzelnen Funktionen der Stadt drohen in den Stoßzeiten zusammenzubrechen. Der Arbeitskräftetransport und der Warentransport beginnen zu stokken. Die Häuser stehen zu eng und die Straßenschluchten der Innenstadt sind nicht mehr in der Lage, das Verkehrsaufkommen aufzunehmen.

Weiters kommen zu den 10.000den, die im eigentlichen Stadtgebiet Innsbrucks wohnen, weitere 15.200 Menschen hinzu, die zwar in Innsbruck arbeiten, aber keinen Fleck zum Wohnen haben und aus den umliegenden Orten einpendeln. Mit Bahn (5.500), Bus (5.200) und Privatautos (4.500) suchen auch diese Menschen ihren Weg zum Arbeitsplatz (alle Zahlen aus „Generalverkehrsplan"). Die Ausfallstraßen, die Verbindungsstraßen quer durch die Stadt, werden zu klein, Wohnstraßen werden zu Hauptverkehrsstraßen, durchschneiden und trennen ganze Stadtteile voneinander ab.



In brutaler Weise werden Breschen für den Verkehr geschlagen. Die Südtangente der Autobahn verwandelte den Stadtteil Sieglanger/-Mentlberg in eine Siedlung am Rande der Autobahn, die Inn-Regulierung zerstörte Auen und Flußlandschaft, der geplante Ausbau des Südrings in zweistöckiger Ausführung, wird, sozusagen im Vorbeigehen; ein Stückchen Beselepark vernichten, Wilten weiter zerteilen, weitere Wohngebiete auf beiden Seiten des Inns in Straßensiedlungen verwandeln. Der Ausbau des Knotens Hallerstraße – Reichenauerbrücke, der wahrhaft „olympisch" erfolgte und den dort Wohnenden nichts als sagenhafte Lärmbelästigung brachte, steht offensichtlich dabei Pate. Ebenso bei der Erschließungsstraße „Nord" im Generalverkehrsplan, dem 4-spurigen Ausbau des Rennwegs, der dabei notwendigen Vernichtung des Englischen Gartens, der Tunnellösung am Herzog Otto Ufer, dem zweifachen Brückenschlag über den Inn: einmal beim Englischen Garten, um St. Nikolaus durch „großzügige Verkehrserschließung" (Abriß von Wohnhäusern) für die Spekulation sturmreif zu schießen, um die schöngelegenen Gründe „wirtschaftlicherer Nutzung zuzuführen; einmal bei der Markthalle, um den – wie es in den Innsbrucker Werbeprospekten heißt – schönsten Häusern Alt-Innsbrucks an der Inn- und Mariahilfstraße das Ebenbild der modernen, autogerechten Stadt entgegenzusetzen und durch gesteigerte Lärmbelästigung auch dieses Gebiet unbewohnbar zu machen.

Gegen diesen Generalverkehrsplan hat sich schon viel Widerstand entwickelt, so bei den Auseinandersetzungen mit der Gemeinde gegen die Rennweg-Tiefgarage oder beim jahrelangen Kampf gegen die Stadtautobahn Südring und die Holzhammerbrücke. Auch jetzt beginnt sich der Widerstand wieder zu regen und hat sich als erstes in St. Nikolaus zu formieren begonnen, gegen den Brückenschlag beim Englischen Garten und damit die Demolierung eines ganzen Stadtteiles, gegen diesen Generalverkehrsplan der Gemeinde, der in seinem Gesamtkonzept diesen Brückenschlag beinhaltet.

II. Der Generalverkehrsplan – Sicherung der Geschäfte des Finanzkapitals, Zerstörung der Umwelt, finanziert aus den Taschen des Volkes

Verstopfte Straßen, überfüllte Straßenbahnen und Autobusse, Parkplatznot – jeder weiß aus eigener Erfahrung, was die Verkehrsmisere in Innsbruck die Werktätigen an Zeit, Nerven und Geld kostet. Ganz abgesehen von der Verpestung der Luft mit all ihren Folgen für die Gesundheit. Letzte Weihnachten lag die gemessene Schadstoffkonzentration der Luft weit über den Gefahrenwerten – zum ersten Mal, hieß es nachher. Das wurde verschwiegen, um den Fremdenverkehr und die Geschäfte des Kapitals nicht zu stören. In Innsbruck wundert es viele, daß es nicht öfter Smog-Alarm gibt. Nicht mehr wundert es einen, wenn man weiß, daß die Messungen nicht an den Hauptverkehrsstraßen, in den Wohngebieten rund um die Industriezone erfolgen, sondern im Rathaushof.

Die Interessen des Kapitals bestimmen das Verkehrswesen

Für die Kapitalisten kommt es darauf an, daß die Werktätigen in die Betriebe und Büros transportiert werden, damit sie dort für sie schuften können. So lange das gewährleistet ist, erfüllt von ihrem Standpunkt aus das Verkehrswesen seinen Zweck. Dieser Standpunkt ist zugleich auch Standpunkt der Gemeinde, denn die bürgerlichen Politiker in Stadt und Gemeinde sind nichts anderes als die politischen Repräsentanten des Kapitals. Bei den Profiten, die die Kapitalisten aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse ziehen, ist es den Kapitalisten ein leichtes, diesen Politikerklüngel auszuhalten, ihm ein paar Millionen zuzustecken, damit er in seiner Rolle als „Volksvertreter" auch nie vergißt, welche Interessen er zu vertreten hat. Deshalb hat die Gemeinde Innsbruck auch erst „Alarm" geschlagen und zur „Generalsanierung" geblasen, ist ihr „Reformwille" erwacht, als die Kapitalisten den Zeitpunkt gekommen sahen, wo nicht mehr nur die Werktätigen unter dem Verkehrschaos leiden, sondern die ganze Stadt im Verkehr erstickt und Handel, Warentransport und Produktion beeinträchtigt wurden. Wo die Werktätigen nicht mehr nur schlecht, sondern wegen immer häufigeren totalen Zusammenbrüchen des Verkehrs oft nicht mehr rechtzeitig zum Arbeitsplatz gelangen.

Aus demselben Grund ist nicht die Gestaltung der Verkehrsverhältnisse im Sinne der Arbeiterklasse und des Volkes der Ausgangspunkt der „Reformen" der Gemeinde, sondern die Bewältigung des Verkehrschaos entsprechend den Interessen der Kapitalisten.

Welche Aufgabe hat nun der Generalverkehrsplan dabei? Lassen wir den Erarbeiter, Herrn Dozent Herrmann Knoflacher vom Institut vom Verkehrswesen sprechen: *„Der Generalverkehrsplan hat die Aufgabe, die durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen in einem Gemeinwesen auftretenden Verkehrsrelationen zu ordnen und optimal zu organisieren. Dabei sollte auch auf die Wirtschaftskraft und auf architektonische und umweltschützerische Aspekte so weit als möglich Rücksicht genommen werden ..."* (aus: „Generalverkehrsplan, Band II, Planung, April 73").

Was sind nun gesellschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen in unserem „Gemeinwesen"?

Erstens leben wir nicht in einem „Gemeinwe-

sen", sondern in einer Gesellschaft, wo auf der einen Seite Kapitalisten stehen und auf der anderen Seite die Arbeiter und mit den Arbeitern das gesamte ausgebeutete und ausgeplünderte Volk. Kann es nun ein „Gemeinwesen" geben? Natürlich nicht. Was haben denn die beiden, Kapitalist und Arbeiter, schon gemeinsam? Der eine verfügt über die Produktionsmittel, wie Maschinen, Fabriken, Grund und Boden, kontrolliert über seinen Staat die gesamte Gesellschaft – der andere besitzt nichts anderes als seine Arbeitskraft, die er sein ganzes Leben lang zu Markte tragen und verkaufen muß, um überhaupt leben zu können, und wenn es hoch her geht, noch eine Eigentumswohnung, die er sich durch Überstundenarbeit und Akkordschinderei hingestellt hat, und wofür er jahrelang noch Schulden abzahlen kann. Der eine beutet die Arbeitskraft aus, der andere wird ausgebeutet. Der eine entläßt, während der andere entlassen wird. Der eine eignet sich den Mehrwert an, den der andere erarbeitet hat. Was sind dann die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen, die geordnet und optimal organisiert werden müssen? Offensichtlich gibt es nur entgegengesetzte Beziehungen. Das zeigt sich schon in jedem Lohnkampf, wo die Kapitalisten um ihre Profite und die Arbeiter um ihren Lohn kämpfen. Das zeigt sich ebenso bei der Stadt- und Verkehrsplanung. Während sich der Gemeinderat und die verschiedenen bürgerlichen Parteien nicht viel kümmern um die Wünsche und die Lebensbedingungen des Volkes, tun sie alles, um den Wünschen der Bankiers, der Fabrikanten, der Kaufhausbesitzer, des Finanzkapitals gerecht zu werden.

Der Kapitalist erhält nicht nur billiges Bauland, kostenlose Erschließung, Gas, Strom und Wasser zum Sondertarif, sondern obendrein noch alle Verkehrsanlagen gratis dazu. Die neue Industriezone in der Reichenau, der Ausbau und Neubau der Südtangente, die Hochstraße „Hallerstraße", der Neubau der Reichenauerbrücke, die Planungen im Generalverkehrsplan, das alles sind Belege dafür. Geplant und gebaut werden sie nicht, weil das Volk sie brauchen würde, sondern weil das Kapital die verstopften Straßen, die schlechten Verbindungen nicht brauchen kann. Sichere Anlieferung von Arbeitskräften, Verbindung der Industriezone Ost und West, ungestörter und besserer Warentransport, Anschluß der Einkaufszentren am Rand der Stadt an die Wohnviertel, bestimmen Planung und Ausbau. Geplant und gebaut wird fürs Kapital, gezahlt wird aus den Taschen der Volksmassen, die Zerstörung der eigenen Wohn- und Lebensbedingungen. Das sind die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen. Auf die „Wirtschaftskraft" Innsbrucks Rücksicht nehmen, heißt nichts anderes, als die optimalen Bedingungen fürs Kapital zu schaffen, um die vorhandene Arbeitskraft auszubeuten. Denn wer schafft schon die Werte und sämtlichen Reichtum in dieser Gesellschaft? Die Arbeiterklasse. Und wer kauft die Masse der produzierten Lebensmittel und Verbrauchsgüter? Die Arbeiterklasse.

Die Aufgabe des Generalverkehrsplans ist also:

1. Den Waren- und Arbeitskräftetransport so weit zu sichern, daß er pünktlich erfolgen kann,

2. Die Käufer möglichst schnell und problemlos zu den Waren zu befördern, die sie kaufen sollen, um die Realisierung der Profite zu sichern.

Innsbruck: Die Geschäfte des Kapitals passen nicht mehr in die alte Stadt

Bürgermeister Lugger im Vorwort des Bandes II, Planung, des Generalverkehrsplans:

„Der Verkehr beeinflußt, wie kaum ein anderer Faktor, Leben und Entwicklung einer Stadt. Das zeigt sich gerade in Innsbruck mit besonderer Eindringlichkeit. Der historische Stadtkern ist in den vergangenen Jahrzehnten organisch gewachsen und zieht seiner Sehenswürdigkeiten wegen viele Besucher an. Er ist aber nicht nur für Gäste unserer Stadt attraktiv, er ist auch durchpulst vom Leben seiner Bewohner und wird durch zahlreiche Aktivitäten der Wirtschaft und des Handels bestimmt. Andererseits erhöht die steigende Bevölkerungszunahme unserer Stadt, die ein wachsendes Volumen an Wohnraum, Versorgungseinrichtungen und Arbeitsplätzen mit sich bringt, das Ausmaß des individuellen Verkehrs wie die Ansprüche an die öffentlichen Verkehrseinrichtungen in einem früher nicht voraussehbaren Ausmaß."

Daran ist so viel wahr, daß das Bild Innsbrucks sich tatsächlich entscheidend verändert hat. Die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus hat seine Spuren hinterlassen. Die Geschäfte des Kapitals passen nicht mehr in die alten, vielgerühmten Stadtstrukturen, das Streben des Kapitals nach Höchstprofit hat so einiges verändert, nicht organisch, Herr Bürgermeister, sondern chaotisch die Stadt sich entwikkeln lassen, einmal hier Fabriken aufgestellt, einmal dort Wohnungen errichten lassen, dann Straßen durch die bestehenden Objekte schlagen lassen, um zum einen die neuen Teile der Stadt mit den alten zu verbinden, zum anderen Waren und Arbeitskräftetransport von und zur Fabrik abzusichern. Die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze schlagen sich in allen Bereichen der Gesellschaft nieder. Es herrscht nicht Planung sondern Anarchie in der kapitalistischen Warenproduktion – oder wie könnten sonst die durch den Kapitalismus unvermeidlich hervorgebrachten periodischen Überproduktionskrisen zum Normalzustand der Gesellschaft werden? Es herrscht nicht Planung und Organisation des gesellschaftlichen Lebens in allen Bereichen, sondern Planlosigkeit und Anarchie. Es bestimmt nicht Planung die Entwicklung der Stadt, sondern sie wird bestimmt durch die Profitinteressen des Kapitals. Das Kapital läßt sich dort nieder, wo gute Geschäfte gemacht werden können, baut dort Fabriken, wo genügend billige Arbeitskräfte vorhanden sind, billige Energie zu ergattern ist, wo Infrastrukturen für die Zulieferung der Rohstoffe, wo der Abtransport der Waren und die Realisierung des von der Lohnarbeit geschaffenen Mehrwerts möglich ist, wo Grund und Boden billig sind. Es baut dort Wohnsiedlungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte, wo die größte Rendite zu erzielen ist, wo Grund und Bodenpreise noch verhältnismäßig niedrig sind, um den Profit möglichst hoch zuhalten: Es können ja bekanntlich die Mieten nicht ins Unermeßliche steigen und müssen sich zu einem gewissen Grad nach Lohn und Einkommen der Werktätigen richten.

Die Grund- und Bodenbesitzer – eine Bande von Spekulanten und Schmarotzern

Grund und Boden ist eine notwendige und nicht vermehrbare Produktionsvoraussetzung. Unbearbeitet besitzt er eigentlich keinen selbständigen Wert, aber in der kapitalistischen Gesellschaft können sich die Grundbesitzer – und das sind nicht die kleinen und einfachen Leute, die um ihr Einfamilienhaus herum ein paar Quadratmeter Grün haben oder am Stadtrand oder Land einen Fleck Grund ihr eigen nennen können – sondern die großen Tiere des Finanzkapitals, die einfach auf Grund ihres Rechtstitels auf dem Boden, einen Teil des gesellschaftlich produzierten Mehrprodukts sich aneignen. Da die Mehrwertproduktion beständig ausgedehnt wird, können sich die Grundbesitzer, ohne deren Boden es ja nicht geht, auch einen ständig wachsenden Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts aneignen. In den Städten, wo die kapitalistische Produktion auf engstem Raum zusammengeballt ist, steigen folglich die Bodenpreise (und damit auch die Mieten) am rapidesten, da hier die Mehrwertproduktion der Kapitalisten konzentriert ist. So kommen Bodenpreise von ca. 17.000,- S pro Quadratmeter in Innsbruck-Innenstadt zustande.

Das macht einsichtig, daß nach den Gesetzen des Kapitals Wohnungen in den Innenstädten niedergerissen werden müssen, da sie nicht genügend Profit abwerfen. Dazu schrieb Engels: *„Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Stücken derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert, die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert noch zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam, über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle. (....) Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht mehr zu haben sind; denn unter diesen Voraussetzungen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen."* (F. Engels: Zur Wohnungsfrage).

Innsbrucks Innenstadt: Banken und Geschäftshäuser an Stelle von Wohnungen

Diese Entwicklung hat auch Innsbruck erfaßt. „Sanierung" wird sie oft genannt, oder, im Altstadtschutzgebiet, „Altstadtsanierung". Was hinter den alten Fassaden „sanierter" Gebäude bleibt, sieht man oft nicht von außen. In der Maria-Theresien-Straße gibt es das Musterbeispiel Kaufhaus Tyrol-Gerngroß. Die Häuser des ehemaligen Hotels Schindler und Maria

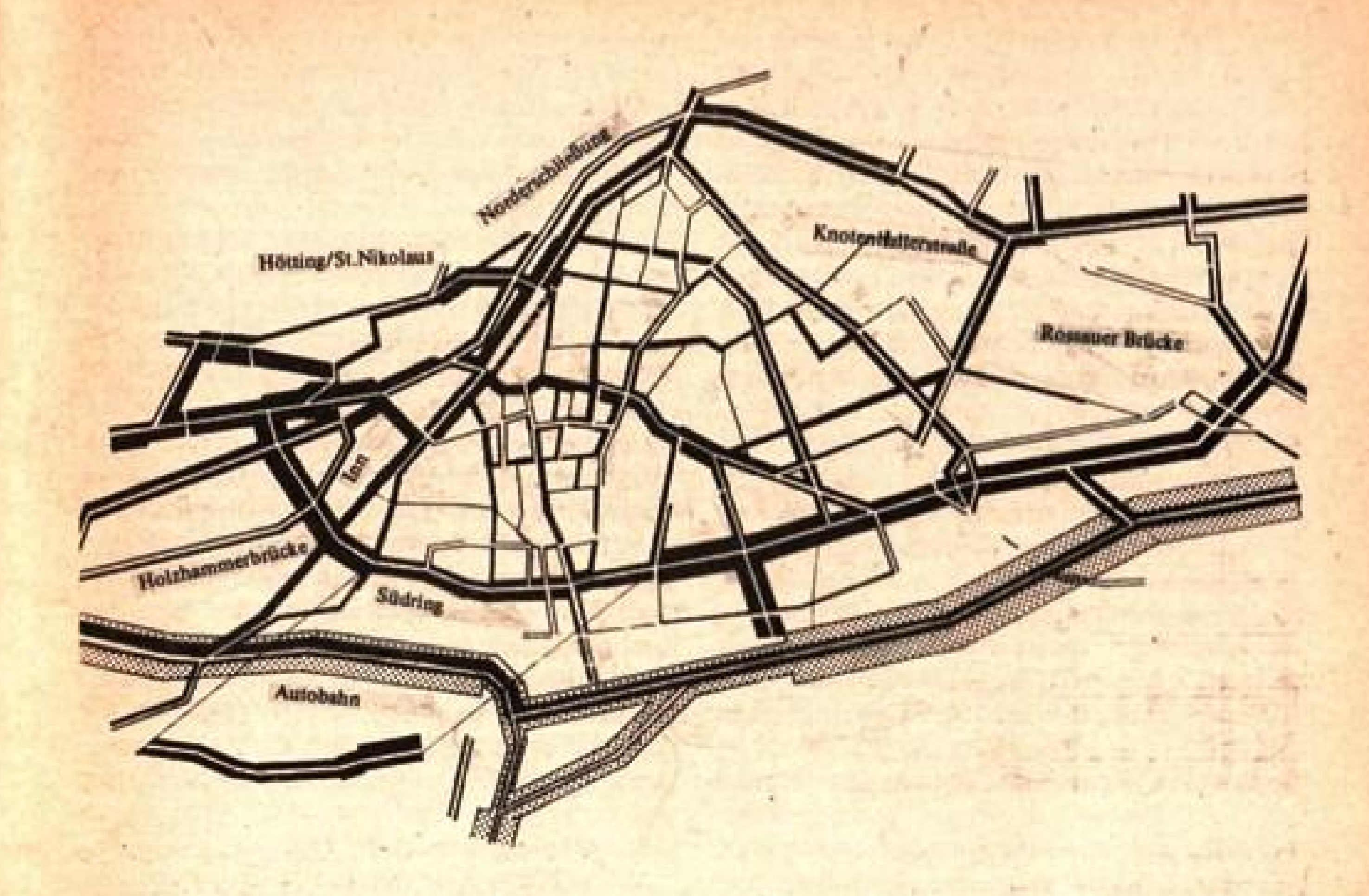




Theresia, der meiste Wohnraum wurde bis auf die Fassade dem Erdboden gleichgemacht. Dahinter wurden dann aber nicht mehr Wohnungen errichtet, sondern das Kaufhaus vergrößert, andere Geschäfte eingebaut, die ehemaligen Hotels in die Obergeschoße verlegt. Darunter wurde eine Tiefgarage errichtet, deren schlechter Geschäftsgang die Gemeinde auf den Plan rief, in der Umgebung vorerst die Parkkontrollen zu verschärfen, später durch Parkbeschränkungen einen beträchtlichen Teil der Parkplätze zu vernichten, um so dem Gerngroßkonzern die Geschäftemacherei mit seiner Tiefgarage zu erleichtern. Die Wohnungen waren also zum Großteil vernichtet worden, die dort Wohnenden ausgesiedelt in „gleichwertige" Wohnungen in anderen Stadtteilen. Oder in der Altstadt: Wenn „saniert" wird mit den Geldern der Steuerzahler über das Altstadterhaltungsgesetz, dann ändert sich schnell die soziale Zusammensetzung der dort Wohnenden, die Wohnungsanzahl verringert sich, untenfindet man plötzlich Geschäfte oder Gastgewerbe, oben noch ein Büro oder einen Arzt oder Architekten.

In allen „Sanierungs" gebieten der Innenstadt, in den Vierteln St. Nikolaus, Wilten-Ost, Altpradl kommt zu den meist schlechten Ausstattungen der Wohnungen eine ständige Unsicherheit hinzu, wielange man in der Wohnung noch leben kann. In allen „Sanierungs"gebieten geht es darum, daß mit der jetzigen Bebauung und Nutzung von den Besitzern nicht die Grundrente abgeschöpft werden kann und nicht so viel Profit erzielt werden kann, wie es bei einer anderen Bebauung möglich wäre. Die jetzige Bebauung entspricht nicht mehr den veränderten Verhältnissen: Die Konzentration der gesellschaftlichen Produktion auf dem städtischen Boden hat sich bedeutend beschleunigt; damit ist auch die Masse des Profits, die hier erzielt werden kann, bedeutend gewachsen. Um auf dem Grund und Boden in St. Nikolaus, Wilten-Ost, Altpradl ebensolche Profite zu erwirtschaften, wie es auf vergleichbaren städtischen Grundstücken möglich ist, werden Wohnungen zerstört, um Geschäftshäusern usw. Platz zu machen. Massenweise werden Werte vernichtet, damit die Profitproduktion ungezügelt weitergehen kann.

Dem folgen unweigerlich Verkehrsprobleme. Die Konzentration der Geschäfts- und Verwaltungsbauten in der Innenstadt, die Konzentration der Fabriken da, die Konzentration der Wohnungen dort, die Zersiedlung der Stadt muß chaotische Folgen haben. Der Verkehr droht zusammenzubrechen. Die Zubringung der Menschen und Waren zur Geschäftemacherei des Kapitals kommt ins Stocken. Der Geschäftsgang des Kapitals, das sich in der Stadt



niedergelassen hat, entwickelt sich nicht richtig. Die Kapitalisten am Stadtrand jammern über die Verkehrsprobleme, das Handels- und Bankkapital in der Innenstadt ist mit der Versorgung mit Menschen nicht zufrieden, beklagt den schleppenden Fortgang des Warenaustausches. Es sieht die bedrückenden Stockungen des Verkehrs in der Innenstadt, die Parkplatznot.

Sie diktieren die Bedingungen, wonach die Parteien im Rathaus die „Pläne für die Zukunft der Stadt", den „Generalverkehrsplan" entwerfen, wo welche Straßen gebaut werden, wie die Linienführung der öffentlichen Verkehrsmittel für die Fabrikanten am günstigsten sind, usw. Die Herren Kapitalisten wissen, ohne ihr „Ja und Amen" wird in Innsbruck nichts unternommen.

Der Gemeinderat hat dann die Aufgabe, diese Wünsche der Grund- und Fabriksbesitzer in geschickter Verpackung der Bevölkerung als Fortschritt zu verkaufen. Das drückt auch Bürgermeisterstellvertreter F. Obenfeldner in seinem Vorwort zum Generalverkehrsplan aus: *„Die Verkehrsprobleme der Landeshauptstadt Innsbruck sind gekennzeichnet durch zunehmende Verkehrsstauungen, insbesondere während der Reisesaison. Folgen dieser Verkehrsschwierigkeiten sind eine Verminderung der Umweltqualität und eine Belästigung der Bewohner sowie der Besucher dieser Stadt. (....) Bei gleichbleibendem Straßenraum und Zunehmen der Motorisierung wird es auch in Innsbruck notwendig sein, eine Umstrukturierung im Verkehrsgeschehen durchzuführen. Die Verkehrsverlagerung wird, um die Wirtschaftskraft der Stadt zu erhalten, auf den öffentlichen Verkehr erfolgen, soweit es sich um den Berufsverkehr handelt, um den Straßenraum für den notwendigen Wirtschafts- und Geschäftsverkehr freizuhalten (....), eine Parkraumregulierung für die innerstädtischen Teile (....). Der Verkehr ist nicht Selbstzweck, sondern ist nur eine Folgeerscheinung der Stadtentwicklung, der sozialen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur und muß auch immer in diesem Zusammenhang gesehen werden."*

Der Südring muß zweistöckig werden – Entlastung der Innenstadt – Ausbau der „Nord"-Erschließung dem Inn entlang – fordert das Kapital

Es ist ein umfassendes Programm der Zerstörung der Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen dieser Stadt, daß sich das Kapital da

stellt. Jede Maßnahme ist mit der anderen verknüpft, die eine verwirklicht, fordert das Nachziehen der anderen. Am Schluß soll sein, was das Kapital glaubt zu brauchen. Dann wird es aber neue Forderungen stellen, weil sich ja alles weiterentwickelt. Stillstand, Stagnation gibt es nicht. Der Zwang nach Höchstprofit ist die Triebfeder und stellt heute diese Forderungen an seine Realisierung, morgen andere. Läßt man das Kapital gewähren, vernichtet es heute hier die Existenzbedingungen der Menschen, morgen dort.

Vertraut man auf das Gerede der bürgerlichen Politiker, ist man verlassen. SPÖ und ÖVP ergehen sich, wie alle anderen bürgerlichen Parteien, in Gefasel über „Lebensqualität". Gleichzeitig haben sie das Programm der Zerstörung der Lebensbedingungen auf ihre Fahnen geschrieben – den Generalverkehrsplan. Bürgermeister Lugger versucht, die Pläne des Kapitals so den Menschen in Innsbruck schmackhaft zu machen:

„Bis 1990 wird die Bevölkerung unserer Stadt um 10.000 Menschen zunehmen, sagen die Fachleute. Die Urbanisierung nimmt zu, immer mehr Menschen werden mit dem „Schicksal Stadt" konfrontiert. Da haben sich die Verantwortlichen zu fragen: Was haben wir ihnen zu bieten, welche Ideen, welche Ziele – ja, welche Träume, Aussichten und Zukunftsbilder?

Stadtpolitik stand und steht im Spannungsverhältnis zwischen Altem und Neuem, zwischen Bewahrung und Fortschritt, und Innsbruck war immer wieder ein Ort des Vorwärtsschauens und nicht des Zurückblickens. Wir müssen auch heute den Mut haben, ja zu sagen zur Erhaltung des Wertvollen – aber gleichzeitig auch ja zu sagen zur Erneuerung der Stadt nach dem Grundsatz des menschlichen Fortschritts. Das erfordert den Kompromiß: Die Menschen brauchen letztlich keine autogerechten, aber auch keine denkmalgerechten Städte – sie wollen menschengerechte.

Also hat unser nun zur Diskussion gestelltes Stadtentwicklungskonzept zwei Ebenen: die sichtbare Ebene der Strukturen, der Verbauungspläne, der Wirtschaftsentwicklung, der größeren Grünzonen – und die unsichtbare Ebene, auf der die Mehrung der inneren Werte, der Lebensqualität erreicht werden soll.

Dazu reichen Entwicklungskonzepte allein nicht aus. Bei ihrer Durchführung entscheiden die Grundsätze; daher ist die gesellschaftspolitische Auffassung einer Stadtverwaltung maßgebend für die Zukunft. Ich denke, daß unsere Maßstäbe und Grundsätze bekannt sind. Sie zielen auf eine lebenswerte Stadt mit ausgewogener Bevölkerung, um die notwendige Wirtschaftskraft zu erhalten. Eine lebenswerte Stadt, in er sich alle – auch die Menschen im Ruhestand – sicher, beachtet und geborgen fühlen."

„Schicksal Stadt" – als ob der liebe Gott die Probleme in die Stadt gebracht hätte, als ob sie unbeeinflußbar wären vom Willen und Tun der Menschen. Als ob es nicht der Kapitalismus wäre, der gesetzmäßig gesellschaftliches Elend produziert. ÖVP und SPÖ verteidigen diese Verhältnisse, bekennen sich beide ganz offen zum Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit zum neuen Verkehrsplan des Kapitals.

Also müssen die Werktätigen Innsbrucks ihre Sache in die eigenen Hände nehmen, sich zusammenschließen und vereint den Angriffen auf ihre Lebensbedingungen entgegentreten.

In solchen Kämpfen können einzelne Angriffe der Kapitalisten über ihre Gemeinde auf die Lebensbedingungen der breiten Massen abgewehrt werden, können einzelne Maßnahmen, kann die Verwirklichung dieses Generalverkehrsplans verhindert werden.

Diese Kämpfe selbst aber reichen nicht aus, um das gesellschaftliche Elend – das sich in der Stadtplanung im Kapitalismus niederschlägt – zu beseitigen. Denn in diesen Auseinandersetzungen kämpfen die breiten Massen noch nicht gegen die Ursachen des gesellschaftlichen Elends, sondern nur gegen einige der vielen Übelstände, die als Folgen aus dem kapitalistischen System der Warenproduktion hervorgehen. Um allem gesellschaftlichen Elend ein Ende zumachen, muß das Privateigentum an Grund und Boden, an den Produktionsmitteln, über das eine Handvoll Kapitalisten verfügt und worauf die Ausbeutung beruht, beseitigt werden. *„Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist die Grundlage der Knechtschaft in all ihren Formen – des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit."* (Programm des KB, Seite 7). Die Lösung liegt – wie Engels sagt – *„in der Abschaffung der Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst."*

Sehen wir uns die einzelnen Teile des Generalverkehrsplans an:

1. DER AUSBAU DES SÜDRINGS

1. Stock: Transport der Waren und Arbeitskräfte

Erdgeschoß: Transport und Verteilung der Konsumenten

„Der Ausbau des Südringes von der Höttinger Au bis zur Haller Straße schließt den Bau von zwei vierspurigen Innbrücken mit ein – der Holzhammerbrücke im Westen und der Rossauerbrücke im Osten. Der neue Südring beginnt an einem niveaugleichen Knoten mit der Höttinger Au in der Höhe der Bachlechner Straße. Als hochwertige vierspurige Straße überquert der Südring den Inn (Holzhammerbrücke) und den Innrain und verläuft dann entlang der Holzhammer Straße. Von der Kreuzung Egger Lienz Straße – Innerkofler Straße – Holzhammer Straße bis zur Olympiabrücke ist der Ausbau des Südringes in zwei Ebenen erforderlich." (Generalverkehrsplan, Heft II, Planung, Seite 31).

Der Südring muß zweistöckig werden, wird er es nicht, hilft der beste Ausbau des Südringes nichts, suchen sich die Menschen ihren eigenen Weg durch die Innenstadt, verschlechtern sich weiter die Verkehrsbedingungen im innerstädtischen Bereich und das eine Ziel, die Entlastung der Innenstadt, – als notwendige Voraussetzung für eine bessere Entwicklung der Geschäftemacherei des Kapitals – wird nicht erreicht. (Vgl. Generalverkehrsplan, Seite 32/33).

„Die Überlastungen, besonders im innerstädtischen Bereich, beim bestehenden Netz haben gezeigt, daß es notwendig ist, eine Verstärkung der Hauptstraßen sowohl im Norden als auch im Süden durchzuführen und eine Verbindung dieser Hauptstraßen zu erreichen. Die Verbindung ist einerseits durch die Holzhammerbrücke bereits in naher Zukunft gegeben und wird später durch die Roßauerbrücke abgeschlossen werden. Der Südring hat daher hier eine Verbindungsfunktion von Osten nach Westen in den Hauptentwicklungsrichtungen der Stadt, daneben aber auch eine Sammelstraßenfunktion, da er die Verkehrsverteilung in das heute bereits bestehende Kerngebiet und von diesem auf die Sammelstraßen übernehmen muß. Der Südring hat daher im städtischen Straßennetz die Funktion einer Verbindungsstraße vom Osten nach dem Westen, gleichzeitig aber auch die Funktion einer Sammelstraße." (ebenda, Seite 31/32).

„Die eine Ebene, die zweispurig ausgebaut werden sollte, dient größtenteils dem innerstädtischen Verkehr vom Westen (Höttinger Au) nach Osten (Pradl/Ambras) und wird, während die andere Ebene eine Sammel- und Bedienungsfunktion für die Kernstadt erhält." (ebenda, Seite 33)

In diesem Satz ist das ganze Streben des Kapitals gefaßt.

Es geht um Höchstprofit.

Ist ihm das Verkehrschaos egal, solange es ihn nicht betrifft, diktiert es – sobald die Profite in Gefahr sind – die Bedingungen der „Lösung". Die Sorge der Gesellschaft gilt nicht den Menschen, die Sorge der herrschenden Klasse gilt den Profiten. Darum kann auch keine Rücksicht genommen werden auf die Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen – sie werden rücksichtslos zerstört. Einzig interessant ist, daß die Profitproduktion nicht ins Stocken kommt, daß die Ware Arbeitskraft des Menschen pünktlich in die Produktion kommt, daß sie – an die von ihm selbst produzierten Waren – in den Warenhäusern herankommt.

Also:

Oben im 1. Stock der Transport der Waren und Arbeitskräfte, unten der Transport und die Verteilung der Käufer der Waren, die Speisung des Bank-, Versicherungs- und Einkaufsviertels im Herzen der Stadt.

Im Westen wie im Osten der Stadt muß dann das Ganze noch mit der Norderschließung, hier Haller Straße, dort Kranebitter Allee, verbunden werden. Skrupellos werden Wohnviertel zerschnitten, wenn es nicht anders geht, halt nur in 1,5 m Entfernung von den Häusern im 1. Stock Trassen angelegt, Grünflächen – wie der Beselepark – gewissermaßen im Vorübergehen beschnitten und durch Lärm und Abgase endgültig ihrer Erholungsfunktion beraubt, Betonklötze über den Inn gelegt, ganze Stadtviertel auseinandergerissen, oder, wie das Olympische Dorf, auch von der letzten, heute noch „freien" Seite abgeschnürt.

Das Kapital ruft nach dieser Erschließung. Das ist nicht zuletzt bestätigt worden beim Kampf gegen den Bau der Holzhammerbrücke durch die Aussage des Landesbaudirektors, der ganz offen zum Landeshauptmann sagte, als dieser den demonstrierenden Innsbruckern versicherte, man werde das Projekt noch einmal prüfen: Aber das können wir doch nicht machen, da ist doch schon der Auto-Linser. Seit vielen Jahren ist so die Holzhammerbrücke bereits geplant – als wichtigste Verbindungsstraße zwischen dem Industriegebiet im Westen – Höttinger Au – und im Osten – Reichenau, Rossau: Auto-Linser, VW, Tyrolia, Schwarzkopf, Würth haben sich aus zwei Gründen dort angesiedelt: einerseits wegen des billigen Baugrundes, andererseits weil ihnen die Stadtväter dafür die schnelle Verkehrsverbindung zur Industriezo-

ne Ost, zur Autobahn und zur Haller Straße versprochen haben.

Dazu kommt noch der Druck der in den letzten Jahren – wie Pilze nach dem Regen – aus dem Boden geschossenen Einkaufsmärkte wie Merkur, Dez, Interspar und wie sie alle heißen mögen, die sich da an die Ausfallstraßen und Randbezirke festgesetzt haben. Für sie bedeuten solche Schnellstraßen Kunden, und je mehr Warenkäufer ihre Hallen durchwandern, desto größer ihr Profit.

Die Interessen des Volkes und die Interessen des Kapitals sind unvereinbar

Je kürzer die Transportwege, je autogerechter die Erschließung der Stadt, desto größer die Profite für die Kapitalisten. Daß dabei die Gesundheit ihrer eigenen Arbeitskräfte, die gezwungen sind, an dieser Stadtautobahn „Südring" zu wohnen, angegriffen wird, das kümmert diese Herren wenig. Hauptsache die Profite stimmen.

Dem gegenüber stehen die Interessen des Volkes an gesunden Wohn- und Lebensbedingungen. An den Ein- und Ausfallstraßen Innsbrucks sind die Lebensbedingungen schon heute untragbar. Vor Lärm und Gestank können die Menschen kaum mehr schlafen. Den Anrainern der neuen geplanten Straßenfronten steht das gleiche bevor. Nervosität, Magenleiden, Kopfschmerzen, Krankheiten wie Krebs, verursacht durch Lärm und Abgase, sind für die Betroffenen die Folge.

Daß das die Verantwortlichen wenig kümmert, zeigt allein die Tatsache, daß z.B. im Westen der Stadt die Stadt selbst die Verplanung des Gebietes an der Trasse Holzhammerbrücke/Südring vorangetrieben hat. Die Stadt als Bauherr von Schule, Kindergarten, Schwesternheim und Wohnhochhäusern. In wunderbarer Weise gehen fast sämtliche Neuplanungen an den beschaulichen Flecken vorüber, wo sich die Herren Kapitalisten nebst ihrem höchsten Anhang niedergelassen haben. Kein Wunder, wissen sie doch meist im vorhinein wo solche Planungen erfolgen müssen, wohnen sie weitab vom Schuß. Sollten sie dann trotzdem einmal betroffen sein, ist es für sie ein Leichtes, sich abzusetzen in ruhigere Regionen.

Ein Blick von oben auf Innsbruck zeigt gut diese beschaulichen Flecken, die „besseren" Stadtteile, die wie Oasen auch die Spekulation und den Bau von Betontürmen überstehen, mit ruhigen kleinen Straßen, abseits vom Durchgangsverkehr, mit viel Grün und Gärten.

Ob Hochtrasse oder Tieftrasse: Für die Profite des Kapitals – die Zerstörung der Lebensbedingungen des Volkes

„Mit Rücksicht auf die Finanzkraft der Stadt Innsbruck, die Belastung der Bürger der Stadt Innsbruck und mit Rücksicht auf die Belastung des Bundes, im Interesse einer rationellen Sanierung der notwendigen Verkehrsprobleme in Innsbruck, wurde deshalb in gemeinsamen Besprechungen mit den Fachbeamten eine Hochtrasse vorgeschlagen, die in der Ausführung weit günstiger erstellt werden kann als der Bau einer Tieftrasse, für die sehr schwierig der notwendige Platz zu beschaffen sein wird und außerdem durch eine relativ lange Bauphase eine kaum vertretbare Behinderung des Verkehrs und der Bewohner Innsbrucks auftreten würde." (Generalverkehrsplan Band II, Seite 34).

Straßenbaukosten sind tote Kosten fürs Kapital – sie werfen – außer für die Baufirmen – keinen Profit ab. Deshalb sollen sie so billig wie möglich sein. Auch wenn sie aus den Taschen der Werktätigen finanziert werden. Es kann nur reinster Zynismus sein, wenn dieser Herr Knoflacher mit „Rücksicht auf die Belastung der Bürger" die Hochstraße sich offen vorzuschlagen traut und das durch „die Behinderung der Bewohner durch die lange Bauphase" zu untermauern versucht. Diesen Herren sollte man ebenso wie die verantwortlichen Politiker in Stadt und Land aus ihren Villen herausjagen und in eine Wohnung am Südring hinein, um ihnen ihre Planung auch praktisch ihr Leben lang auskosten zu lassen.

So von den Vorstandsetagen und den Villen an den sonnigen Berghängen Innsbrucks herab, mag es für die Kapitalisten *„umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler"* (Programm des KB), selbstverständlich sein, zuzusehen, wie Zehntausende für sie schuften, sich täglich durch das Innsbrucker Verkehrschaos zwängen und obendrein für all die Kosten von ihrem Lohn aufkommen müssen. Da mag es ja recht friedlich aussehen und man nichts merken von dem Lärm und Abgasen, die die Anrainer dieser Straßen täglich ertragen müssen.

Da spielen auch die ungeheuren Folgekosten und Mehrausgaben, die durch das Profitstreben der Kapitalisten im Verkehrswesen indirekt entstehen und nur der weiteren Profitmacherei dienen, keine Rolle. Sie werden ja nicht diesen Herren aufgebrummt, und die Steuern, die sie zahlen, zahlen sie ja aus dem Mehrwert, den sie aus den Arbeitern herausgepreßt haben.

Millionenwerte müssen verschleudert werden, um die schlimmsten Folgen der Ausbeuterordnung zu beheben, die Ausbeuterordnung selbst länger am Leben erhalten zu helfen.

Gegen die Lärmbelästigung: „Fenster zumauern"

„Es ist anzumerken, daß auch eine Tieflösung nur einen Schutz gegen Lärmbelästigung, aber keinesfalls gegen Abgase bringt, da auch hier die Kraftfahrer nur mit der Luft der Umgebung, der Umgebung des Südringes, ihre Kraftfahrzeuge betreiben können. In dem betreffenden Abschnitt könnte durch eine entsprechende Schallisolierung eine günstige Lösung in Hinblick auf die umgebenden Gebäude auch für die Hochstraße geschaffen werden, die in ihren Auswirkungen günstiger ist, als laufend haltende, bremsende und anfahrende Fahrzeuge an den Kreuzungen" (ebenda, Seite 34/35).

Das spricht Bände.

Die entsprechende Schallisolierung ist wohl das, den Anrainern der geplanten Holzhammerbrücke – bei den Kämpfen 1974 – von den zuständigen Politikern schon empfohlene, „Fensterzumauern". Denn die Schallisolierung, die den Lärm einer dann wohl voll ausgelasteten Stadtautobahn in der Höhe der Wohnungen des 1. und 2. Stockes auf das für Wohngebiete zulässige Höchstmaß dämmen soll, die gibt es nicht, vor allem wenn man weiß, daß diese St adtautobahn sich in einer Entfernung von 1,5 bis 15 m an den Fenstern und Balkonen der Wohnhäuser vorbeischlängeln wird. Dazu, daß der Südring auf der Erdoberfläche in Stolz auf 4 Spuren ausgebauter Größe den Anrainern erhalten bleiben soll.

Zu diesen Plänen gibt es nur eine Antwort: *„Die Belastung ist heute schon zu viel. Für Eure Profite opfern wir nicht unsere Gesundheit! Wir sind gegen eure Pläne, den Südring auszubauen! Wir sind gegen diesen Generalverkehrsplan, dessen untrennbarer Bestandteil der zweistöckige Ausbau des Südrings ist. Wir wollen auch den Südring in seiner heutigen Form nicht mehr! In der Steiermark haben sie uns gezeigt, daß man sich wehren kann. Macht mit Eurem Verkehrswesen, was Ihr wollt – aber über den Südring rollt das nicht, das schlagt Euch aus dem Kopf!"*

Mit Widerstand wird gerechnet

Mit Widerstand rechnen die verantwortlichen Herren auch schon. Der Generalverkehrsplanverfasser schreibt: *„Sollte es aber aus irgendwelchen Gründen zweckmäßig erscheinen, die zweite Verkehrsebene in Tieflage zu führen, dann ist dieser Lösung aus verkehrstechnischen Gründen zuzustimmen."* (S. 34) Und weiter: *„Die Entscheidung, welche Trassenführung gewählt wird, liegt ausschließlich bei der Stadt Innsbruck"* (....) Dann setzt er gleich als Drohung hinzu: *„Sollte diese zweite Verkehrsebene unterbleiben, würde es zu einer zusätzlichen Belastung des innerstädtischen Straßennetzes kommen, die aus Gründen des Umweltschutzes (?) von seiten des Verkehrsplaners nicht vertreten werden kann."* (S. 35).

Die Vorschläge des Kapitals sind unterbreitet. Nun sind die Herren Politiker am Zug, mit geschickter Verpackung das ganze den Innsbruckern zu verkaufen. Um ihnen das zu erleichtern und auch den von Innsbrucks Bürgermeister-Stellvertreter Obenfeldner erwarteten Widerstand zu brechen helfen, liefert das Planungsbüro auch gleich die Argumente mit zur Verpackung dieser volksfeindlichen Pläne und schließt: *„Abschließend soll bemerkt werden, daß die Notwendigkeit der zweiten Verkehrsebene in diesem Abschnitt des Südringes sich nicht auf Grund der Belastung mit Durchgangsverkehr sondern ausschließlich auf Grund der Belastung mit städtischem Verkehr, unter Zugrundelegung der möglichen Restriktionen für den Individualverkehr ergibt."* (Seite 35).

„Die Möglichkeiten für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse .... die .... wegen mangelnder Einsicht jedoch manchmal bei der Bevölkerung auf Widerstand stoßen, ..." hatte, Obenfeldner in weiser Voraussicht ausgeführt. Erfahrungen haben die Innsbrucker Gemeindepolitiker ja lange genug sammeln können, wie die Werktätigen ihrer Stadt auf ihre volksfeindlichen Pläne reagieren – erinnert man sich an die Auseinandersetzungen um die Rennweg-Tiefgarage und die Holzhammerbrücke.

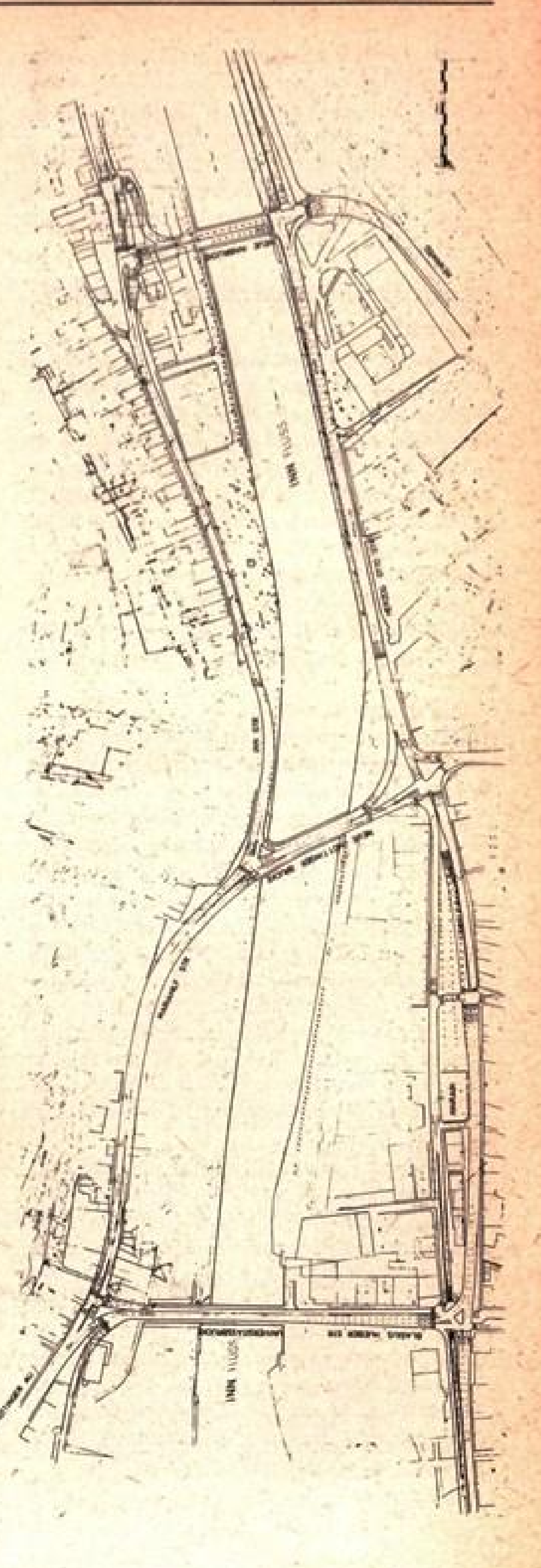
2. Die Norderschließung soll die Pläne des Kapitals vollenden

„Dieser Straßenzug soll durchgehend vierspurig ausgebaut werden. Nach der Verlegung der Straßnbahnlinie 4 und ihrer Umgestaltung in eine Buslinie, kann die Mühlauerbrücke ohne bauliche Veränderung knapp vierspurig befahren werden.

Den Rennweg entlang bis zum Hofgarten wird die alte Trasse der Bundesstraße beibehalten. Hier wird eine neue Innbrücke Richtung Hötting angeschlossen (Vernichtung des Englischen Gartens!). *Im folgenden Abschnitt der Herzog Otto Straße werden die beiden Fahrtrichtungen getrennt in zwei Ebenen geführt. Jene in Richtung Westen behält das derzeitige Niveau, quert den Inn über eine neue, die Alte Innbrücke ersetzende, Brücke (in Verlängerung des Marktgrabens).* (Soll quer den Inn überspannen, Markthalle – Gasthof „Kirchenwirt") *Über Maria-Hilfstraße und Höttinger Au findet sie dann ihre Fortsetzung. Die Gegenrichtung zweigt von der Höttinger Au über die Universitätsbrücke ab, verläuft dann entlang dem Innrain nach Nordosten und taucht nach der Kreuzung mit der Bürgerstraße unter die Herzog Otto Straße. Vor der Karl Kapferer Straße erreicht sie dann wieder das derzeitige Niveau.*" (Generalverkehrsplan, Band II, Seite 39/40).

So trocken das klingt, der Plan verdeutlicht den Straßendurchbruch, die Brutalität, mit der die Innsbrucker Kapitalisten ihren reibungslosen Verkehr für den An- und Abtransport der Waren, der Arbeitskräfte und der Konsumenten verwirklichen wollen. Im Vorbeigehen quasi wird der Englische Garten kassiert, der Platz vor der Markthalle gemeinsam mit dem Wohnhaus Innrain 2 vernichtet.

Garniert wird das ganze mit zwei Brückenschlägen über den Inn, um zum einen St. Nikolaus/Hötting zu „erschließen", wie es so schön heißt, in Wirklichkeit aber sturmreif zu schießen für die Spekulation, dafür, gewisse Grundstücke „wirtschaftlicherer" Nutzung zuzuführen. Die Arbeiterwohnungen in diesem Bereich sollen fallen, sie bringen nicht, was an Profit aus diesen Grundstücken möglich ist. In St. Nikolaus soll einiges an Objekten rund um das Gasthaus „Engl" herum fallen, das Aufmarschgebiet für die Kraftfahrzeuge werden soll, die vom Höttinger Ried herunter, von Hall herein oder vom Westen und über den Inn wollen oder in eine andere Richtung, oder umgekehrt, und Aufbruchstor hinauf nach Hötting durch die vorgelegte, 4-spurig ausgebaute neue Riedgasse, wie es dem Generalverkehrsplan zu entnehmen ist. Im ganzen Viertel soll einiges „ausgeholzt" werden, die Arbeiterwohnungen „ersetzt" durch neue, „gehobenere" Wohnbauten, einmal mit terrassierter Vorderfront wie der Wohnbau in Büchsenhausen, ein andermal aufgelockert mit Einfamilienhauscharakter wie auf



den Schatzgründen in Bau. Dazu vielleicht ein paar Geschäfte, Büros, – das ist die „wirtschaftlichere" Nutzung, die vom Kapital angestrebt wird und mehr Profit abwirft.

Was in dem ganzen Viertel bis hinauf nach Hötting und durch Hötting hindurch das Kapital im Schilde führt, läßt sich nicht allzu schwer erraten, kennt man die Planung des Ausbaus der Riedgasse zu einer 4-spurigen Straßenflucht, ihre Verlagerung Richtung Westen, die Auswirkungen, die so ein Gewaltakt nach sich zieht und dem die heutigen engen Gassen, die dem im Wege stehen, „geopfert" werden müssen. Gleichzeitig soll die Höttinger Gasse Fußgängerzone werden. Als „Zuckerl" gedacht, ist dieses Manöver schnell entlarvt. Wann sagt das Kapital, daß eine Fugängerzone rentabel ist? Wenn das Handels- und Wucherkapital so weit Besitz ergriffen hat, so konzentriert vorhanden ist, daß der Fußweg für den Konsumenten sich lohnt. Heute ist dem bei weitem nicht so. Links und rechts zum Großteil Arbeiterwohnungen, alte Häuser, zwischendurch ein paar kleine Geschäfte, neue Wohnhäuser oder Zufahrten für Einfamilienhäuser. Da muß schon einiges verändert werden, um eine Fußgängerstraße – fürs Kapital interessant – daraus zu machen. Der Plan ist offensichtlich: Auf dem Höttinger Grund und Boden ist mehr Profit zu machen, das muß genutzt werden. Dazu muß der Spekulation Tür und Tor geöffnet werden. Die Höttinger Gasse soll zum Zentrum des nach Durchführung des Generalverkehrsplans gründlich umgekrempelten neuen Stadtteils werden.



Der zweite Anschlag wird mit dem 2. Brückenschlag über den Inn auf der Höhe Markthalle – ehemaliger „Kirchenwirt" – geplant. Den,



Die Verkehrsplanung betrifft jeden Innsbrucker täglich und unmittelbar. Hier ordnend und beschleunigend einzugreifen und dabei trotzdem nicht alles dem Verkehr zu opfern, war das Ziel großer Straßenbauprojekte, der beiden Verkehrsknoten im Osten und Westen (Bild) der Stadt, der Südtangente, des in wichtigen Phasen verwirklichten Generalverkehrsplanes und wird es im Stadtinnern nun mit der Unterbringung des ruhenden Verkehrs sein. Ein Anfang dazu ist mit dem Baubeginn der Markthallen-Garage erfolgt." (Foto: Albrecht) *(Zit. nach: Bericht der Stadt Innsbruck 1976)*

wie es in den Innsbrucker Werbeprospekten heißt, *„schönsten Häusern Altinnsbrucks"* an der Inn- und Mariahilfstraße soll offensichtlich das Ebenbild der modernen, autogerechten Stadt entgegengesetzt werden und durch gesteigerte Lärmbelästigung auch dieses Gebiet unbewohnbar gemacht werden. Offensichtlich versteht die SP das als ihren Vorschlag: *„Die Kostbarkeiten der Vergangenheit zu erhalten, mehr noch, sie ins aktive Leben einzubeziehen .... Jetzt haben wir noch die Chance, zwischen dem alten und dem neuen eine Einheit zu schaffen"* (Innsbrucker Freizeitmagazin).

Diese Schneise geht dann weiter an den unbezahlbaren Wohnungen im Mariahilfpark vorbei, erschließt die Industriezone West und verbindet sich mit dem Anschlußpunkt der Süderschließung auf der Höhe des Auto-Linser. Welcher Verkehr hauptsächlich diese Route verfolgen wird, geht ebenso aus dem Generalverkehrsplan, Band I, Analyse, hervor: *„Der LKW-Anteil macht auf dieser Route einen verhältnismäßig hohen Anteil aus."* Kein Wunder, ist es die direkte Verbindung der Industriezone West mit der im Osten und mit Hall. Schon heute können darüber die Anrainer der Mariahilf- und Innstraße ein Lied singen, wenn die Fernlaster bei Tag und Nacht vor den „schönsten Häusern Altinnsbrucks" vorbeidonnern.

Aber auch diese Route stößt bereits auf erbitterten Widerstand. Die St. Nikolauser und Höttinger sind nicht bereit, diesen Generalverkehrsplan hinzunehmen. Gegen den Brückenschlag beim Englischen Garten, der damit einhergehenden Vernichtung halb St. Nikolaus', den Ausbau der Riedgasse, gegen diesen Generalverkehrsplan, in dessen volksfeindliche Maßnahmen sich auch dieser Brückenschlag einbettet, befindet sich ein Komitee in Bildung.

3. Profit muß jeder cm2 abwerfen

Der dritte und nicht letzte Generalangriff erfolgt auf die PKW-Besitzer. Da wird so getan, als ob es „Luxus" wäre, ein Auto zu besitzen. Vielmehr hat sich gerade in der letzten Zeit der Zwang, ein eigenes Verkehrsmittel zu benützen, weiter sprunghaft vergrößert.

Der steigende Zwang zu Überstunden und Akkordarbeit durch die sinkenden Löhne, die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, die weitere Pressung von Frauen in die Produktion und der wachsende Zwang für Familien, beide Teile der Ausbeutung durch einen Kapitalisten



zu unterwerfen, erhöht die Notwendigkeit des Ankaufs eines eigenen PKW und der täglichen Benutzung von und zum Arbeitsplatz. Die Verlängerung des Arbeitstages, seine Verschiebung durch Schichtarbeit erhöht den Zwang der Benutzung zum Einkaufen, für Behördengänge.

Das wird noch verstärkt durch die miserablen Zustande im öffentlichen Verkehrswesen und die hohen Gebühren und Tarife für ihre Benutzer. (Siehe auch Broschüre des KB Tirol, Vorgängerorganisation, die sich im KB aufgelöst hat, und heute die Ortsgruppe Innsbruck bildet: „Keine Tariferhöhungen bei den IVB! Schluß mit den Erhöhungen von indirekten Steuern, Tarifen und Gebühren!" – Restexemplare erhältlich bei der Ortsgruppe Innsbruck, Jahnstraße 25/ Keller, Preis S 1,-).

Dem Individualverkehr soll der Kampf angesagt werden: *„Um die Grundsätze der Entlastung der Kernstadt von unerwünschtem individuellen Verkehr durchsetzen zu können, darf sich die Organisation nicht nur auf die Garagenstellplätze beschränken. Damit die Stellplätze auf der Straße ebenfalls im Sinne der Richtlinien der Verkehrsplanung optimal genützt werden, wird man früher oder später nicht umhin können, das gebührenpflichtige Parken für die Kernstadt einzuführen. Erst dadurch wird eine Annahme der Garagenstellplätze und eine Entwicklung auf ein Gleichgewicht hin gewährleistet. Erfahrungen in andern Städten haben gezeigt, daß die Verkürzung der Fahrzeit der öffentlichen Verkehrsmittel allein nicht die gewünschte Zunahme der Benützung erbracht hat. Weit wirksamer war die Einführung von Parkbeschränkungen und speziell des gebührenpflichtigen Parkens. Der Idealfall ist dann gegeben, wenn es der Stadtverwaltung gelingt, alle Stellplätze im Kernstadtbereich zu kontrollieren. Nur dann kann eine Verkehrspolitik wirksam durchgesetzt werden. Diese Forderung erscheint gegenwärtig noch utopisch, es sollte jedoch in Zukunft getrachtet werden, das Parkraumproblem in dieser Weise in den Griff zu bekommen. Die Tarife für das Parken sollten so gestaffelt werden, daß der derzeitige Langparker entmutigt wird, mit dem eigenen PKW zu seinem Arbeitsplatz zu fahren. Es sollten die wirtschaftlich notwendigen und wünschenswerten Fahrten übrig bleiben. Die eingenommenen Gebühren könnten zum Bau von weiteren Garagen im Stadtgebiet – nicht unbedingt in der Kernstadt – verwendet werden." (Generalverkehrsplan, Band II, Seite 45/46).*

Das Ziel ist offensichtlich: Kein Parkplatz in der Stadt mehr, ohne zu zahlen – kein Stückchen Grund und Boden mehr, wo nicht Profit herausgeschlagen werden soll. Die Autos aus der Innenstadt verbannen, um, in den Worten Obenfeldners, *„den Straßenraum für den notwendigen Wirtschafts- und Geschäftsverkehr freizuhalten."* Daß das nur mit Zwang erreicht werden kann, muß selbst der Verfasser des Plans zugeben. Zu schlecht ist die Organisierung der öffentlichen Verkehrsmittel, zu offen sind ihre Verkehrszeiten und Routen den Interessen des Kapitals angepaßt, zu „unattraktiv" – in den Tarifen, in den Verkehrszeiten, in den Routen sind sie für die Massen.

Nur mit Zwang ist die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel erreichbar. Das heißt: Durchsetzung des gebührenpflichtigen Parkens, Staffelung der Tarife so, daß Langzeitparker, also Menschen, die mit dem eigenen PKW zur Arbeit fahren müssen, finanziell ausgeblutet werden. Damit vom Staat vorangetrieben die weitere Verlängerung des Arbeitstages für die Lohnabhängigen. Schon im Vorwort schreibt dieser Lakai des Kapitals: *„Es bleiben daher jene Bewegungen übrig, die mit irgendeinem Verkehrsmittel zu bewältigen sein werden. Es besteht nun die Möglichkeit, diese Zahl der Fahrten einerseits durch Gesetze (heute noch nicht möglich), andererseits durch verkehrs- und bautechnische Maßnahmen oder durch wirtschaftlich Einflüsse zu steuern."* (Ebenda, Vorwort des Verfassers – 'Allgemeines').

Die Durchsetzungsarbeit dieser Vorschläge hat die Gemeinde bereits zielstrebig angepackt. Überall dort, wo in der Nähe private Garagen sind, wo man zu Wucherpreisen das Auto für kurz oder lang einstellen kann, hat die Gemeinde erst die Kontrolle über die geparkten Wagen erhöht, sich dann bisweilen von Ordnungsmandaten auf Anzeigen umgestellt, um später die Parkplatzvernichtung durch Gebote anzugehen. Ein jeder, der öfter im Bereich der Sparkassen-Tiefgarage und Gerngroß-Tiefgarage zu tun hat, hat diese Entwicklung verfolgen können. Erst wurde über Nacht der Parkbereich in der Erlerstraße gegenüber der TT drastisch reduziert, später der Parkbereich Erlerstraße-Cafe Zentral – bis Kreuzung Meranerstraße auf knapp ein Drittel reduziert.

Und diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Dem im Bau befindlichen Parkhaus bei der Markthalle wird die Vernichtung weiteren gebührenfreien Parkraums folgen. Das Zusammenspiel Gemeinde – privates Kapital breitet sich aus und funktioniert bereits einmalig. Daß die Gemeinde auch hier lediglich ausführendes Organ des Kapitals ist, wird offensichtlich. Geplant sind weiters Parkgaragen am Südtiroler Platz, für die Versorgung der Altstadt-Kapitalisten, die schon einmal von den Volksmassen zu Fall gebrachte Rennweg-Tiefgarage, deren neuerliche Planung und Errichtung zielstrebig vorbereitet wird:

„In der Sitzung vom 3. August 1977 brachte Bürgermeister Dr. Lugger dem Stadtsenat das offizielle Ansuchen der Innsbrucker Parkgaragengesellschaft m.b.H. zur Kenntnis, in welchem diese um die pachtweise Überlassung von Grundflächen für die Errichtung einer kombinierten Tief- und Hochgarage im Bereich des Landestheaters einkommt. Der Stadtsenat nahm den beigefügten Pachtvertragsentwurf zur Kenntnis und beschloß, der Innsbrucker Parkgaragengesellschaft die notwendigen Pachtflächen zu einem Anerkennungszins zu überlassen. Gleichzeitig beschloß der Stadtsenat auch, das Ansuchen der Parkgaragengesellschaft an das Bundesministerium für Finanzen, bezüglich der pachtweisen Überlassung von Grundstücken für die Altstadtgarage beim Landestheater, nach Kräften zu unterstützen." (Rathaus-Pressedienst)

Für die Tarifgestaltung gilt bereits zentral: die Kurzparker schröpfen, die Langzeitparker aus Innsbruck schröpfen, für Fremdenverkehr Sondertarife festlegen, um ihnen nicht dadurch den Aufenthalt zu vermiesen. Das Auto zum Luxusgegenstand zu machen, seine Benützung unter der Woche finanziell zu verunmöglichen, so den Arbeitstag der Werktätigen weiter zu verlängern, um für die Geschäfte des Kapitals Raum und Zeit zu schaffen.

Die bürgerlichen Parteien – Träger des Generalverkehrsplans

Die bürgerlichen Parteien, die in Innsbruck zum Gemeinderat kandidieren (SPÖ, ÖVP,

FPÖ, TAB, KPÖ), sind sich alle in einem Punkt einig: Das Privateigentum an Produktionsmitteln muß erhalten werden. Von daher bestimmt sich auch ihre Haltung zum Generalverkehrsplan. Von daher bestimmt sich auch, wer im Verkehrsausschuß des Innsbrucker Gemeinderats sitzt, wer dort das Sagen hat:

Von der ÖVP:
Dr. Schlenck, Generaldirektor der Raiffeisenkassen Tirols als ein direkter Vertreter des Finanzkapitals,
Ing. Stöckl, Kaufmann
Dr. Knoll, Senatsrat
Hr. Fraisl, Zollbeamter
als Ersatz:
Ing. Krasovic, Bauunternehmer als Vertreter seines Berufsstandes.

Von der SPÖ:
Kommerzialrat Gastl, der Direktor der Innsbrucker Verkehrsbetriebe AG,
Rudolf Brix, Stadtparteisekretär,
Dipl. Ing. Lobgesang, hoher ÖBB-Beamter.

SPÖ und ÖVP haben ihn als führende Gemeinderatsfraktionen in Ausarbeitung gegeben und sein Erscheinen begrüßt.

SPÖ und ÖVP haben bereits einiges vom Generalverkehrsplan in die Tat umgesetzt. Die grandiose Einbahn- und Umleitungsregelung seit den Olympischen Spielen 76 geht auf den Generalverkehrsplan zurück. Von solchen Maßnahmen ist noch einiges in ihm enthalten. SPÖ und ÖVP wollen ihn zur Gänze umsetzen. Der SPÖ geht es noch ein wenig zu langsam. Deshalb hat sie auch in ihrem „richtigen Konzept für unsere Stadt" als „Pkt. 6" stehen: *„Für ein Verkehrskonzept, das uns entlastet, statt uns zu belasten: Der Generalverkehrsplan hat sich als brauchbare Grundlage für weitere Entscheidungen erwiesen. Aber noch mehr ist in Angriff zu nehmen. Beseitigung der Parkraumnot in der Innenstadt (Durchsetzung des gebührenpflichtigen Parkens in der ganzen Stadt – siehe Generalverkehrsplan, d. Verf.), Erweiterung und Modernisierung des öffentlichen Verkehrs (weitere Anpassung an die Anforderungen des Kapitals bezüglich Arbeitskräfteanlieferung, d. Verf.), moderne und umweltfreundliche Straßenverbindungen (siehe: Der Südring muß 2-stöckig gebaut werden, entlastung der Innenstadt, Ausbau der Nord-Erschließung dem Inn entlang, fordert das Kapital, d. Verf.), Erweiterungen, Aus- und Umbauten und neue Brückenkonzepte (siehe die vorliegende Broschüre, d. Verf.)".*

Die VP rühmt sich, Vater des Generalverkehrskonzepts zu sein. *„Die grünen Inseln im Stadtgebiet auszuweiten, gebieten schon die klimatischen Bedingungen unseres Talkessels."* schreiben sie und zitieren Lugger: *„Wir werden dem beständigen Ausbau der Grün- und Freiflächen besonderes Augenmerk widmen."* Der Generalverkehrsplan und seine unmittelbaren Folgen zeigen, was davon zu halten ist.

Die FPÖ hielt es in Innsbruck wie in ganz Österreich: *„Sie will endlich auf die Regierungsbank. Sie ist jederzeit auf dem Sprung, sich dem Meistbietenden zu verkaufen, wenn sie benötigt wird und daraus Kapital schlagen kann. Die politische Einigkeit der beiden großen Parteien im Grundsätzlichen läßt sich vollständig auch auf die FPÖ ausdehnen (....). Für einen klassenbewußten Arbeiter, für einen fortschrittlichen Menschen, ist diese Partei von vornherein keinerlei Alternative zu den beiden großen bürgerlichen Parteien"* (aus dem Wahlaufruf des KB, OG Innsbruck).

Die KPÖ spielt in diesem Reigen der bürgerlichen Parteien eine besondere Rolle. *„Sie gibt sich gern als 'einzige Alternative' aus, und sich als das auszugeben, diese Rolle zu spielen, ist auch ihre spezielle Aufgabe im Reigen der bürgerlichen Parteien. Sie nimmt nirgends direkt an der Verwaltung des bürgerlichen Staates teil, obwohl das ihr höchster Traum ist. Sie vertritt nicht offen die Interessen der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates wie die anderen bürgerlichen Parteien. Ihre Aufgabe ist es, dies verdeckt zu tun durch einen Kurs der Aussöhnung der Arbeiterklasse und des Volkes mit den bestehenden Verhältnissen."* (aus dem Wahlaufruf des KB, OG Innsbruck). In Innsbruck spielt diese Partei keine Rolle und sie hat sich bisher auch nicht öffentlich zum Generalverkehrsplan geäußert. Wenn sie das tut, dann getreu ihrer Aufgabe, zum einen gegen den Generalverkehrsplan zu sein, zum anderen, den Ausgleich mit den Betreibern zu suchen und die Massen vom konsequenten Kampf abzuhalten.

Um das gesellschaftliche Elend – das sich auch in der Stadtplanung im Kapitalismus niederschlägt – zu beseitigen, die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes grundsätzlich zu ändern, muß das private Eigentum an Produktionsmitteln, an Grund und Boden aufgehoben und zu diesem Zweck der bürgerliche Staat zerschlagen werden, denn er ist, wie Engels sagt, „Staat der Kapitalisten".

Allein vom Standpunkt der Arbeiterklasse her ist es möglich, das Übel an der Wurzel zu packen und den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die politische Herrschaft der Kapitalisten erfolgreich zu führen.

Dazu muß sich die Arbeiterklasse selbst politisch zusammenschließen und ihre Organisation, die Kommunistische Partei, schaffen, die die Ziele der Arbeiterklasse bewußt vertritt und die breiten Volksmassen für diese Ziele gewinnt.

Diese Ziele sind: Eroberung der politischen Macht und Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Im Sozialismus werden auch die Wohn- und Lebensverhältnisse so gestaltet werden können, wie sie den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen entsprechen.

A.C.

Gegen eine Lösung der Spitalsmisere auf dem Rücken des Volkes!

Der nachfolgende Artikel stellt Materialien zum Problem der Spitalsfinanzierung zusammen. Einschränkend muß jedoch gesagt werden, daß er sich nur mit dem System der Finanzierung und dem Ausmaß des gewachsenen Defizits der Krankenanstalten beschäftigt. Das heutige Finanzierungssystem der Spitäler selbst ist jedoch nicht die Ursache für ihr Defizit. Das wird nur von den bürgerlichen Politikern und den Massenmedien nahegelegt. Die Bourgeoisie benutzt die katastrophale finanzielle Lage im Gesundheitswesen als Druck für die Einführung von Steuern, Beitragserhöhungen zur Krankenversicherung, Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Spitalsbediensteten und damit zu Lasten der gesundheitlichen Versorgung überhaupt.

Die Ursache für die steigenden Spitalsdefizite haben vielmehr eine soziale Wurzel: den Klassengegensatz von Proletariat und Bourgeoisie, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse.

„Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist die Grundlage der Knechtschaft in all ihren Formen – des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit." (Programm des KB Österreichs, Seite 7).

Die Ausdehnung und Intensivierung der Arbeit schlagen natürlich Furchen in den gesundheitlichen Zustand der Arbeiterklasse.

Aber nicht nur diese primären Folgen sind es, die verantwortlich sind für den sich ständig verschlechternden Gesundheitszustand der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes. Der Druck auf den Lohn untergräbt systematisch die Reproduktionsbedingungen. Dazu kommen noch sekundäre Wirkungen, die auf Grundlage der kapitalistischen Produktion unvermeidlich entstehen: Anarchisches und steigendes Verkehrsaufkommen mit all seinen Folgen wie Unfällen; die Umweltzerstörung im Imperialismus und auch die Verschlechterung der Qualität der Nahrungsmittel wirken langfristig schädlich auf den Gesundheitszustand nicht nur der Proletarier sondern des ganzen Volkes ein.

Daß sich der Gesundheitszustand in der österreichischen Arbeiterklasse und dem Volk weiter verschlechtert, ist eine Tatsache. Dazu nur zwei Beispiele aus jüngster Zeit:

Die Gesundenuntersuchungen decken einen hohen Prozentsatz von nicht behandelten Krankheiten auf. 1976 haben sich 214.473 Personen der Gesundenuntersuchung unterzogen. „Bei 20747 Personen, d.h. bei annähernd jeder zehnten Person, wurde im Zuge der Gesundenuntersuchung Verdacht auf Diabetes diagnostiziert und eine fachärztliche Überprüfung veranlaßt.

Die gynäkologische Untersuchung hat dazu geführt, daß 4.493 Frauen, also jede 30. Frau, stationär in einem Krankenhaus aufgenommen werden mußte." (Nachrichtendienst des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2. März 1977).

„Auf Grund der bisherigen Untersuchungen wurden bei 47.255 aller Patienten (23,5 % aller Untersuchten) die Überweisung zu einem Facharzt oder Ambulatorium veranlaßt. Bei 19.849 Patienten (9,9 % aller Untersuchten) war die Überweisung zu mehreren Fachärzten oder Spezialambulanzen notwendig. 5.990 Patienten (3 % der Untersuchten) mußten im Anschluß an die Gesundenuntersuchung in ein Spital eingewiesen werden." (Nachrichtendienst des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger, 20.5.1977)

Die Spitalskosten werden auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise notwendig weiter „explodieren". Die Reformvorschläge der bürgerlichen Parteien können daran nichts ändern, sie gehen alle vom Bestand und Erhalt der bürgerlichen Gesellschaft aus. Alle Pläne der Bourgeoisie zur Sanierung der Spitäler müssen daher auf eine weitere Belastung der Arbeiterklasse und der Volksmassen hinauslaufen. Dagegen gilt es einen breiten Widerstand zu entfalten.

Teil I: Wie werden die Spitäler finanziert

Die Debatte um die Spitalsfinanzierung nimmt in der Öffentlichkeit nun schon über ein Jahr einen breiten Raum ein. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein neuer Vorschlag zur Behebung der Spitalsmisere gemacht wird. Es hat den Anschein, als ob sich drei unabhängige Parteien bekriegen: Bund, Länder und die Sozialversicherung.

Die Landesregierungen wollen vom Bund und den Kassen mehr Geld für die Spitäler. Der Bund meint, daß er genügend zahlt. Die Kassen wiederum weisen nach, daß ihr Budget überfordert ist und sie außerdem keinen Einfluß auf die Finanzgebarung der Spitäler haben; die Krankenanstaltenträger und die Landesregierung sollen gefälligst mehr sparen oder eben selber bezahlen. Womit sich der Kreis geschlossen hat.

Die gesamte Propaganda in den bürgerlichen Massenmedien soll folgenden Gedankengang vermitteln:

1. Die Spitalsdefizite wachsen an, die Lage ist katastrophal, die Spitäler stehen vor dem Zusammenbruch. („Untragbare Defizite in den Krankenanstalten", „Gefährdung des Betriebs der Krankenanstalten aus finanziellen Gründen", „Krankenanstalten stehen vor dem Finanzinfarkt" usw. lauten die Überschriften der Zeitungen).

2. Die Gesundheitsversorgung ist ein wichtiges Anliegen der gesamten Bevölkerung.

3. Also müssen von irgendwoher neue, zusätzliche Geldquellen beschafft werden. („Ohne Belastungen wird es nicht abgehen" so Sekanina laut Presse vom 9.8.77. „Leider haben wir keinen reichen Onkel in Amerika. Von irgendwo muß das Geld aber kommen." Gratz in Zeit im Bild vom 10.8.77 usw. usf.)

Dieser gesamte Argumentationsgang ist ein propagandistisches Manöver und verfolgt gleichzeitig zwei Ziele:

a) Die Arbeiterklasse und das Volk sollen zum Statisten verurteilt werden, der teilnahmslos zusieht, wie das „Gerangel Bund – Länder – Kassen" (vgl. Kurier, 29.7.77) ausgeht. „Man wird sich schon auf eine gute Lösung einigen. Zahlen werde ich jedoch in irgendeiner Form doch müssen". Dieser Gedanke ist es, der in der Arbeiterklasse breit verankert und sie vom Kampf für ihre Interessen abhalten soll.

b) Zweitens jedoch spielen sich die bürgerlichen Politiker und der Staat als die Interessensvertretung der österreichischen Werktätigen auf: Gern hätten sie es ja auch nicht, wenn eine neue Steuer eingeführt wird, wenn die Beiträge zur Krankenversicherung erhöht würden, wenn ein Selbstbehalt notwendig ist usw. Doch sie müßten im Interesse der Bevölkerung handeln, die eine gute Gesundheitsversorgung benötigt. „Man muß auch Verantwortung tragen können." (Androsch)

Wie sieht es aber nun mit den Tatsachen aus?

(siehe Tabelle 1, Seite 49)

Aus der Tabelle ist klar ersichtlich, daß die Differenz von Einnahmen und Ausgaben immer größer wird und besorgniserregende Ausmaße annimmt. Nach diesen Zahlen hat sich das Defizit der Krankenanstalten alleine in den fünf Jahren von 1971 – 1974 nahezu verdoppelt. Und diese Entwicklung geht weiter: Für heuer (1977) wird ein Defizit von 5,5 Mrd. S geschätzt. (Presse, 16./17. 7.77)

1. Pflegegebührensätze:

Betrachten wir nun die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben etwas näher. Die Finanzierungsgrundlagen für die Spitäler sind im

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen und gemeinnützigen Krankenhäusern Österreichs 1971 bis 1974

Beträge in 1000 S

Bundesland	1971 Einnahmen	1971 Ausgaben	1971 Defizit	1971 Defizit in % der Einnahmen	1972 Einnahmen	1972 Ausgaben	1972 Defizit	1972 Defizit in % der Einnahmen	1973 Einnahmen	1973 Ausgaben	1973 Defizit	1973 Defizit in % der Einnahmen	1974 Einnahmen	1974 Ausgaben	1974 Defizit	1974 Defizit in % der Einnahmen
Burgenland	65.671	96.792	31.121	47,3	73.299	112.580	39.281	53,5	77.053	128.678	51.625	66,9	93.857	161.831	67.974	72,4
Kärnten	338.358	470.298	131.940	38,9	401.376	551.969	153.593	38,2	432.144	668.197	236.053	54,6	530.250	855.440	325.190	61,3
Niederösterreich	564.889	845.742	280.853	49,7	651.383	1,008.147	356.764	54,7	797.219	1,215.921	418.702	52,5	955.122	1,441.150	486.028	50,8
Oberösterreich	794.548	1,029.942	235.394	29,6	888.615	1,210.725	322.110	36,3	1,064.608	1,425.407	360.799	33,8	1,317.097	1,748.900	431.803	32,7
Salzburg	219.384	297.855	78.471	35,7	292.347	401.368	109.021	37,2	352.192	547.887	195.695	55,5	466.749	673.082	206.333	44,0
Steiermark	589.036	834.218	245.182	41,6	662.638	985.003	322.365	48,6	839.276	1,195.867	356.591	42,4	988.982	1,467.765	478.783	48,4
Tirol	362.362	507.436	145.074	40,0	411.418	589.164	177.746	43,2	482.417	709.065	226.648	46,9	607.964	880.883	272.919	44,8
Vorarlberg	104.587	140.264	35.677	34,1	119.935	186.190	66.255	55,2	177.797	295.552	117.755	64,2	227.371	385.976	158.605	69,7
Wien	784.573	1,768.417	983.844	125,3	823.299	2,039.526	1,216.227	147,7	1,127.339	2,376.793	1,249.454	110,8	1,234.902	2,861.404	1,626.502	131,7
Österreich	3,823.408	5,990.964	2,167.556	56,6	4,324.310	7,087.672	2,763.362	63,9	5,350.045	8,563.367	3,213.322	60,0	6,422.294	10,476.431	4,054.137	63,1

(Arbeiterzeitung, vom 26.8.77, Seite 3

Krankenanstaltengesetz (KAG) enthalten (BGBl 1/1957 bzw. novelliert am 12. Februar 1958, BGBl. 10/1958 und am 3. Mai 1974, BGBl. 84/1974).

Die Rechtsträger (= Eigentümer, vgl. dazu Tabelle I im Anhang) von Krankenanstalten haben einen Voranschlag über ihre anfallenden Kosten im kommenden Jahr den Landesregierungen zu übermitteln. Darin sind *kostendekkende Pflegegebührensätze* zu ermitteln. Sie ergeben sich aus der Division der gesamten Ausgaben durch die zu erwartenden Verpflegstage. (Verpflegstage sind jene Tage, die alle Patienten über das gesamte Jahr summiert im jeweiligen Spital verbringen.)

Beispiel: Werden die Ausgaben für das nächste Jahr mit 4 Mrd. S veranschlagt und ist mit 4 Mio. Verpflegstagen zu rechnen, so beträgt der der Landesregierung vorgeschlagene Pflegesatz 1.000 öS pro Tag.

In die Ausgaben (und damit in die Errechnung der Pflegegebühren) dürfen jedoch nicht eingerechnet werden:

a) *Sondergebühren:* z.B. Kosten des Transports in die Krankenanstalt, Zahnersatz, orthopädische Hilfsmittel und Bestattungskosten (vgl. KAG § 27, Absatz 2). Diese Kosten werden meistens mit dem betreffenden Träger der Sozialversicherung getrennt verrechnet.

b) *Investitionen,* die sich auf Errichtung, Umgestaltung oder Erweiterung der Krankenanstalt beziehen. Weiters *Abschreibungen* und ev. *Pensionen* des ehemaligen Personals, sowie *klinischer Mehraufwand* (das ist die Mehrbelastung, die aus dem Betrieb von Universitätskliniken usw. entsteht) (vgl. KAG §§ 27, Abs. 3 55)

Die Pflegegebühren enthalten also nur die Ausgaben für den Betrieb und die Erhaltung einer Krankenanstalt. Die vom Rechtsträger vorgeschlagenen Sätze müssen erst von der Landesregierung genehmigt werden. Durch Verlautbarung auf Landesebene erhalten sie Gesetzeskraft. Die Landesregierung *kann* die Pflegegebührensätze kostendeckend festsetzen, muß dies jedoch nicht tun. (darüber später)

TABELLE 2 Durchschnittliche amtliche Pflegegebühren in der allgemeinen Gebührenklasse (1975 – 1977)

Jahr	1975	1976	1977	Diff. 1975-1977 in österreichischen Schillingen
Pflegegeb.	601,5	723,2	828,3	226,8
Erhöhung in %	–	20 %	15 %	38 %

2. Pflegegebührenersätze:

Die Sozialversicherung kann auf die Bestimmung und Festsetzung der amtlichen Pflegesätze keinen Einfluß nehmen. Im KAG (§ 28, Absatz 4) und im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) (§ 338, Absatz 1 und 3) wird festgelegt, daß die Beziehungen mit den Rechtsträgern von Krankenanstalten auf der Grundlage von *privatrechtlichen Verträgen* zu fixieren sind:

„Das Ausmaß der von den Trägern der Sozialversicherung an die Rechtsträger der Krankenanstalten zu entrichtenden Pflegegebühren – unter Berücksichtigung der Abgeltung für therapeutische Behelfe – und allfälligen Sondergebühren .... sowie die Dauer, für welche die Pflegegebühren zu zahlen sind, wird, ... ausschließlich durch privatrechtliche Verträge geregelt. Solche sind zwischen dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Krankenversicherungsträgern einerseits und dem Rechtsträger der Krankenanstalt andererseits abzuschließen. Die Verträge bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der schriftlichen Form der Abfassung." (KAG, 2. Novelle, § 28, Absatz 4)

Den Beitrag, den die Krankenversicherung zur Deckung der Pflegegebühren leistet, heißt *Pflegegebührenersatz.* Nachfolgende Tabelle gibt Aufschluß über die Entwicklung der Pflegegebührenersätze im Verhältnis zu den amtlichen Pflegegebühren:
(siehe Tabelle 3 nebenan)

Man sieht, daß die Pflegegebührenersätze immer nur einen gewissen Prozentsatz der amtlichen Pflegesätze ausmachen. Während sie 1966 zwischen 51 – 85 % innerhalb der Bundesländer schwanken, machen sie 1976 nurmehr zwischen 32 – 66 % der amtlichen Pflegegebühren aus. Dieses relative Absinken der Pflegegebührensätze von 70,9 (1966) auf 45,9 % (1976) wird als Anlaß für den starken Druck auf die Krankenkassen genommen. Ich werde darauf noch später zurückkommen.

Faßt man das bisherige zusammen, so ergibt sich: Eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben und die daraus abgeleitete Propaganda über das Defizit der Spitäler ist ein Täuschungsmanöver. Der bürgerliche Staat hat das Finanzierungssystem von vornherein so verzwackt aufgebaut, daß ein Betriebsabgang eingeplant ist. Dieses sogenannte Defizit hat es daher immer schon gegeben. Daß es ununterbro-

TABELLE 3: Entwicklung der jeweils höchsten amtlichen Pflegegebühren und Pflegegebührenersätze seit 1966

(PG = Pflegegebühr, PGE = Pflegegebührenersatz)

Bundesland	1966 PG	1966 PGE	1966 in %	1967 PG	1967 PGE	1967 in %	1968 PG	1968 PGE	1968 in %	1969 PG	1969 PGE	1969 in %
Wien	148,—	114,—	78	170,—	129,—	76	200,—	155,—	77	220,—	173,—*)	79
NÖ	194,—	114,—	59	218,—	127,—	58	248,—	152,—	61	278,—	155,—	56
Bgld.	91,—	77,—	85	130,—	94,50*)	73	180,—	110,—	61	195,—	119,—	61
OÖ	132,—	112,—	85	150,—	126,—	84	170,—	143,50	84	200,—	158,—	79
Stmk.	110,—	89,—	81	130,—	102,50	79	145,—	114,—	79	170,—	128,—	75
Ktn.	145,—	106,—	73	170,—	120,—	71	210,—	140,—	67	210,—	164,—	78
Sbg.	145,—	112,—	77	155,—	121,—	78	170,—	140,—	82	200,—	167,—	83
Tirol	145,—	113,—	78	180,—	126,—	70	260,—	148,50*)	57	270,—	165,—	61
Vlbg.	232,—	119,—	51	250,—	129,—	52	271,—	142,—	53	288,—	165,—	57
Summe	1.342,—			1.553,—			1.854,—			2.031,—		
PG Ø	149,—			173,—			206,—			226,—		
MZ	100,0			116,1			138,3			151,7		

Bundesland	1970 PG	1970 PGE	1970 in %	1971 PG	1971 PGE	1971 in %	1972 PG	1972 PGE	1972 in %	1973 PG	1973 PGE	1973 in %
Wien	275,—*)	181,50	66	360,—	200,—	56	430,—	221,50	52	430,—	248,—	58
NÖ	300,—	160,—	53	340,—	171,—	50	332,—*)	191,—	57	370,—*)	222,—	60
Bgld.	195,—	130,—	67	222,—	140,—	63	246,—	155,—	63	294,—	175,—	60
OÖ	220,—	172,—	78	240,—	192,—	80	270,—	212,—	79	300,—	241,—*)	80
Stmk.	187,—	141,—	79	230,—	163,50	71	285,—	192,—	67	330,—	220,—	67
Ktn.	277,—	230,—	83	275,—	195,—	71	315,—	214,—	68	395,—	234,—	59
Sbg.	220,—	178,—	81	280,—	198,—	71	340,—	218,—	64	400,—	247,—	62
Tirol	290,—	180,—	62	360,—	199,—	55	390,—	219,—	56	480,—	248,—	52
Vlbg.	326,—	181,50	56	360,—	202,—	56	441,—	220,—	50	665,—	257,—	39
Summe	2.290,—			2.667,—			3.046,—			3.664,—		
PG Ø	254,—			296,—			339,—			407,—		
MZ	170,5			198,7			227,5			273,2		

Bundesland	1974 PG	1974 PGE	1974 in %	1975 PG	1975 PGE	1975 in %	1976 PG	1976 PGE	1976 in %
Wien	600,—	290,—	48	600,—	348,—	58	660,—	418,—	63
NÖ	426,—*)	256,—	60	506,—*)	304,—	60	613,—*)	368,—	60
Bgld.	340,—	210,—	62	540,—	310,—	57	625,—	377,—	60
OÖ	335,—	277,—	83	530,—	334,—*)	63	630,—	410,—	65
Stmk.	390,—	260,—	67	470,—	312,—	66	570,—	374,40	66
Ktn.	530,—	280,—	53	630,—	330,—	52	850,—	396,—	47
Sbg.	460,—	290,—	63	530,—	348,—	66	802,—	418,—	54
Tirol	580,—	290,—	50	690,—	348,—	50	830,—	418,—	50
Vlbg.	804,—	290,—	36	1.025,—	348,—	34	1.326,—	418,—	32
Summe	4.465,—			5.521,—			6.906,—		
PG Ø	496,—			613,—			767,—		
MZ	332,9			411,4			514,8		

chen wächst, das ist es, was der Bourgeoisie und ihrem Staat Sorgen bereitet. Warum? Weil er zu seiner Abdeckung immer mehr Steuergelder dafür aufwenden muß, Gelder, die er lieber für „nützlichere" Dinge ausgeben würde (Aufrüstung des Staatsapparates, Subventionen an die Kapitalisten usw.)

3. Der Zweckzuschuß des Bundes:

Weil von vornherein feststeht, daß zwischen Einnahmen und Ausgaben eine Diskrepanz entsteht, mußte der bürgerliche Staat auch festlegen, wie dieses Defizit abzudecken ist. Im KAG ist festgelegt:

„Zu dem sich durch die Betriebs- und Erhaltungskosten gegenüber den Einnahmen ergebenden Betriebsabgang öffentlicher Krankenanstalten .... leistet der Bund einen Zweckzuschuß, dessen Höhe pro Verpflegstag 10 v. H. (von Hundert = %) *der für die betreffende Krankenanstalt amtlich festgesetzten Pflegegebühr der allgemeinen Gebührenklasse, höchstens jedoch 18,75 v. H. des gesamten Betriebsabganges beträgt."* (§ 57 des KAG) bzw. 5 % höchstens jedoch 10 % des gesamten Betriebsabganges bei privaten Krankenanstalten (§ 59, KAG).

Obwohl der Bundeszuschuß fast um das Vierfache gestiegen ist, ist der absolute Betrag lächerlich gering. Wie wenig er ist, ersieht man aus dem Vergleich mit den Einnahmen des bürgerlichen Staates aus Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Einkommenssteuer:

EINNAHMEN DES BUNDES AUS LOHNSTEUER, EINKOMMENSSTEUER UND UMSATZSTEUER; VERGLEICH MIT DEN AUFWENDUNGEN DES BUNDES ZUM BETRIEBSABGANG DER KRANKENANSTALTEN (= ZWECKZUSCHUSS)

	Einnahmen des Bundes[1])					Zweckzuschuß des Bundes		% DER EIN NAHMEN DES BUNDES
	Lohnsteuer	Einkommensteuer	Umsatzsteuer[1])	Insgesamt	Meßzahl	öS	Meßzahl	
1966	7,078.800	6,357.100	14,909.200	28,345.100	100,0	—	–	keine Angaben
1967	7,443.800	6,773.700	15,212.800	29,430.300	103,8	—	–	keine Angaben
1968	7,111.400	6,873.500	18,013.300	31,998.200	112,9	—	—	keine Angaben
1969	8,620.800	6,320.200	20,290.400	35,231.400	124,3	—	–	keine Angaben
1970	10,459.800	7,196.400	22,029.800	39,686.000	140,0	196 400 000	100	0,495 %
1971	12,243.700	8,237.200	25,495.000	45,975.900	162,2	220 346 000	112	0,479 %
1972	14,558.400	9,985.900	30,064.600	54,608.900	192,7	249 999 882	127	0,458 %
1973	21,131.500	15,438.400	37,209.600	73,779.100	260,3	325 139 839	166	0,441 %
1974	27,380.200	17,674.700	49,274.300	94,329.200	332,8	515 380 184	262	0,546 %
1975	26,752.000	16,910.400	56,992.800	100,655.400	355,1	742 000 000	378	0,737 %
1976	—	—	—	—	—	648 286 000	330	keine Angaben
1977	—	—	—	—	—	771 861 000	393	keine Angaben

(Nach: „Österreichische Krankenhauszeitung", April 1977; und „Sozialer Sicherheit" Nr. 9/76, S.444; sowie eigenen Berechnungen)

(Nebenbei zeigt obige Tabelle noch etwas anderes. Klar ersichtlich ist, *wer* für die Finanzierung des Staates in der Hauptsache aufzukommen hat. Die Einnahmen aus den Massensteuern (Lohnsteuer und Umsatzsteuer) machen 1975 83,744 Milliarden aus, während die Besteuerung der Kapitalisten nur 16,91 Milliarden beträgt.)

4. Beitrag von Ländern und Gemeinden:

Da sich der Bund nur für einen bestimmten Teil des Betriebsabganges verpflichtet hat, bleibt noch immer ein Rest des Abganges ungedeckt.

„Den nach Abzug des Bundeszuschußes verbleibenden Teil des Defizits haben die Bundesländer, die Gemeinden und die Rechtsträger der Krankenanstalten zu tragen." (Herbert Weißenböck: Die Problematik der Krankenhausfinanzierung in Österreich, 1970, Innsbruck).

„Für Zwecke der Beitragsleistung zum Betriebsabgang öffentlicher Krankenanstalten ist durch die Landesgesetzgebung anzuordnen, daß für solche Krankenanstalten jenes Gebiet, für dessen Bevölkerung *sie zunächst* bestimmt *sind, als* Beitragsbezirk *und* das darüber hinausreichende Einzugsgebiet als Krankenanstaltensprengel *gebildet wird."* (KAG, § 33, Abs. 1, Hervorhebungen vom Verf.).

Die verschiedenen Landesgesetze haben völlig unterschiedlich festgelegt, wie dieser verbleibende Rest des Defizits auf die Rechtsträger der Krankenanstalten, auf den Beitragsbezirk, den Krankenanstaltssprengel und das Bundesland aufzuteilen ist. Festgelegt ist im KAG nur, daß die Anteile von Beitragsbezirk, Krankenanstaltssprengel und Bundesland mindestens die Hälfte – nach Abzug des Zweckzuschußes – zu decken haben. Der Rest fällt den Rechtsträgern der Krankenanstalten zu. Dabei ist zu bedenken, daß Land und Gemeinden selbst oft Rechtsträger sind (zu 60 bzw. 17 %, vgl. auch Tabelle I im Anhang).

Länder und Gemeinden decken diese Ausgaben durch ihr Budget, das sie aus Landes- und Gemeindesteuern und Abgaben sowie über den Finanzausgleich vom Bund zugewiesen erhalten. Das sind natürlich im wesentlichen Einnahmen aus der Besteuerung der Volksmassen.

TABELLE 5: AUFWAND DER LÄNDER FÜR GESUNDHEITSWESEN IN PROZENT DER ORDENTLICHEN EINNAHMEN

	Wien	NÖ	Bgld	OÖ	Stmk	Ktn	Sbg	Tirol	Vlbg	Total
1965 – 1974	-1,90	-2,11	-1,59	-0,90	-2,90	-2,71	-1,63	-5,16	+ 1,59	-2,19

Die Tabelle zeigt eindeutig, daß das Engagement der Länderregierungen für das Gesundheitswesen Schritt für Schritt zurückgeht.

Die Differenz von Ausgaben und Einnahmen der Krankenanstaltenträger (= Abgang = Defizit) wird durch einen Zuschuß vom Bund (= Zweckzuschuß) und Beiträge von Ländern und Gemeinden teilweise abgedeckt. Den Rest müssen die Krankenanstaltenträger selbst bezahlen.

Wie finanzieren aber die Krankenanstaltenträger ihre Defizite? Zu einem großen Teil sind sie ident mit den Ländern oder Gemeinden. Hier ist die Sache klar: Aus Steuern und anderen Abgaben, die dem arbeitenden Volk abgepreßt werden.

Die Ordensspitäler finanzieren sich selbst hauptsächlich über die amtlichen Pflegegebühren. Da die Ordensschwestern keine Bezahlung erhalten, trotzdem jedoch beim Kostenvoranschlag Personalkosten verrechnet werden, entstehen weit überhöhte Pflegesätze.

Die letzte Gruppe von Anstaltenträgern sind die Träger der Sozialversicherung (Krankenkassen, Unfall- und Pensionsversicherungsanstalt). Sie werden aus den Beiträgen zur Sozialversicherung finanziert.

5. Investitionszuschuß des Bundes

Seit 1973 leistet der Bund einen „Förderungsbeitrag" für Investitionen. Angeblich sollen diese Gelder aus den Einnahmen der Zigarettenpreiserhöhungen kommen. Nach der Größe des Investitionszuschußes ist jedoch klar, daß der überwiegende Teil in andere Kanäle fließt und geflossen ist:

Tabelle 6:
Investitionszuschuß des Bundes
(österr. Krankenhauszeitung 4/77, S.220)

1973	S 250,000.000
1974	S 250,000.000
1975	S 342,000.000
1976	S 250,000.000
1977	S 250.000.000 (Voranschlag)

Dieser „Förderungsbeitrag" ist nirgends verorieft und kann jederzeit wieder gestrichen werden. Er stellt eine „freiwillige" Leistung des Staates dar. Tatsächlich jedoch ist er im Zusammenhang mit den Rationalisierungsplänen der Bourgeoisie im Spitalswesen zu betrachten (darüber später).

Zusammenfassung:

Die Spitäler werden von den verschiedensten

Quellen finanziert. Vollkommen verwirrend und verzwackt aufgebaut, soll es undurchschaubar für die Arbeiterklasse und das Volk sein. Das erleichtert die Umtriebe des bürgerlichen Staates.

Nachfolgend für 1975 eine Zusammenstellung, aus der ersichtlich ist, wer alles, für welchen Zweck und zu welchem Anteil die Spitäler finanziert:

BETRIEBSAUFWAND DER KRANKENANSTALTEN FÜR 1975	15 Mia. S = 100 %
1. Pflegegebührenersätze und Ambulanzgebühren aller Sozialversicherungsträger, Krankenfürsorgeeinrichtungen und Sozialhilfeträger	7 Mia S = 46,7 %
2. Kostenbeteiligung von Familienangehörigen (für Mitversicherte zahlt die Krankenkasse – ausgenommen den Versicherungsfall der Mutterschaft – die ersten vier Wochen nur 90 % der Pflegegebührenersätze	0,16 = 1,1 %
3. Pflege- und Sondergebühren der Selbstzahler	2,61 = 17,4 %
4. Ersatz des Bundes für klinischen Mehraufwand	0,12 = 0,8 %
5. Zweck- und Investitionszuschüsse des Bundes	1,44 = 9,6 %
6. Durch Beiträge	
a) der Länder	0,33 = 2,2 %
b) der Krankenanstaltensprengel	0,14 = 0,3 %
c) der Bezirke und Gemeinden	0,5 = 3,34 %
7. Krankenanstaltenträger (selbst wieder oft Gemeinde oder Land)	2,3 = 18,56 %
	15,0 = 100 %

Teil II: Die Angriffe auf die Krankenversicherung der Lohnabhängigen

1. Die finanzielle Situation der Krankenversicherung

Tabelle 8:
Einnahmen und Ausgaben der Krankenversicherung in Mio S (Soziale Sicherheit, 6/77, Seite 224)

	1975	1976	Veränd. in %
Einnahmen:	22.833	25.619	+ 12,2
Ausgaben:	23.392	27.189	+ 16,2
Saldo:	– 559	-1.570	–

1976 verdreifachte sich die passive Gebarung der Krankenversicherung. Das Defizit konnte nur mehr durch die Rücklagen abgedeckt werden.

Tabelle 9:
Die wichtigsten Ausgaben der Krankenversicherungsträger 1976
(Soziale Sicherheit, 6/77, Seite 224)

	in Mio. S
Ärztliche Hilfe:	7.025
Anstaltspflege:	6.619
Heilmittel und Heilbehelfe:	4.571
Zahnbehandlung, Zahnersatz:	2.321
Krankenunterstützung:	1.373
Sonstige Ausgaben:	5.302

Unter sonstige Ausgaben fällt: Bestattungskostenbeiträge, Mutterschaftsleistungen und Verwaltungsaufwand.

Tabelle 10:

Tab. 10: Ausgaben der Krankenversicherung für Anstaltspflege in % ihrer Einnahmen

1966	20,6 %	1970	24,8 %	1974	24,6%
1967	22,7%	1971	23,3%	1975	26,8%
1968	23,5 %	1972	24,7%	1976	28,5%
1969	24,0%	1973	24,7%	1977	29,8%

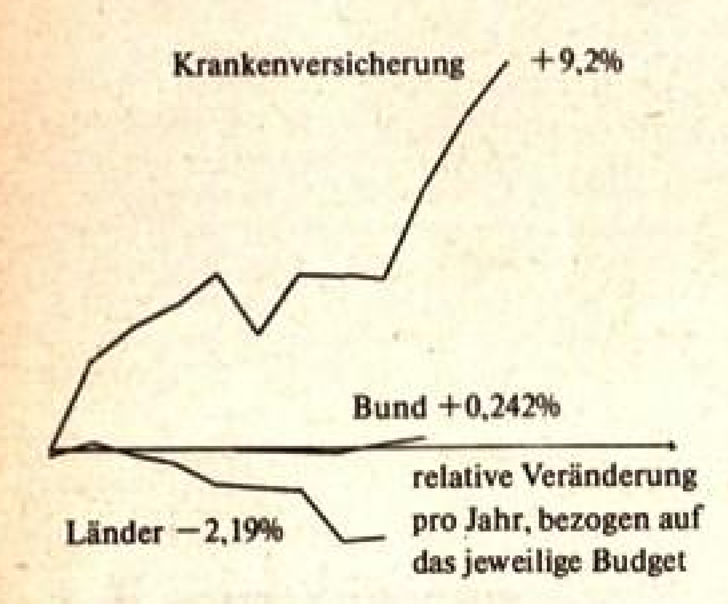
Bezogen auf das gesamte Budget der Krankenversicherung sind die Leistungen zur Anstaltspflege überdurchschnittlich gewachsen. Oder anders ausgedrückt: Das immer stärkere Heranziehen der Krankenkassen hat bewirkt, daß die Ausgaben für andere Leistungen nicht im selben Maß steigen konnten bzw. stagnieren.

2. Die sozialen Einrichtungen sind ein Produkt des Klassenkampfs:

Die Graphik zeigt deutlich, daß der Anteil von Bund und Länder am Gesundheitswesen stagniert bzw. sinkt. Das wirft ein deutliches Bild darauf, wessen Interessen der Staat vertritt.

(siehe Graphik auf der nächsten Seite)

BEITRÄGE VON BUND, LÄNDER UND KRANKENVERSICHERUNG ZUR SPITALS FINANZIERUNG (GEMESSEN AM JEWEILIGEN BUDGET)



Der bürgerliche Staat hat nicht das geringste Interesse an einer ausreichenden Gesundheitsversorgung. Interesse hat er einzig und allein daran, daß die Kapitalistenklasse weiter konkurrenzfähig bleibt. Das ist auch der Grund dafür, warum er das von den Massen herausgepreßte Geld lieber für andere Dinge verwendet.

Die gesamten sozialen Einrichtungen in Österreich sind ein Produkt des Klassenkampfs. Freiwillig wird der Arbeiterklasse nichts geschenkt.

Bei der Sozialversicherung liegt das klar auf der Hand. Als Selbsthilfeeinrichtungen im Kampf gegen die Bourgeoisie und die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise entstanden, waren sie ihr schon immer ein Dorn im Auge. Konnte die Bourgeoisie schon nicht ihre Entstehung verhindern, so versuchte sie die Versicherungen zu unterminieren, durchlöchern und unter Kontrolle zu bekommen. Diesen Zweck hatte die Sozialgesetzgebung Bismarcks in Deutschland und der Regierung Taafe in Österreich. Daß es der Arbeiterklasse gelang, Anfang der 50er Jahre wesentlich verbesserungen im sozialen Bereich zu erkämpfen, war das Nebenprodukt der gescheiterten Revolution 1918/19. Daß sie sich die periodischen Wahlen der Versicherungsvertreter zur Sozialversicherung erkämpfte, daß diese 1933/34 mit der Offensive der Reaktion wieder fielen, daß die Sozialversicherung 1939 vollends zerschlagen wurde, darüber entschied immer der Klassenkampf und sonst nichts.

Auch über das Ausmaß der medizinischen Versorgung, dem Bau, Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Krankenhäusern und deren Einrichtungen entscheidet der Klassenkampf. Das muß sich nicht immer in offenen Klassenschlachten ausdrücken. Die sozialen Einrichtungen sind *historisch* erkämpfte Produkte der Arbeiterklasse. Es ist klar, daß sie nicht von heute auf morgen von der Bourgeoisie beseitigt werden können.

Aber hat die Bourgeoisie nicht auch ein Interesse an einer ausreichenden Gesundheitsversorgung? Will sie nicht, daß die Arbeitskraft zusammengeflickt wird, um wieder profitabel ausbeutbar zu werden?

„Das Kapital, das so 'gute Gründe' hat, die Leiden der es umgebenden Arbeitergeneration zu leugnen, wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt, als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne. In jeder Aktienschwindelei weiß jeder, daß das Unwetter einmal einschlagen muß, aber jeder hofft, daß es das Haupt seines Nächsten trifft, nachdem man selbst den Goldregen aufgefangen und in Sicherheit gebracht hat. Hinter mir die Sintflut! ist der Wahlruf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalistennation. Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird." (Das Kapital, Band 1, Seite 285)

3. Die jüngsten Angriffe der Landesregierungen auf die Kassen

Beim Aushandeln der Pflegegebührenersätze haben die Kassen eine gewisse Selbständigkeit. sie können von ihrem Budget ausgehen, und versuchen, dementsprechend angemessene Sätze auszuhandeln. Das ist dem bürgerlichen Staat schon lange ein Dorn im Auge. Sollte es daher zu keinen Verhandlungsergebnissen kommen, so ist im KAG ein Schiedsgericht vorgesehen. (KAG § 28, Abs. 4 und 5). Das Schiedsgericht *„besteht aus einem vom Präsidenten des Rechnungshofes zu bestellenden Vorsitzenden und aus zwei Beisitzern, von denen je einer von den Streitteilen zu berufen ist."* Dieses Schiedsgericht tritt jedoch erst auf Antrag zusammen.

War schon bei der obigen Zusammensetzung völlig klar, auf welcher Seite das Schiedsgericht steht, so wurde mit der 2. Novelle zum KAG noch klarer festgelegt, in welchem Interesse diese, jetzt Schiedskommission genannte, Einrichtung zu handeln hat. Doch genügte das offenbar immer noch nicht. Kurze Zeit später kam im Juni 1974 eine Verfassungsgesetznovelle (BGBl. 444/74) heraus, in der der Artikel 12, Abs. 1 (Organisation und Verwaltung in den Ländern, wie im KAG vorgeschrieben) ersatzlos gestrichen wurde. Automatisch trat damit Artikel 15 des Bundesverfassungsgesetzes in Kraft. Die Länder können die Besetzung der Schiedskommissionen völlig frei festlegen (z.B. 8 Mitglieder der Landesregierung und kein Vertreter des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger usw.).

Mit den angeführten Gesetzesänderungen hat sich der bürgerliche Staat freie Bahn geschaffen für die kurz darauf folgenden Angriffe. Daß heute die SP-Regierung die mehrheitlich regierten VP-Länder in dieser Angelegenheit angreift, ist nur ein taktisches Manöver. Es verschleiert das tatsächliche Zusammenspiel der bürgerlichen Parteien.

Waren bis 1974 die Ausgaben der Krankenversicherung, gemessen an ihrem Budget, relativ konstant geblieben, so stiegen sie nun sprunghaft an (vgl. Tab. 10).

Gleichzeitig haben einige Landesregierungen festgelegt, daß die von den Krankenanstaltenträgern vorgeschlagenen Pflegegebührensätze akzeptiert werden müssen (Niederösterreich und Salzburg sowie Vorarlberg schon 1963. Das ist der Grund, warum die Kassen Vorarlberg einen wesentlich geringeren Prozentsatz als Pflegegebührenersätze zahlen, vgl. Tab. 3).

Die Krankenanstaltenträger (in der Mehrheit Länder und Gemeinden) haben ein berechtigtes Interesse, höhere Sätze anzugeben: Je höher der Verpflegskostensatz, desto höher die absolute Zahlung der Krankenkassen. Wenn sich dann am Ende des Jahres herausstellt, daß die tatsächlichen Kosten geringer waren, so hat die Krankenversicherung „Pech" gehabt. Sie hat dann – bezogen auf die tatsächlichen Kosten – einen wesentlich höheren Satz bezahlt, als von ihr ausgehandelt wurde.

Die Pflegegebührensätze lassen sich relativ leicht manipulieren. Wenn man im Kostenvoranschlag angibt, daß man Räume restaurieren muß (Fensterstöcke erneuern, ausmalen), so entgehen Verpflegstage, während die Kosten für Personal etc. weiter bestehen. Der Quotient aus Kosten dividiert durch Verpflegstage steigt dann, und das sind ja gerade die Pflegegebührensätze. „Überlegt" man sich im Laufe des Jahres, daß die Fensterstöcke und das Ausmalen doch nicht so wichtig sind, so hat der Krankenanstaltenträger überhöhte Sätze kassiert.

Ein weiteres Mittel, um die Kassen zur stärkeren Finanzierung heranzuziehen, um sich damit Gelder aus dem Landesbudget zu ersparen, war die Festsetzung per Landesgesetz, in welcher Höhe die Kassen die Pflegegebührenersätze zu zahlen hätten (Kärnten 60–80%, Tirol mind. 60 %, jedoch ohne Obergrenze, Niederösterreich mind. 80 %, es gibt hier jedoch einen Einspruch des Bundes und diese Klausel hat daher noch keine Gültigkeit).

Der Präsident des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherung stellt dazu in seinem Rechenschaftsbericht fest:

„Die finanzielle Entwicklung der Krankenversicherung bereitet (dem Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger, d. Verf.) *derzeit die größten Sorgen. Die Hauptursache für das Auseinanderklaffen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ist der überdurchschnittliche Anstieg der Aufwendungen für Anstaltspflege. Die Ursachen dafür liegen in der schlechten Rechtsposition der Krankenkassen gegenüber den Rechtsträgern von Krankenanstalten. Soweit die Krankenversicherung Verträge über die Höhe der Pflegegebührenersätze wegen der sich daraus ergebenden finanziellen Belastung ablehnen, tritt an die Stelle des Vertrages die Zwangsschlichtung durch die Schiedskommissionen, diese sind weitgehend durch Landesgesetze verhalten, Pflegegebühren festzusetzen, die weit über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Krankenkassen hinausgehen. Die Verschlechterung der finanziellen Gestion der Krankenkassen in den beiden letzten Jahren spiegelt somit den Erfolg der Rechtsträger der Krankenanstalten wider, die Krankenkasse in immer höherem Ausmaß zur Finanzierung der Spitäler heranzuziehen.* (Soziale Sicherheit 6/77, Seite 224).

Für heuer hat es bis zur Mitte des Jahres keine gültigen Verträge über Pflegegebührenersätze, die die Krankenversicherung zu zahlen hat, gegeben. (Ausnahme Vorarlberg und Burgenland). Es herrschte ein vertragsloser Zustand und, rein juristisch gesehen, hätten die Spitäler sozialversicherte Lohnabhängige nur gegen eigene Bezahlung aufnehmen dürfen. Daß dies zu einem ungeheuren Proteststurm geführt hätte,

ist klar. Der bürgerliche Staat hat daher festgelegt, daß bis zur neuen Vereinbarung die alten Sätze gelten. Die Krankenanstalten wurden weiter verpflichtet, die Patienten aufzunehmen.

Die Salzburger Landesregierung veränderte die Salzburger Krankenanstaltenordnung überhaupt dahingehend, daß die Krankenkassen kein Recht mehr zur Abschließung von Verträgen hätten.

„Das Land Salzburg und damit die Bevölkerung insgesamt, könne .... die Erhaltung seiner Spitäler nicht vom Diktat der Sozialversicherung abhängig machen." (Landeshauptmann Haslauer, Salzburger Volksblatt, 27. Juli 1977)

Außerdem gab es in Salzburg einen Beschluß der Schiedskommission vom 25. Mai 1976, der die Kassen zu 60 % verpflichtet hätte. Da die Kassen freiwillig nicht zahlten, wurde eine Exekution überlegt.

Die Situation ist einem raschen Wandel unterworfen und läßt noch einiges erwarten. Millendorfer wußte nichts besseres zu tun als der Salzburger Gebietskrankenkasse den Rat zu geben, sich exekutieren zu lassen, da ja sowieso eine Verfassungsgerichtshofklage eingereicht worden sei.

Inzwischen jedoch wurde eine einvernehmliche Vereinbarung getroffen: Die Kassen zahlen 11 % mehr und einen einmaligen Investitionsbeitrag von 15 Millionen Schilling. Vereinbarungen gab es inzwischen auch für Vorarlberg (+ 11 % rückwirkend ab 1. Jänner 76) und Tirol (+ 15 %).

4. Die heutige Sozialversicherung ist politisch in der Hand der Bourgeoisie

Wenn man solche Positionen wie Millendorfer einnimmt, so entwaffnet man die Lohnabhängigen und fixiert sie auf den bürgerlichen Staat. Nach Millendorfer muß man der Ansicht sein, *„daß die Sozialversicherung seit ihrem Bestand dem sozialen Ausgleich und damit dem sozialen Frieden in unserem Land gedient hat."* (Nachrichtendienst des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, Nr. 362 vom 26.7.77, Seite 2).

Das widerspricht jedoch vollkommen den geschichtlichen Tatsachen: Die Sozialversicherung war immer als Kampfinstrument gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise gedacht, als *„selbständige Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Übungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind."* (Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform", aus Programme der österreichischen revolutionären Arbeiterparteien, Seite 13).

Auch die jüngste Entwicklung seit 1945 beweist das treffend:

Nachdem im Hitlerfaschismus die Sozialversicherung völlig zerschlagen wurde, erhoffte sich die österreichische Arbeiterklasse nach der Befreiung wieder ein taugliches Schutzinstrument. Ihre Forderungen waren: Einheitliche, selbstverwaltete Sozialversicherung, volle Bezahlung durch die Kapitalisten!

„Versicherung und Leistungsanspruch des einzelnen hängt nicht vom Beitrag oder seiner Höhe ab, sondern allein von der die Versicherung begründenden Lohnarbeit .... Der Versicherungskreis in allen Zweigen der Sozialversicherung ist ident. Es gibt keine für sich bestehende Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung, sondern nur die einheitliche Sozialversicherung schlechthin, deren Leistungen aus dem Titel der Krankheit, der Mutterschaft, der Invalidität, des Alters, des Todes usw. erbracht werden .... Die Beiträge werden nicht für die einzelnen Leistungszweige berechnet und eingehoben, sondern für die Sozialversicherung schlechthin. Es gibt keinen gesonderten Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherungsbeitrag. Der Gesamtbeitrag ist für das ganze Bundesgebiet einheitlich festzusetzen. Notwendige Aufteilungs- und Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Versicherungsträger berühren die Beiträge im einzelnen nicht." (Othmar Rodler: Für ein neues Sozialversicherungsrecht. Soziale Sicherheit, Heft 1, Jahrgang 1949, Seite 2f.)

Die Bourgeoisie versuchte Zeit zu gewinnen und argumentierte: Es seien keine gesetzlichen Regelungen vorhanden, man müsse noch etwas zuwarten. Nach und nach jedoch sollten für die einzelnen Versicherungszweige betreffende Gesetze herauskommen, die dann einheitlich zusammengefaßt werden sollten. Bis dahin wurde das *Sozialversicherungsüberleitungsgesetz* erlassen. Es valorisierte die Leistungen der faschistischen Reichsversicherungsordnung, hatte jedoch prinzipiell den gleichen unzulänglichen, zersplitterten Leistungskatalog! Angeblich *„stellte (es) als wichtigste Maßnahme die Selbstverwaltung wieder her."* (Briefschule des Bildungsreferats des ÖGB, Reihe Sozialrecht, Lehrbrief Nr. 2, Seite 15).

Allerdings herrschte hier schon ein sehr eingeschränkter Begriff von Selbstverwaltung. Die Entscheidung von Leistungsstreitigkeiten wurden den nun Schiedsgerichten der Sozialversicherung übertragen und nicht direkt dem bürgerlichen Staat überlassen. Die periodischen Wahlen der Versichertenvertreter, wie sie bis 1933 herrschten, wurden jedoch nicht wieder eingeführt.

„Als Begründung wurde im Motivbericht zum Sozialversicherungsüberleitungsgesetz 1947 angeführt, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt keine überflüssigen Kosten für die Durchführung von Wahlen aufzuwenden seien." (Jahrbuch der Arbeiterkammer Wien 1947, Seite 46, zit. nach „Systemanalyse des Gesundheitswesens in Österreich. Eine Studie über Entstehung und Bewältigung von Krankheit im entwickelten Kapitalismus.", Band III, C 8, alle nachfolgenden Zitate dieses Kapitels sind daraus entnommen).

Damit war natürlich schon die entscheidende Schlacht geschlagen und von der kommenden Sozialversicherung nicht mehr viel zu erwarten. Bis zur neuen Fassung des Sozialversicherungsgesetzes ließ sich die Bourgeoisie reichlich Zeit. Daß sie diese Zeit nicht verstreichen ließ, sondern mit einer beispiellosen Hetzkampagne gegen die „Soziallasten" im Interesse des Wiederaufbaus der kapitalistischen Wirtschaft nutzte, ist klar:

„Der für 1946 präliminierte Beitrag für die Sozialversicherung wurde für 1947 und 1948 in seiner realen Höhe beibehalten." (A. Gratz, Die österreichische Finanzpolitik von 1848 – 1948, in: Hundert Jahre österr. Wirtschaftsentwicklung von 1848 – 1948, Hrsg. H. Maywer, Wien, Springer-Verlag, 1949).

Die Forderungen der Kapitalisten nach Aushöhlung der sozialen Einrichtungen (Selbstbehalte, Ausgabenbeschränkungen) und nach einer staatlichen Privatversicherung häuften sich:

„In Österreich bestehen zwei Zentren der Verschwendung, die Bundesbahnen und das Sozialministerium. Das Sozialministerium glaubt, mit dem Gelde der Wirtschaft (!!!) unternehmen zu dürfen, was es wolle!" (H. Lauda, Präsident der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Erklärung in einer Mitgliederversammlung, zitiert nach Arbeit und Wirtschaft, Nr. 9, Jg. 1952, Seite 23f).

„Die sozialen Aufgaben sind nun einmal da, sie dürfen nicht vernachlässigt werden. Aber es geht um bessere, billigere und wirkungsvollere Lösungen im Rahmen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Sphäre." (R. Kunz, Mitglied des Vorstands der Vereinigung Österreichischer Industrieller, in „Die Industrie", 2. Juli 1955, Seite 7).

„Ich bin überzeugt, daß kein Land ohne Sozialpolitik bestehen kann, wenn es verhindern will, daß es dem Chaos zum Opfer fällt. Sozialpolitik kann sich aber nur im Rahmen des wirtschaftlich Tragbaren bewegen. Alles andere ist Vorspiegelung falscher Tatsachen, weil es die Grundlagen zerstört, auf denen die Wirtschaft und die Sozialpolitik beruhen. Sie können überzeugt sein, daß ich allen diesen Dingen mein Augenmerk zuwenden werde. Es ist unerläßlich, daß die Ausgabensumme zurückgeschraubt wird; allerdings wird dies nicht generell geschehen ...." (Der damalige Finanzminister der Raab-Regierung auf dem Parteitag der ÖVP, zit. nach „Arbeit und Wirtschaft", 1.3.1952, Seite 23).

1955 kam es dann zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG). Die Bourgeoisie hatte allen Grund zum Frohlocken: Statt einer einheitlichen Sozialversicherung gab es ein System von mehreren Versicherungszweigen (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Pensionsversicherung) und dies noch getrennt nach Arbeitern und Angestellten, Eisenbahnern, Bergarbeitern. Die Arbeitslosenversicherung wurde ausgeklammert und direkt dem Staat unterstellt. Die Beamten wurden ebenfalls nicht aufgenommen. Statt voller Bezahlung durch die Kapitalisten gab es nur 50 % bei Pension und Krankenversicherung. Statt einer Selbstverwaltung saßen plötzlich die Interessensvertretungen der Kapitalisten selbst in der Sozialversicherung.

„ .... So können die Sozialisten das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz in der nunmehr ausgehandelten Fassung kaum als 'ihr' Gesetz deklarieren; der Entwurf zu dem 600-paragraphigen Werk, der seit anderthalb Jahren abschnittsweise den Weg aus dem Sozialministerium zu den begutachtenden Institutionen angetreten hatte, hat manche Änderung erfahren – nicht unbedeutende Wünsche der Arbeitgeberseite haben sich durchgesetzt." (Die Industrie, 23.7.1955, Seite 1).

Es ist gar nicht notwendig, selbst die einzelnen spalterischen Bestimmungen aufzuzählen und zu erklären, es genügt, die hämischen Worte des Kapitalistenorgans zu zitieren:

„– Eine wirkliche Parität wurde in der Unfallversicherung gesichert, in deren Vorstand im Gegensatz zur bisherigen Praxis die Arbeitgebervertreter durch die Bundeskammer ernannt werden (während die andere Hälfte der Vorstandsmitglie-

der vom Arbeiterkammertag entsandt wird). Außerdem wird der Vorsitzende von den Arbeitgebern gestellt .

– Bei den übrigen Sozialversicherungsträgern wird für die Entscheidung wichtiger Angelegenheiten künftig eine Zweidrittelmehrheit notwendig sein, so daß die Arbeitgebervertreter in diesen Fragen nicht überstimmt werden können.

– Ferner wurde zwar nicht die Schaffung von Angestelltenkrankenkassen erreicht, doch werden die Gebietskrankenkassen in Sektionen für Arbeiter und Angestellte gegliedert, so daß im Rahmen der Sektion getrennt kontiert und budgetiert wird.

– Schließlich wurde die bereits erwähnte Vereinfachung der Beitragsverrechnung (!) erreicht, worauf die Industriefirmen besonderen Wert legen. Allerdings wird in den Rentenversicherungszweigen und für die Unfallversicherung die Höchstbeitragsgrundlage von bisher 2.400,- auf S 3,600,- hinaufgesetzt werden.

– Aus dem Leistungsrecht sei nur erwähnt, daß in der Krankenversicherung eine Medikamentengebühr von S 2,- vorgesehen ist, wobei für sozial Bedürftige Ausnahmebestimmungen geschaffen werden sollen. Diese Medikamentengebühr wurde als einzig wirksames Mittel gegen eine übermäßige und unnötige Beanspruchung von Arzneien schon seit Jahren von Arbeitgeberseite befürwortet. ....

– Auch sonst gelang es, im Leistungsrecht in verschiedenen Richtungen, z.B. hinsichtlich der Haftung des Betriebsunternehmers bei Betriebsunfällen (völlige Durchlöcherung der Unfallversicherung, d. Verf.) *usw., unseren Standpunkt durchzusetzen.*

Wenn auch die endgültige Textierung erst im Herbst vorliegen wird, so kann doch schon jetzt festgestellt werden, daß die Wünsche der Arbeitgeberseite im Großen und Ganzen durchgesetzt werden konnten." (Die Industrie, 23.7. 1955, Seite 2f).

Die zynischen Bemerkungen kommen nicht zu unrecht. Es ist der Bourgeoisie gelungen, von allem Anfang an eine Sozialversicherung aufzubauen, die der Spaltung Tür und Tor öffnet, die Selbstverwaltung zur Farce macht, den Kapitalisten sämtliche Einflußmöglichkeiten offenläßt; mit einem Wort, eine Versicherung, die sowohl für den unmittelbaren Schutz der Arbeitskraft gegen die Folgen der kapitalistischen Produktion untauglich ist, als auch für den Kampf um die Verbesserung der sozialen Leistungen.

Sieht man sich die verschiedenen Angriffe auf die Kassen der Lohnabhängigen im Zuge der Debatte um die Spitalsfinanzierung an, so sieht man, daß sie ihre Basis im spalterischen System der Sozialversicherung selbst haben:

5. Bezahlung aller Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten!

Die Ausgaben, die die Krankenversicherung trägt, finanziert sie durch ihre Einnahmen aus den Beiträgen:

Tabelle 11 :
Beitragssätze zur Krankenversicherung in Prozent des Lohns (§ 51 ASVG)

	Kapitalist	Lohnabhängiger	gesamt
Arbeiter:	3,15	3,15	6,3
Angestellter:	2,50	2,50	5,0

Die Lohnabhängigen scheinen im gleichen Boot wie die Kapitalisten zu sitzen. Eine Beitragserhöhung zur Krankenversicherung bringt für beide Seiten Nachteile. Solch ein Beitragssystem ist für die Lohnabhängigen untragbar. Es hindert sie am Klassenkampf, erschwert den Kampf um bessere Leistungen der Krankenversicherung.

Jede Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung wirkt sich für die Lohnabhängigen als direkte Lohnkürzung aus. Steigen die Kosten der Krankenversicherung, weil sich der Gesundheitszustand der Arbeiterklasse und des Volkes durch gesteigerte Ausbeutung weiter verschlechtert, so stehen die Lohnabhängigen vor der unannehmbaren Alternative: Sollen die sozialen Leistungen eingeschränkt werden (Rezeptgebühr erhöht, Medikamentenangebot verkleinert, Entbindungsbeitrag gestrichen usw.), oder soll bei der Wurst auf dem Butterbrot gespart werden?

Die jüngsten Angriffe stützen sich gerade auf dieses spalterische Beitragssystem. Den Lohnabhängigen wird die demagogische Frage vorgelegt *„wieviel ihnen die Gesundheit wert ist"* (Kreisky, Kurier 17.7.77).

Eine Beitragserhöhung der Krankenkassenbeiträge wird bereits offen diskutiert. Dabei ist noch zu sagen, daß es heuer bereits solche Erhöhungen gegeben hat! Mit der 32. ASVG-Novelle wurden die Beitragssätze der Landarbeiter von 6,0 auf 6,3 % erhöht! Außerdem wurde die vorgesehene Kürzung der Beitragssätze der Arbeiter von 6,3 % auf 6,0 % gestrichen!

Das spalterische Beitragssystem verschafft den Kapitalisten gleichzeitig eine Begründung, was sie eigentlich in den Versicherungen der Lohnabhängigen verloren hätten. Da sie bezahlen, hätten sie doch wenigstens das Recht, über

die Gelder der Wirtschaft auch zu bestimmen.

Die Beiträge zur Sozialversicherung sind aber untrennbarer Bestandteil des Lohns. Die Ausgaben der Sozialversicherung dienen der Reproduktion der Arbeitskraft, sie sind ein von der Arbeiterklasse erkämpfter Teil des Lohns, der von den Kapitalisten voll bezahlt werden muß. Jeder Groschen, den die Kapitalisten zur Sozialversicherung zahlen, ist also rechtmäßiger Besitz der Lohnabhängigen. Das geben die Kapitalisten auch selber zu, wenn sie von den hohen „Lohnnebenkosten" jammern.

Das spalterische Beitragssystem ist der Grund dafür, warum jeder Kampf um eine Leistungsverbesserung der Sozialversicherung mit der Forderung:
BEZAHLUNG ALLER VERSICHERUNGSBEITRÄGE DURCH DIE KAPITALISTEN!
verbunden werden muß.

6. Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen – ein mieses Spaltungsmanöver!

Die Beiträge zur Sozialversicherung werden nur bis zu einer bestimmten Lohnhöhe eingezogen, der sogenannten Höchstbeitragsgrundlage. Übersteigt der Lohn diese Grenze, so bleibt er vom Abzug zur Krankenversicherung unberührt. Für die verschiedenen Versicherungszweige gibt es unterschiedliche Höchstbeitragsgrundlagen:

Tabelle 12:
Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung:

Jahr	per Tag	per Woche	per Monat	Meßzahl
1973	190,-	1.330,-	5.700,-	100
1974	215,-	1.505,-	6.450,-	113
1975	240,-	1.680,-	7.200,-	126,-
1976	280,-	1.960,-	8.400,-	147
1977	330,-	2.310,-	9.900,-	174
geplant:				
1978	370,-	2.590,-	11.100,-	195

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß ein immer größerer Teil des Lohns als Beitrag abgezogen wird. Die Höchstbeitragsgrundlage ist in den fünf Jahren 1973 – 1977 um 74 % gestiegen. Kein Lohnabhängiger kann dasselbe von seinem Lohn behaupten. Die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen wirkt für jene Lohnabhängige, die darüber liegen, genauso wie ein Lohnabzug.

Eine außernatürliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen (heuer rückwirkend auf 15.000,-, 1978 auf 16.800,- im Monat) wird als eine soziale Lösung der angespannten finanziellen Situation der Krankenversicherung gepriesen. Bleiben doch *„Kleineinkommen unberührt"* (Arbeiter-Zeitung, 18.8.77). Die vorgeschlagenen Erhöhungen würden einen größeren Milliardenbetrag liefern als die Autosondersteuer oder ein hoch angesetzter Selbstbehalt. Die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen soll als kleineres Übel herhalten. Tatsache jedoch bleibt, daß es die Lohnabhängigen sind, die zur Kasse gebeten werden sollen. Zugleich sollen die schlechter verdienenden Arbeiter gegen ihre besser verdienenden Klassenbrüder ausgespielt werden. Das kann nur im Interesse der Kapitalisten liegen, die Arbeiterklasse hat von solchen Vorschlägen nichts. Fällt das spalterische Beitragssystem, dann werden auch die Mätzchen mit der Höchstbeitragsgrundlage fallen.

7. Weg mit allen Formen des Selbstbehalts!

Als „vernünftiger" Vorschlag wird auch der berüchtigte Selbstbehalt gepriesen. Erhöhung der Rezeptgebühren und Einführung einer Krankenscheingebühr sind bereits abgemachte Sache.

SP-Landesrat Gallob würde gern einen Beitrag von 50 – 100 öS pro Tag Spitalsaufenthalt sehen, und auch Androsch kann zu dieser Idee *„nicht gleich nein sagen"* Natürlich müsse man an eine „soziale Staffelung" denken. Angeblich sei solch ein Vorschlag deswegen berechtigt, weil man sich ja schließlich Geld erspart, wenn man im Spital liegt.

Für solche „Diskussionsbeiträge" gehört schon ein gehöriges Maß an Frechheit. Wenn eine Mindestpensionistin mit 2.625,- ein Monat im Spital liegt, müßte sie 1.500 - 3.000,- öS bezahlen. Und wer bezahlt die weiter laufende Miete, Strom usw.? Außerdem ist ein Spitalsaufenthalt nicht so billig. Das wissen die privaten Krankenversicherungen. Deshalb haben sie in ihrem „Leistungskatalog" ein Spitalsgeld als Zusatzversicherung vorgesehen. Die privaten Krankenversicherungen haben den Braten natürlich sofort gerochen, und nicht lange mit einem neuen „Sonderangebot" auf sich warten lassen. Die „Collegialität", Wortführerin der privaten Krankenversicherer fordert auch gleich, daß durch Verträge mit den Privatspitälern die private Krankenversicherung *„für eine breite Schicht finanziell erreichbar*

und damit eine Alternative zu den öffentlichen Spitälern werden soll (Tiroler Tageszeitung, 14.7.77).

Ing. Rudolf Sallinger von der Bundeswirtschaftskammer meint, daß die *„Gedanken der Eigenvorsorge"* mehr gefördert werden müßten. *„Ich glaube, es ist heute für alle jene Menschen, die gut verdienen, Ersparnisse bilden und sich einiges leisten können, durchaus zumutbar, eine gewisse Eigenvorsorge zu treffen."* (Soziale Sicherheit 6/77, Seite 217f.)

Wohin der Vorschlag eines Selbstbehaltes führt, ist klar: Durchlöcherung der Sozialversicherung und Vorbereitung ihrer Zerschlagung! Statt einer Schutzgemeinschaft soll jeder einzelne Lohnabhängige für sich gefälligst selber sorgen. Die Lohnabhängigen sollen zersplittert werden und zum Spielball der Kapitalisten werden.

Der Kampf gegen alle Formen des Selbstbehalts ist daher äußerst dringend und notwendig. Das bezieht sich nicht nur auf die neuerlich gemachten Vorschläge, sondern heute schon gibt es verschiedene Formen des Selbstbehaltes.

Was ist denn die Rezeptgebühr von öS 6,- anderes als ein Selbstbehalt für Medikamente?

Mitversicherte Angehörige müssen die ersten vier Wochen eines Spitalsaufenthaltes 10 % der Pflegegebührenersätze selbst tragen.

Vor allem jedoch bei der Zahnbehandlung ist der Selbstbehalt am stärksten. Er macht es für viele Lohnabhängige unmöglich, ihr Gebiß zu sanieren. Abgesehen davon, daß man für kieferorthopädische Behandlungen (Behebung von Zahnfehlstellungen und Kieferfehlbildungen) die Genehmigung der Kasse braucht, sind hier kräftige Zuzahlungen zu leisten. Bei festsitzenden Zahnersätzen (Kronen, Stiftzähnen und Brückengliedern) gewährt die Kasse überhaupt nur einen Zuschuß!

8. Rationalisierungsprogramm der Bourgeoisie

Die Spitäler müßten sparsamer wirtschaften, hört man von allen Parteien. Leodolter meint, es gäbe eine *„Rationalisierungsreserve in den Spitälern"* (Salzburger Nachrichten, 26.8.77)

Gemeint ist damit die Gesundheitsversorgung weiter zu verschlechtern. Das soll Gelder sparen.

Deutlich sprechen es Bundeswirtschaftskammer und die Vereinigung österreichischer Industrieller aus:

„Zur-Kasse-bitten ist keine Spitalsreform – Mißstände beseitigen, nicht finanzieren .... Anstatt darüber nachzusinnen, wie noch mehr Geld aus den Taschen der Staatsbürger in ein Faß ohne Boden geworfen werden kann, sei es eher angebracht, sich mehr den Wurzeln des Übels zu widmen.

Wesentlich für eine Reform des Spitalswesens seien Einsparungsmaßnahmen, Rationalisierungen und Umstrukturierungen, stellt die Industrie fest." (Pressedienst der Industrie, 14.6.77).

Als Speerspitze des Angriffs bedient sich die Bourgeoisie der SP-Regierung. Ein erster Schub von Rationalisierungsmaßnahmen wurde von ihr bereits 1974 in der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz (KAG) festgelgt:

Es wurde eine Gliederung der Krankenanstalten nach Mindestausstattung und Einzugsbereich festgelegt:

Standardkrankenanstalten:

Einzugsbereich 50.000 – 90.000, bettenführende Abteilungen für: Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Innere Medizin und Kinderheilkunde.

Schwerpunktkrankenanstalten:

Einzugsbereich 250.000 – 300.000 (mind. jedoch in jedem Bundesland eine), bettenführende Abteilungen für: Augenheilkunde, Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Nerven- und Geisteskrankheiten, Orthopädie, Unfallchirurgie, Urologie sowie alle Abteilungen der Standardkrankenanstalten.

Zentralkrankenanstalten:

In jedem Bundesland, das über eine Million Einwohner hat.

Sie haben grundsätzlich mit *„allen dem jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Einrichtungen"* (§ 2a, Abs. 1, KAG,) ausgestattet zu sein.

Was auf den ersten Blick wie eine Verbesserung aussieht, dient einzig und allein Rationalisierungszwecken. In den großen Städten sollen zentrale Krankenhäuser entstehen, die billig und wirtschaftlich zu führen sind. Daß sich die Gesundheitsversorgung insgesamt verschlechtert – vor allem für die ländliche Bevölkerung – ist eine unausbleibliche Folge!

Weiters wird in der 2. Novelle gegliedert nach Akutkranken und Langzeitbehandlung und es soll „Tag" und „Nacht"-Patienten geben (§ 16). Die einen kommen in der Nacht, und legen sich in die aufgewärmten Betten der „Tag"-Patienten, während diese nach Hause geschickt werden.

Um zu Mehreinnamen zu kommen, wird der Anteil der Klassenpatienten von einem Fünftel auf *„ein Viertel der für die Anstaltspflege bereitstehenden Bettenzahl"* erhöht (§ 16, Abs. 1 des KAG).

Die Gewährung von Zweckzuschüssen des Bundes wird an die Führung einer komplizierten Kostenstellenrechnung gebunden, was verschiedene kleinere Krankenanstalten verwaltungstechnisch nicht leisten können. Mit der Streichung des Bundeszuschusses werden sie wahrscheinlich zusperren müssen (vor allem die kleineren Ordensspitäler).

Gespart wird natürlich nicht, wo es um Maßnahmen der verstärkten bürokratischen Kontrolle und Vorbereitungen gegen den Ansturm der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den bürgerlichen Staat geht:

Mit der 2. Novelle wird festgelegt, daß alle *„Krankengeschichten mindestens 30 Jahre, allenfalls in Form von Mikrofilmen in doppelter Ausfertigung aufzubewahren"* sind. Natürlich ist *„den Gerichten sowie den Verwaltungsbehörden in Angelegenheiten, in denen die Feststellung des Gesundheitszustandes für eine Entscheidung oder Verfügung im öffentlichen Interesse von Bedeutung ist"*, Einsicht zu gewähren. (§ 10, Abs. 1 und 3 des KAG).

Mit den Rationalisierungsmaßnahmen erhofft sich die Bourgeoisie ein weiteres Sinken der Verpflegstage. Daß sie hierbei schon beträchtliche Erfolge erzielt hat, zeigt untenstehende Tabelle:

Bezeichnung	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	Steigerung seit 1962 in %
Spitalfälle .	712.712	718.350	741.138	741.354	781.539	821.007	834.750	877.218	23,08
Spitaltage .	12,982.035	13,051.799	13.225.331	13,264.849	13,850.374	14,523.324	14,711.568	15,077.562	16,14
Durchschnittliche Verweildauer	18,21	18,17	17,84	17,89	17,72	17,69	17,62	17,19	

Obwohl die Anzahl der Spitalsfälle – d.h. jener Werktätiger, die in ein Spital eingeliefert werden müssen – ständig steigt, sinkt die durchschnittliche Anzahl der Tage, die ein jeder Patient im Spital bleibt. So lassen sich die gestiegenen Kosten der Folgen der kapitalistischen Produktionsweise wenigstens teilweise auffangen.

Nichts zu tun hat das etwa mit einem verbesserten Gesundheitszustand der Bevölkerung. Müßten sonst immer mehr Werktätige ins Spital? Daß diese Tendenz weiter anhält, zeigt eine jüngste Veröffentlichung des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger:

„Die soziale Krankenversicherung registrierte im ersten Halbjahr 1977 um 5,6% mehr Spitalsfälle als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Demgegenüber hat sich die Zahl der Versicherten, die sich im häuslichen Krankenstand befanden, beinahe im gleichen Ausmaß, nämlich um 5%, verringert." (Nachrichtendienst des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger, Nr. 366, 25.8.77).

Daß die häuslichen Krankenstände abnehmen, ist natürlich kein Widerspruch, sondern eine Folge der Tatsache, daß sich der Gesundheitszustand der Arbeiterklasse und des Volkes weiter verschlechtert. Statt sich noch zu Hause auskurieren zu können, müssen immer mehr Werktätige ins Spital eingeliefert werden.

Für das Herabsetzen der Verweildauer gibt es eine Menge von Tricks. Die Operationsnähte werden früher herausgezogen, die Patienten werden früher heimgeschickt, selbst auf die Gefahr eines Rückfalls.

Die Rationalisierungsmaßnahmen erstrecken sich natürlich auch auf das Personal. Insgesamt also ein Programm, dem es gilt, entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

Nach diesem ersten Schub von Rationalisierungsmaßnahmen soll nun ein zweiter, noch schärferer, folgen. Daß dieser nicht so leicht über die Bühne geht, dafür muß gesorgt werden!

9. Den Kampf um die einheitliche Sozialversicherung in Selbstverwaltung aufnehmen!

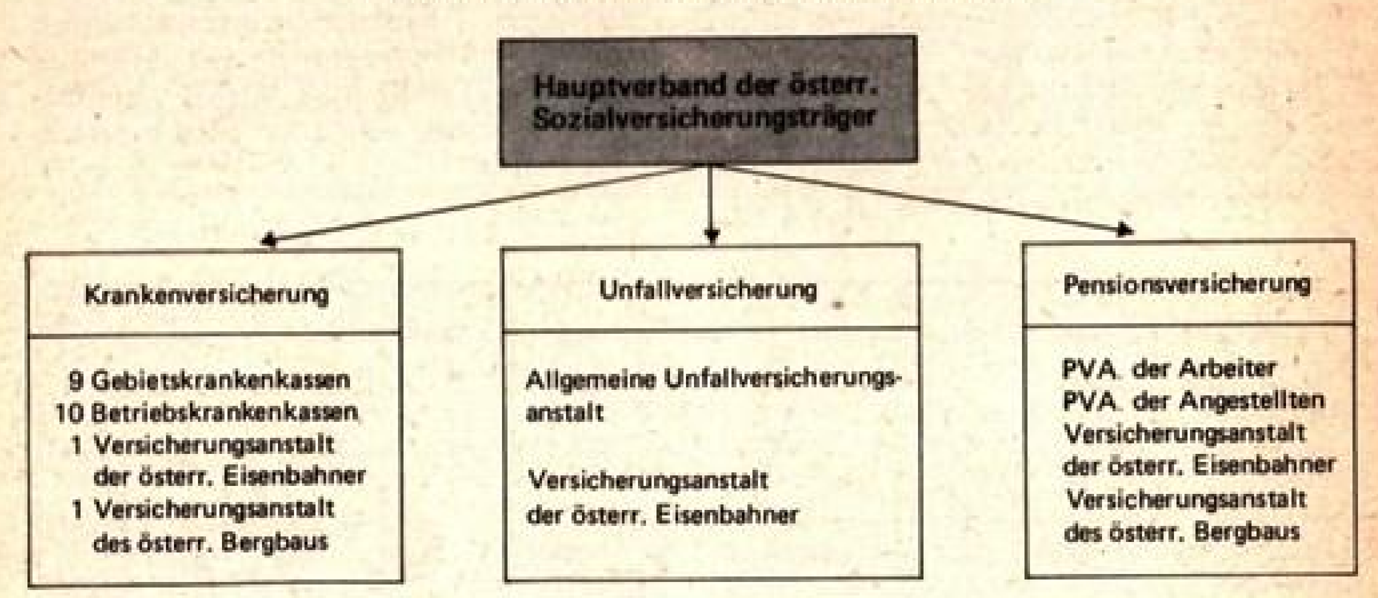
Die österreichische Arbeiterklasse hat heute keine einheitliche Sozialversicherung. Ist es der Bourgeoisie schon nicht gelungen, einen

Schutz gegen die Folgen der kapitalistischen Produktion gänzlich zu unterbinden, so hat sie doch eine völlige Zersplitterung erreicht:

Für den Hauptteil der Lohnabhängigen hat das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) Gültigkeit. Darin sind drei verschiedene Arten des Versicherungsschutzes (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung) getrennt von einander geregelt. Die Arbeitslosenversicherung steht überhaupt vollkommen unter staatlicher Kontrolle.

Die drei Versicherungszweige nach dem ASVG gliedern sich aber auch noch nach verschiedenen Berufszweigen und territorial auf. Das Produkt ist eine zersplitterte Sozialversicherung mit unterschiedlichen Leistungen, Ansprüchen und Bedingungen.

Äußere Organisation der Sozialversicherungsträger



Die Zersplitterung schafft eine Unzahl von Ansatzpunkten zur Spaltung, Leistungsbeschränkung und Leistungsverzögerung. Bei einem Unfall muß erst geprüft werden, ob die Unfall- oder die Krankenversicherung zuständig ist. Für den Lohnabhängigen sind solche Mätzchen natürlich unbrauchbar. Abgesehen davon, daß er auf die dringend notwendigen Leistungen warten muß, muß er auch noch hoffen, in jenen Versicherungszweig zu fallen, mit den besseren Leistungen (in diesem Fall die Unfallversicherung). Das behindert den Kampf um einen *ausreichenden Schutz für alle Fälle, in denen die Arbeitskraft unverkäuflich wird.*

Von großer Wichtigkeit ist es, die Eingliederung aller Lohnabhängigen unter einem einheitlichen Sozialversicherungsrecht zu erreichen. Heute sind es vor allem die Öffentlich Bediensteten, die durch Sonderregelungen von den übrigen Lohnabhängigen abgespalten werden und gleichzeitig verstärkt an den bürgerlichen Staat gebunden werden sollen.

EINHEITLICHES ARBEITS- UND SOZIALRECHT FÜR ALLE LOHNABHÄNGIGEN!

Die Arbeitslosenversicherung ist heute völlig in der Hand des bürgerlichen Staates. Nicht nur die Gelder der Lohnabhängigen werden unter dem Titel der Arbeitsplatzsicherung den Kapitalisten direkt in den Rachen geworfen. Auch sämtliche Bestimmungen (Anspruchsberechtigung, Leistungen) dienen der Kapitalistenklasse. Die Arbeitsämter haben für die Kapitalisten die Aufgabe der Lohndrückerei übernommen. Ihre sofortige Auflösung und Übergabe ihrer Einrichtung an die Sozialversicherung hat für den Klassenkampf große Bedeutung.

UNTERSTELLUNG DER ARBEITSÄMTER UNTER DIE SELBSTVERWALTETE SOZIALVERSICHERUNG!

Jeder der heutigen 27 Versicherungsträger nach dem ASVG hat folgende Verwaltungskörper zu bilden: Hauptversammlung und Vorstand, Überwachungsausschuß und Landesstellenausschuß. (Unfall- und Pensionsversicherungsträger außerdem noch Renten- bzw. Pensionsausschüsse).

Hauptversammlung: Sie muß mindestens einmal jährlich zusammentreten und über den Haushaltsplan, Zuweisungen an den Unterstützungsfond und über die Satzungen bzw. deren Änderung beschließen (Die Satzung ist der letzte Rest der Selbstverwaltung, der geblieben ist. Nachdem das ASVG alle Leistungen und Bedingungen festgelegt hat, „dürfen" die Sozialversicherungsträger in engen Grenzen – ohne jedoch den Bestimmungen des ASVG zu widersprechen – das *„Ausfüllen eines vom Gesetz festgelegten Entscheidungsrahmen"* beschließen. Aus der Briefschule des ÖGB, Heft 3, Seite 7).

Vorstand: Ihn obliegt die Geschäftsführung zwischen den Hauptversammlungen. In allen wichtigen Angelegenheiten muß der Vorstand jedoch den Überwachungsausschuß konsultieren!

Überwachungsausschuß: Er muß die gesamte Gebarung des Versicherungsträgers ständig überwachen. Er kann mit Zweidrittelmehrheit eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen.

„Wichtige Angelegenheiten, in denen Vorstand und Überwachungsausschuß gemeinsam zu entscheiden haben, sind zum Beispiel die dauernde Veranlagung von Vermögensbeständen (Erwerb, Belastung, Veräußerung von Liegenschaften) oder der Abschluß von Verträgen mit Vertragspartnern .... Besteht kein Einverständnis zwischen Vorstand und Überwachungsausschuß in derartigen Angelegenheiten, entscheidet in letzter Instanz das Bundesministerium für soziale Verwaltung."

Durch die Art und Weise des Bestellvorganges hat die Bourgeoisie die Sozialversicherung fest in der Hand. Es wird nicht gewählt, sondern entsendet, und zwar von den staatlichen Zwangsmitgliedschaften (Arbeiterkammer und Bundeswirtschaftskammer). Nur dort, wo es nicht gibt, bzw. sie darauf verzichten, entsenden die freiwilligen Interessensvertretungen.

Zweierlei ist dazu zu sagen:

Erstens: Die Kapitalistenvertreter haben natürlich nicht das geringste in der Sozialversicherung der Lohnabhängigen verloren. Durch das vorgeschriebene Verhältnis der Entsendung wird aber nicht nur gesichert, daß sie in der Sozialversicherung sitzen, sondern auch, daß sie entscheidend bestimmen können. So beträgt in der Krankenversicherung das Verhältnis Lohnabhängige zu Kapitalist 4:1 für die Lohnabhängigen. Jedoch nur in Hauptversammlung und Vorstand. Der wichtige Überwachungsausschuß hat gerade das umgekehrte Verhältnis, also 1:4 und ohne ihn dürfen wichtige Entscheidungen nicht gefällt werden. Sitzen also klassenbewußte Gewerkschafter in der Sozialversicherung und kommt es zu einem Patt, dann geht die Entscheidung direkt an den Staat weiter! Von Selbstverwaltung keine Spur!

Zweitens: Die Lohnabhängigen haben keinen Einfluß auf den Bestellvorgang. Es gibt nicht, wie vor 1933, periodische Wahlen. Die Lohnabhängigen können so ihre Vertreter nicht zur Rechenschaft ziehen und abwählen. Es muß ein Druck auf die bürgerlichen Gewerkschaftsführer ausgeübt werden, daß sie für direkte Wahlen eintreten. Heute ist dies nicht der Fall:

„Der Selbstverwaltung wird manchmal als Mangel angelastet, daß ihre Organe nicht in direkter Wahl durch die Versicherten und die Arbeitgeber bestellt werden .... Ist unser Bestellungssystem aber deswegen undemokratisch? Eine solche Frage muß ich mit aller Entschiedenheit verneinen. Die entsendungsberechtigten Institutionen haben Organe, die in demokratischer Form von ihren Mitgliedern bestellt werden. Es ist daher ebenso demokratisch, wenn von diesen Organen die Versicherungsvertreter entsendet werden." (Benya: Die österreichische Sozialversicherung aus gewerkschaftlicher Sicht, Referat vor der Hauptversammlung des Hauptverbandes am 29. März 1976, abgedruckt in Soziale Sicherheit 5/77, Seite 246 f).

Daß der OGB nur in Vertretung der Arbeiterkammern bestellen darf, diese Bestimmung muß auch fallen. Die Arbeiterkammern dienen der Knebelung der Arbeitermassen, die Arbeiterklasse hat keinen Einfluß auf sie, sie sind staatliche Organe. Die Arbeiterkammern müssen deshalb aufgelöst werden und ihre Einrichtungen der Gewerkschaft übergeben werden.

Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, die so gepriesen wird, ist eine reine Augenauswischerei. Mit dem ASVG legt der bürgerliche Staat die Richtlinien fest, nach der sich die Sozialversicherung zu richten hat. Dieses Korsett für die Sozialversicherung wurde in den letzten Jahren immer enger geschnürt. Sollte es jedoch trotzdem einmal zu Unpäßlichkeiten für die Bourgeoisie und ihren Staat kommen, so ist vorgesorgt:

„Die Versicherungsträger und der Hauptverband samt ihren Anstalten und Einrichtungen unterliegen der Aufsicht des Bundes. Die Aufsicht ist vom Bundesministerium für soziale Verwaltung als oberster Aufsichtsbehörde auszuüben." (ASVG § 448, Abs.1.)

„Die Aufsichtsbehörden haben die Gebarung der Versicherungsträger (des Hauptverbandes) dahin zu überwachen, daß Gesetz und Satzung beachtet werden. Sie können ihre Aufsicht auf Fragen der Zweckmäßigkeit erstrecken; sie sollen sich

in diesem Falle auf wichtige Fragen beschränken und in das Eigenleben und die Selbstverantwortung der Versicherungsträger (des Hauptverbandes) nicht unnötig eingreifen. Die Aufsichtsbehörden können in Ausübung des Aufsichtsrechtes Beschlüsse der Verwaltungskörper aufheben.

Der Aufsichtsbehörde sind auf Verlangen alle Bücher, Rechnungen, Belege, Urkunden, Wertpapiere, Schriften und sonstigen Bestände vorzulegen und alle zur Ausübung des Aufsichtsrechtes geforderte Mitteilungen zu machen .... Die oberste Aufsichtsbehörde kann die Satzungen und Krankenordnungen jederzeit überprüfen und Änderungen solcher Bestimmungen verlangen, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen oder dem Zwecke der Versicherung zuwiderlaufen. (Der bürgerliche Staat als Sachverwalter der Interessen der Lohnabhängigen!) *Wird diesem Verlangen nicht binnen drei Monaten entsprochen, so kann sie die erforderlichen Verfügungen von Amts wegen treffen.*

Die Aufsichtsbehörde kann verlangen, daß die Verwaltungskörper mit einer bestimmten Tagesordnung zu Sitzungen einberufen werden. Wird dem nicht entsprochen, so kann sie die Sitzungen selbst anberaumen und die Verhandlungen leiten." (§ 449, Abs. 1, 2 und 3 des ASVG).

Die Aufsichtsbehörde kann also schalten und walten, wie sie will. Hilft dies aber auch noch nichts, so wird die offene Zerschlagung eingeleitet:

„Die oberste Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Verwaltungskörper, wenn sie ungeachtet zweimaliger schriftlicher Verwarnung gesetzliche oder satzungsmäßige Bestimmungen außer acht lassen, aufzulösen und die vorläufige Geschäftsführung und Vertretung vorübergehend einem vorläufigen Verwalter zu übertragen." § 451, Abs. 1, ASVG).

Die Kosten für die Aufsichtsbehörde des bürgerlichen Staates müssen zu allem Hohn auch noch die lohnabhängigen Versicherten bezahlen (§ 452).

Die Arbeiterklasse und die anderen Lohnabhängigen dürfen die Sozialversicherung nicht der Bourgeoisie und ihrem Staat überlassen. Wie notwendig eine von den lohnabhängigen Versicherten selbst verwaltete Sozialversicherung ist, zeigen gerade die jüngsten Angriffe auf die Krankenkassen aus Anlaß der Spitälerfinanzierung. Das Aufsichsrecht des bürgerlichen Staates muß fallen! Die Kapitalistenvertreter müssen aus der Sozialversicherung raus! Nur der ÖGB darf in direkter Wahl die Organe der Sozialversicherung bestellen!

Der Kampf um eine Sozialversicherung, die einen ausreichenden Schutz gegen die Kriegskosten der kapitalistischen Produktion bildet, ist zur Einschränkung der Konkurrenz der Lohnabhängigen, sowie zum Schutz vor körperlichem und geistigem Verfall eine dringende Angelegenheit.

„Das Herabsinken der Lebenshaltung, welche die Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Tätigkeit für menschliche Ziele, vor allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt tun." (Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform", Ergebnisse des Hainfelder Parteitages – 1888/89, in: Programme der österreichischen revolutionären Arbeiterparteien 1888 – 1946, Verlag Alois Wieser, Wien 1976, Seite 13).

Der Kampf um die Sozialversicherung ist ein wichtiger Teil der zu erkämpfenden Arbeiterschutzrechte, wie sie im Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs niedergelegt sind. Nicht nur in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung hat dieser Kampf eine große Bedeutung gespielt, sondern in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung:

1. Der Teil der vom Lohnarbeiter produzierten Reichtümer, den er in der Form des Lohns erhält, ist so unbedeutend, daß er kaum ausreicht zur Befriedigung seiner allerdringendsten Lebensbedürfnisse; der Proletarier ist somit jeder Möglichkeit beraubt, von seinem Lohn Ersparnisse zu machen für den Fall des Verlusts seiner Arbeitsfähigkeit infolge Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität sowie auch für den Fall der Arbeitslosigkeit, die untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist. Darum ist die Arbeiterversicherung für alle die erwähnten Fälle eine Reform, die durch den ganzen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung gebieterisch diktiert wird.

2. Die beste Form für die Versicherung der Arbeiter ist ihre staatliche *Versicherung, aufgebaut auf folgenden Grundsätzen: a) sie muß die Arbeiter sicherstellen für* alle *Fälle des Verlustes der Arbeitsfähigkeit (Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität; für Arbeiterinnen außerdem Schwangerschaft und Geburt; Versorgung von Witwen und Waisen nach dem Tod des Ernährers) oder für den Fall, daß sie infolge von Arbeitslosigkeit des Lohns verlustig gehen; b) die Versicherung muß* alle *in Lohnarbeit stehenden Personen und ihre Familien umfassen; c) alle Versicherten müssen entschädigt werden nach dem Prinzip der Vergütung des* vollen *Lohns, wobei alle Ausgaben für die Versicherung auf die Unternehmer und den Staat entfallen müssen; d) alle Arten von Versicherung müssen von* einheitlichen *Versicherungsorganisationen verwaltet werden, die nach* territorialem *Typ und auf dem Prinzip der* völligen *Selbstverwaltung durch die Versicherten aufzubauen sind."* (Lenin, Werke Band 17, Seite 467f, Pkt. 1 und 2).

Lenin weist darauf hin, *„daß die ganze sozialdemokratische Agitation zum Versicheerungsentwurf in Verbindung gebracht werden muß mit der Klassenlage des Proletariats in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, mit der Kritik an den bürgerlichen Illusionen, die von den Sozialreformisten verbreitet werden sowie überhaupt mit unseren grundlegenden sozialistischen Aufgaben."* (Lenin, Werke Band 17, Seite 469).

In diesem Sinne müssen auch wir den Spitals-Reformplänen und Angriffen auf die Krankenkassen entgegentreten.

p.b.

Aufgliederung der Krankenanstalten Österreichs nach Rechtsträgern

Rechtsträger	Anzahl der Anstalten	Normierter Bettenstand	Tatsächlich aufgestellte Betten
Bund	17	1.043	1.040
Bundesländer	77	41.112	42.044
Bezirke, Gemeinde- und Fürsorgeverbände	12	2.203	2.233
Gemeinden	68	10.151	10.861
Krankenkassen	8	1.281	1.281
Unfall- und Pensionsversicherungsanstalten	26	2.926	2.938
Geistliche Orden und Glaubensgemeinschaften	52	10.977	11.022
Vereine	10	1.106	1.106
Privatpersonen	47	2.338	2.357
Summe	317	73.137	74.902

KOREKTUR ZU KOMMUNIST NR. 7/77

Gesichtspunkte zur Militärarbeit

Auf S.23, 2.Spalte, 3.Zeile muß es heißen, daß die Kommunisten nur mittels illegaler Zellen unter dem Kaderpersonal des Bundesheeres auch im Einsatzfall ihre Arbeit in der Armee entfalten können.

Kommunist 6/77, Seite 45 enthält Rechenfehler:

1). „Sinkende Wahlbeteiligung: 4.047" ist falsch. Richtig ist: 4.647. Das sind dann nicht 7,4 %, sondern 8,3 %.

2) „Hat 1970 nur jeder 20. Postler ...." ist falsch, richtig ist: jeder 19. (genau 18,9) .... „so war es 1974 bereits jeder 5. ist falsch, richtig ist jeder 9. (genau 9,45).

Klassenkampf - Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs. Herausgeber: Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs.
Der Klassenkampf erscheint 14-tägig.

Einzelpreis: 5,- Schilling
Jahresabonnement: 150,- Schilling
Halbjahresabonnement: 75,- Schilling
Ausland: Jahresabonnement: 224,- Schilling
Halbjahresabonnement: 112,- Schilling
Bezahlung nach Erhalt der ersten Nummer.

Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien, oder über die Ortsgruppen des KB Österreichs.

Schriften zur Oktoberrevolution



W.I.Lenin

Ausgewählte Werke in sechs Bänden
Jeder Band kostet 66.60 S und ist auch einzeln lieferbar.

Geschichte der KPdSU (B), (Kurzer Lehrgang)

Der „Kurze Lehrgang" ist die Schulungsbroschüre der Strategie und Taktik der Marxisten im revolutionären Kampf schlechthin.

472 Seiten, Preis: 61.60 S
Best.Nr. 36001

J.W.Stalin

Über die Grundlagen des Leninismus

Die Broschüre entstand in der Auseinandersetzung mit Trozki und seinen Anhängern und im Kampf gegen die bürgerlichen Anschauungen in der Partei. Sie gibt eine kurze und klare Zusammenfassung der Grundsätze leninistischer Politik und nimmt Stellung u.a. zu Fragen der historischen Wurzeln des Leninismus, zur Diktatur des Proletariats, zur Agrarfrage und zur nationalen Frage.

144 Seiten, Preis 4.50 S, Best.Nr.1/1G-737

John Reed

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Der inzwischen „klassisch" gewordene Bericht über die russische Oktoberrevolution von einem amerikanischen revolutionären Journalisten.

516 Seiten, Preis 61.- S, Best.Nr.:39020

Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien, oder über die Ortsgruppen des KB Österreichs.

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt Heft 1/76: * Kommunistischer Bund Österreichs gegründet, Gründungserklärung * Die politische Lage in der Welt und in Österreich * Die Kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen! * Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs * Beschluß des ZK zum Zentralorgan * Spendenaufruf

Inhalt Heft 2/76: * Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs * Programmkritik der „Roten Fahne" * Stellungnahme zur Programmkritik * Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB * Die Linie der VRA in der Minderheitenfeststellung - rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

Inhalt Heft 3/76: * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (II. Teil) * Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten * Der antifaschistische Partisanenkampf im Oberösterreich und die Fälschungen der Revisionisten am Buch des Genossen Pliseis * Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Inhalt Heft 1/77: * Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (III. Teil) * Südafrika: Es lebe die Bewegung des 16. Juni! * Südafrika: Über die Einheitsfront * Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Inhalt Heft Nr. 5/77: * Zur Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Kampf um den Aufbau der Partei * Imperialistischer Ökonomismus in der Militärfrage: Kapitulation vor der Bourgeoisie, versteckt hinter radikalen Phrasen * Untersuchungsbericht über die Entwicklung des Kampfes gegen Atomkraftwerke im Tullnerfeld und im Waldviertel-Materialien zur Lage und Struktur der werktätigen Bevölkerung * „Für die demokratische Republik!"-Die Ausarbeitung der Linie des revolutionären Kampfes um Demokratie durch die KPÖ im austrofaschistischen Österreich

Inhalt Heft 6/77: * Die Slowenen in Kärnten (Teil 2): Der antifaschistische nationale Befreiungskampf * Die objektiven und subjektiven Faktoren in der Revolution * Aufbau und Aufgaben der Post-Lage und Kampf der Postbediensteten in Österreich * Interview mit Mohammed Salem, Mitglied des politischen Komitees der F. Polisario für Beziehungen mit dem Ausland (2. April 1977)

Inhalt Heft 7/77: * Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung * Gesichtspunkte zur Militärarbeit * Das öffentliche Dienstrecht * Die PV-Wahlen bei der ÖBB müssen zu einem Fortschritt im Zusammenschluß der Bediensteten gegen den bürgerlichen Staat gemacht werden * Der US-Imperialismus – Urheber des Korea-Krieges

Preis: 25.-